



dokumente *

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

Nr. 07/09

* Tag des Mittelstands

Fachkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion
am 3. März 2008 in Berlin

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: FRAKTION DER SPD IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
PETRA ERNSTBERGER, MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

REDAKTION: JANET HOCHI

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TELEFON: (030) 227-57133
TELEFAX: (030) 227-56800

WWW.SPDFRAKTION.DE

ERSCHIENEN IM MAI 2009

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION.
SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Inhaltsverzeichnis

- 05 **Begrüßung und Einführung**
Ludwig Stiegler, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- 09 **Referat I**
Dr. Thomas Mirow
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
- 14 **Referat II**
Reinhard Schultz, MdB
Mittelstandsbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion
- 19 **1. Podium**
„Innovation denken“

Edelgard Bulmahn, MdB
Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Heinz Trasch
Vorstandsvorsitzender der Steinbeis-Stiftung

Petra Ledendecker
Präsidentin des Verbandes deutscher Unternehmerinnen e.V. (VDU)

Ulriche Dietz
Vorsitzender des Vorstands der GFT Technologies AG
- 36 **2. Podium**
„Globalisierung – Chancen für den Mittelstand“

Ute Berg, MdB
Stellv. Sprecherin der AG Wirtschaft und Technologie
der SPD-Bundestagsfraktion (Anm. der Red.: heute Sprecherin)

Hans Jochen Beilke
Vorsitzender der Geschäftsführung ebm-papst Mulfingen GmbH & Co. KG

Klaus Kubbetat
Regionalvorstand Firmenkunden Commerzbank AG

Klaus Kubbetat
Regionalvorstand Firmenkunden Commerzbank AG

- 46 **3. Podium**
„Mittelstandsfinanzierung“
- Joachim Poß, MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- Anja Kapfer
Bundesvorsitzende der Wirtschaftsunioren e.V.
- Dr. Peter Fleischer
Vorstandsmitglied der KfW-Bankengruppe
- Heinrich Haasis
Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V.
- 56 **4. Podium**
„Best-Practice-Ansätze – Unternehmensethik“
- Klaus Brandner, MdB
Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales
- Klaudia Martini
Staatsministerin a. D.
- Friedhelm A. J. Hinsenhofen
Operativer Beirat der LR Gebäudereinigung GmbH
- Jan Dannenbring
Abteilungsleiter Arbeitsmarkt, Tarifpolitik und Arbeitsrecht, Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.
- Moderation:
Dr. Ursula Weidenfeld
Redakteurin bei der Zeitung „Tagesspiegel“
Jürgen Zurheide
Journalist
- 71 **Schlusswort**
Reinhard Schultz, MdB

Begrüßung und Eröffnung

Ludwig Stiegler, MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion



Schönen Guten Morgen und Grüß Gott, meine Damen und Herren und für die Rechtgläubigen unter Ihnen liebe Genossinnen und Genossen und Raiffeisengenossen, auch wenn Sie nicht rechtgläubig sind.

Herzlich willkommen zur Ersten Mittelstandskonferenz der SPD-Bundestagsfraktion. Wir sind also an einem historischen Zeitpunkt angelangt, der zeigt, dass die SPD-Bundestagsfraktion — befeuert von ihrem Mittelstandsbeauftragten Reinhard Schultz — die Zusammenarbeit mit den kleinen und mittleren Unternehmen und all denen, die um sie herum arbeiten, ernst nimmt und mit großer Zielstrebigkeit machen will.

Ich danke vor allem dem Reinhard Schultz, der sozusagen die Idee hatte, der die Ausdauer und die Geduld hatte, um das Ganze durchzusetzen. Er hat hier wirklich einiges bewegt und Sie haben, wenn ich in der katholischen Tradition lese und rede, hier so etwas wie einen Schutzheiligen des Mittelstandes, der — ob bei

Steuern oder Wirtschaft — aufpasst, dass eben diese Bereiche immer im Fokus stehen. Ja, das ist eben bayrische Tradition, dass man nach dem Allerheiligenprinzip vorgeht und jeder Bereich seinen Schutzheiligen hat.

Wir sind hier mit der Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses Edelgard Bulmahn vertreten und mit der stellvertretenden Sprecherin für Wirtschaft Ute Berg. Rainer Wend, der Sie gestern Abend begrüßt hat, ist im Plenum festgehalten worden, weil dort eben das integrierte Klimaprogramm gelesen wird und Kraft-Wärme-Kopplung und solche Dinge anstehen. Um so mehr freut es mich, dass heute für Sie ein ganz wichtiger Mann hier ist, das ist der Jochen Poß, der praktisch der Chef über Haushalt und Steuern in unserem Bereich ist. Wir haben Ihnen also aus dem Parlament alles was da gut und teuer ist zum Fraße vorgeworfen, und Sie können sich heute mit denen auseinandersetzen.

Ich freue mich auch, dass der "sturmerprobte" Thomas Mirow von der Bundesregierung hier unter uns ist und nachher eine wichtige Rede halten wird. Ich danke Ihnen, dass Sie gekommen sind. Sie wissen, das Verhältnis SPD und Mittelstand ist durchwachsen. Es schwankt sozusagen zwischen Liebe und Abneigung. Es ist seltsam, wir sind eine Gründung von Handwerksmeistern und Zwischenmeistern, an den Wurzeln der SPD steht der Drechslermeister August Bebel. In den Wurzeln ist die Sozialdemokratie also mit den kleinen und mittleren Unternehmen verbunden. Viele Handwerksgelegen, die gewandert sind, haben sozialdemokratische Ideen in die abgelegensten Gebiete, wie etwa meine bayrische Heimat, gebracht und haben dort gepflanzt. Also die Wurzeln stimmen, wir haben uns dann sehr stark entwickelt, zu einer Partei der Großindustrie durch die große alte Industrie und zu einer Partei des öffentlichen Dienstes.

Aber wenn wir uns die Struktur der deutschen Wirtschaft anschauen, haben wir eben auch sehr viele kleine und mittlere Unternehmen und Selbständige, die hier in der Wirtschaft aktiv sind. Wir haben mal einen großen Shift gemacht, was wir eine Zeit lang als Scheinselbständigkeit bekämpft haben, ist als Ich-AG geadelt und gefördert worden. Sie sehen, da gab es einen erheblichen Wandel in der Diskussion und wir haben uns bemüht, vor allem auch mit dem Handwerk, dem Gewerbe, der Dienstleistungswirtschaft zu arbeiten und wir waren, weil ich hier so viele Vertreter der KfW und der sie begleitenden Banken sehe, immer bemüht um das Fördergeschäft, um die Förderung der Selbständigkeit, um die Finanzierung der kleinen und mittleren Unternehmen. Die gute Botschaft aus der IKB-Krise ist, dass das Fördergeschäft nicht tangiert wird, sondern dass wir nach wie vor mit einer beachtlichen Förderqualität und einem beachtlichen Fördervolumen Ihr Wachstum und Ihre Entwicklung fördern können und fördern wollen. Meine Damen und Herren, damit bin ich schon bei einem der zentralen Themen, die uns bewegen.

Wenn ich mir vorstelle, dass Landes- und Privatbanken so viel Risikofreude bei den kleinen und mittleren Unternehmen gezeigt hätten, wie sie bei den Subprime-Papieren gezeigt haben, die Wirtschaft würde brummen. Wir müssten sogar Dämpfungsmaßnahmen ergreifen. Das zeigt aber auch die Richtung. Wenn wir uns etwa die Landesbanken anschauen: Die müssen zurück zu den Wurzeln, das heißt Partner des Mittelstandes und der Sparkassen gemeinsam mit den Förderbanken sein und nicht mit den "großen Hunden" pinkeln gehen, irgendwo in der Welt und dann das Bein nicht hochbringen.

Die Landesbanken müssen da zu Hause sein, wo sie sich auskennen und wo sie gebraucht werden und wenn sie zu sehr abheben, müssen wir sie auf die Mutter Erde wieder zurückholen. Das wird eine große Aufgabe sein. In diesen Monaten zeigt sich übrigens auch, wie gut unser 3-Säulen-Bankenmodell ist. Wir haben Banken, die tatsächlich mit ihren Kunden zusammenarbeiten. Das sind die Raiffeisenbanken und die Sparkassen, die genügend Geld haben aus einer soliden Geschäftsführung, um die Kreditbedarfe, die in der nächsten Zeit aufwachsen, zu bedienen. Sie sind nicht auf Commercial Papers angewiesen, deren Bewertung auf statistischen Modellen und mathematischen Algorithmen beruht. Das ist ein Punkt, den wir in diesen Wochen und Monaten auch mit Interesse sehen.

Ich denke, wir müssen in der Zukunft hart daran arbeiten, dass wir gerade für Wachstum und Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen die notwendige Finanzierung bereitstellen und es vermeiden, dass irgendwelche Finanzinvestoren andere Gründer- oder Wachstumsunternehmen um die Früchte ihres Erfolges bringen. Denn es ist ja oft so, dass die zwar Geld geben, aber dass dann das Unternehmen woanders ist. Und wir wissen alle, Mittelständler lieben oft ihre Unternehmen mehr als ihre Lebenspartner. Sie sind hier engagiert in einer Form, die wir schätzen. Sie leben in der Realökonomie, sie lieben ihr Produkt, ihr Verfahren, sie lieben ihren Standort und ihre Beschäftigung, während immer mehr Großunternehmen - Shareholder-Value gesteuert - im Grunde nur Geldvermehrungsmaschinen für die Eigentümer der Unternehmen sind.

Da ist ein großer Unterschied zwischen der geistigen Haltung der kleinen und mittleren Unternehmen und der finanzindustriegetriebenen Dax-Unternehmen. Und deshalb meine Damen und Herren, geht die strukturelle Entwicklung für Sozialdemokratie und kleinere und mittlere Unternehmen zusammen. Denn wir lieben die Standorte auch, wir lieben die, die Innovationen machen, die etwas Neues erfinden und die sich verantwortlich fühlen für die Städte und Gemeinden und

die auch stolz darauf sind, dass sie in der Stadt- und Gemeindeentwicklung etwas leisten. Und deshalb denke ich, haben wir nicht nur jetzt eine frisch entdeckte Liebe zu den kleinen und mittleren Unternehmen, sondern wir werden die nächsten Jahre und Jahrzehnte bei der Entwicklung der Weltwirtschaft und der Europäischen Wirtschaft sehr viel miteinander zu tun haben, so dass wir mit Handel, Handwerk und Gewerbe zusammenarbeiten.

Wenn ich das Stichwort Handel anspreche, dann haben wir gerade mit der Kartellrechtsnovelle einiges getan, um den kleinen und mittleren Unternehmen zu helfen. Wenn ich an das Waren produzierende Handwerk oder an die Zulieferer denke, so werden wir uns die Nachfragemacht der großen Unternehmen anschauen müssen und nicht nur bei den Großen untereinander oder im Verhältnis zu den Verbrauchern, sondern auch im Verhältnis der großen Nachfrager zu den kleinen Lieferanten. Hier gibt es also noch eine Menge zu tun.

Über allem steht aber das „Wir“. Mit unserer Förderpolitik wollen wir Ihnen bei Ihrer Tagesarbeit helfen und wir wollen hören, was Sie uns zu sagen haben und daraus lernen. Das Ganze ist heute ein erster Schritt, dem weitere folgen werden. Bei Hermann Hesse heißt es in einem berühmten Gedicht: "Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, der uns beschützt und der uns hilft zu leben". Und das wollen wir, dass in der Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und kleinen und mittleren Unternehmen dieser Zauber des Anfangs für eine erfolgreiche gemeinsame Arbeit steht.

Glück auf!
Herzlichen Dank!

.....

Referat I

Dr. Thomas Mirow Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Lieber Ludwig Stiegler, lieber Reinhard Schultz, meine sehr geehrten Damen und Herren,

schlug man in der vergangenen Woche die Zeitung auf, was einem als Sozialdemokraten sowieso nicht so furchtbar viel Vergnügen gemacht hat, so konnte man darüber hinaus fast jeden Tag lesen, dass ein weiteres bekanntes Unternehmen ein Stellenabbau im vierstelligen Bereich ankündigt. Wie passen solche Meldungen mit der gleichzeitig veröffentlichten Nachricht zusammen, dass sich der Beschäftigungsaufbau in der deutschen Wirtschaft zuletzt wieder spürbar beschleunigt hat?

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass in erster Linie einige große Konzerne zu diesen Maßnahmen gegriffen haben, und bei allem Respekt für deren Bedeutung für den Standort Deutschland national und international, sie stehen nicht repräsentativ für die deutsche Wirtschaft, wengleich ich immer etwas davor warnen würde, große Unternehmen und kleine

Unternehmen gegeneinander auszuspielen.

Meine Erfahrung ist, die Großen brauchen die Kleinen, aber die Kleinen brauchen auch die Großen. Spricht man in Deutschland von der Wirtschaft, so ist doch eigentlich der deutsche Mittelstand gemeint, denn von den rund 3,3 Millionen Unternehmen, die wir in Deutschland haben sind über 99 Prozent kleine und mittlere Unternehmen oder Freiberufler, die über 70 Prozent der Berufstätigen und mehr als 82 Prozent der Auszubildenden in Betrieben beschäftigen, und 50 Prozent zur Bruttowertschöpfung beitragen und sogar noch etwas mehr zu den Bruttoinvestitionen. Diese Unternehmen, Unternehmer und Unternehmerinnen prägen die deutsche Wirtschaft durch die Einheit von unternehmerischer Entscheidung, Verantwortung und Haftung. Und, wenn ich das bei der Gelegenheit erwähnen darf, ich bin neulich zwei persönlich haftenden Gesellschaftern von Privatbanken begegnet und habe sie gefragt, warum sie denn keine Geschäfte mit Subprime-Produkten gemacht haben. Und die Antwort war: „Weil wir persönlich haftende Gesellschafter sind.“ Dies bildet das Fundament für die hohe Innovations- und Leistungsdynamik, sowie für die Flexibilität im Mittelstand.

Durch die enge wirtschaftliche und soziale Verwurzelung, sowie die Anbindung in ihrer Region, zeigen zudem viele mittelständische Unternehmen - Ludwig Stiegler hat das eben gesagt - ein beispielhaftes gesellschaftliches Engagement für das Gemeinwohl vor Ort. Eine Entwicklung, die sehr wichtig ist in einer Zeit, in der sich viele Menschen fragen und einen fragen, ob es denn noch einen Zusammenhang gibt zwischen einer florierenden Wirtschaft und ihrem eigenen, persönlichen Wohlergehen. Doch damit nicht genug! Auch der Status Deutschlands als Exportweltmeister hat den Mittelstand als Fundament. Die deutschen Mittelständler sind im

europäischen Vergleich überdurchschnittlich stark international engagiert. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag dafür, dass Deutschland als einziges großes Industrieland in den letzten Jahren noch Marktanteile in der globalen Wirtschaft hinzugewinnen konnte. Also wir sind ja nicht nur in den absoluten Zahlen angestiegen, was die Ausfuhren angeht, sondern haben eben auch unseren Marktanteil noch steigern können. Ich werde oft in Frankreich, weil ich mit dem Land sehr verbunden bin, gefragt: „Was ist denn der Unterschied zwischen euren Erfolgen und unseren Schwierigkeiten in der Außenwirtschaft?“ Und der Unterschied liegt eindeutig nicht in den großen Unternehmen, die sind in Frankreich mindestens so leistungsfähig wie bei uns, sondern der Unterschied liegt in den größeren mittelständischen Unternehmen, die bei uns die Weltmärkte erobert haben.

Eine Entwicklung, um die man uns nicht nur in Frankreich, aber auch gerade in Frankreich, beneidet. Insgesamt ist fast ein Viertel der kleinen und mittleren Unternehmen im Exportgeschäft aktiv. Und im Schnitt trägt das Auslandsgeschäft mit beachtlichen 17 Prozent zum Gesamtumsatz aller Mittelständler bei. Nicht wenige Unternehmen aus dem Mittelstand — wir alle wissen das — haben sich in vielen Branchen als „Hidden Champions“ ohne größeres Aufsehen mit nachhaltigen Geschäftskonzepten und starken Führungspersonen die Weltmarktführerschaft erarbeitet.

Die Globalisierung des Welthandels und der damit einhergehende sich verschärfende Wettbewerb, die der deutsche Mittelstand insgesamt mit so großem Erfolg meistert, stellt diesen aber auch vor neue Herausforderungen. Nicht selten finden sich diese Herausforderungen dann auch als Anforderungen an die Politik wieder. Einige dieser Forderungen, z. B. nach einer weiteren drastischen Senkung der Abgabenbelastung sind unerfüllbar. Ein hoch entwickeltes Land wie Deutschland, mit in der Regel gut funktionierender Infrastruktur, kann beim Abgabenniveau nicht in einen Wettbewerb mit typischen Schwellenländern treten, wenn wir die Qualität unseres Bildungssystems erhalten und weiter verbessern wollen, wenn wir eben diese effiziente Infrastruktur gewährleisten wollen und wenn wir weiterhin, was nicht unterschätzt werden sollte, eine effiziente öffentliche Verwaltung bereitstellen wollen, und nicht zuletzt, wenn wir auf unserem Weg der Haushaltskonsolidierung weitergehen wollen, damit die Entlastungen von heute sich nicht als ungleich schwerere Belastungen von morgen entpuppen.

Niemand weiß das so gut wie mittelständische Unternehmer, die internationale Perspektive mit regionaler Verbundenheit und Verantwortung vereinen und ja auch selbst wissen, dass man die Grenzen der Fremdkapitalaufnahme wohl beachten sollte, um nicht in schwierigeren Zeiten in Probleme zu kommen. Aber die politischen Verantwortlichen und gerade die Sozialdemokraten sind sich dieser Herausforderung für den Mittelstand bewusst, und wir leisten einen Beitrag, die Leistungsfähigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im Mittelstand international zu sichern und zu stärken, z. B. durch die Senkung der Lohnzusatzkosten auf unter 40 Prozent, als Ergebnis der bereits unter der letzten Regierung eingeleiteten und von der jetzigen Regierung fortgesetzten Reformpolitik.

In dieser Legislaturperiode haben wir vor allem drei Maßnahmen in Angriff genommen, um die Leistungsfähigkeit mittelständischer Unternehmen zu stärken: Die zum 1. Januar 2008 in Kraft getretene Unternehmensteuerreform entlastet gerade mittelständische Unternehmen in erheblichem Umfang. Die geplante Erbschaftsteuerreform soll den gerade im Mittelstand bedeutsamen Übergang des Unternehmens auf die nachfolgende Generation erleichtern. Das, wie ich hoffe, vor

der Verabschiedung stehende Gesetz, und das trägt einen wunderbaren Titel: ‚Zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen‘, verbessert die Finanzierungsgrundlagen junger aufstrebender und hochinnovativer Unternehmen. Es handelt sich um ein Gesetz, das die Wagniskapitalbildung fördern soll, um es in verständlichem Deutsch zu sagen.

Was bringt die Unternehmensteuerreform dem Mittelstand? Die mittelständischen Kapitalgesellschaften werden davon profitieren, dass sowohl die Körperschaftsteuer- als auch die Gewerbesteuerbelastung sinken. Die nominale Steuerbelastung verringert sich auf Unternehmensebene deutlich von derzeit 38,65 Prozent, derzeit heißt bis 31. Dezember 2007, bei einem Hebesatz von 400 Prozent, den wir ja nur in einem kleineren Teil der Republik haben, auf 29,83 Prozent, in den Kreisen und Städten, in denen der Hebesatz geringer ist, noch darunter. Wird die Belastung auf anteileigener Ebene noch dazugerechnet, mindert sich die Steuerbelastung von fast 53 Prozent auf nur noch knapp über 48 Prozent. Im Vergleich zu anderen EU Staaten verbessert sich Deutschland dadurch deutlich. Mittelständische Unternehmen rutschen in einem Mehrländervergleich der effektiven Steuerlasten vom 9. auf den 5. Platz. Dabei werden Länder wie Österreich, aber auch Irland, die ja im Ruf stehen, viel günstiger zu sein als wir, überholt. Auch die mittelständischen Personenunternehmen profitieren von der Unternehmensteuerreform. Ertragsstarke mittelständische Personenunternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, haben mit einer Tausierungsbegünstigung die Möglichkeit, den einbehaltenen Gewinn entsprechend der niedrigen Belastung der Körperschaften mit knapp 30 Prozent zu besteuern. Bei späteren Entnahmen erfolgt eine Nachbelastung, die sich an der Dividendenbesteuerung bei Kapitalgesellschaften orientiert. Dadurch erreichen wir sowohl auf der Unternehmensebene, als auch beim Gesellschafter weitgehende Belastungsneutralität zwischen den Rechtsformen. Eine Anforderung, die ja beim Beginn der Debatte über die Unternehmensteuerreform eine wesentliche Rolle gespielt hat.

Ich will, meine Damen und Herren, nicht verschweigen: In der Diskussion um die Unternehmensteuerreform wurde die Gegenfinanzierung der Reform auch vom Mittelstand kritisch betrachtet. Dieser Kritik möchte ich entgegenhalten: Die entlastenden Maßnahmen der Reform waren und sind nur dann vertretbar, wenn diese Reform unser Ziel der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung zum Nutzen aller nicht konterkariert. Eine Entlastung ohne angemessene Gegenfinanzierung, es bleibt ja bei einer deutlichen Nettoentlastung, mag kurzfristig zwar willkommen erscheinen, realistisch ist sie nicht und schon gar nicht verantwortlich. Und bei genauer Betrachtung werden gerade mittelständische Unternehmen von den Maßnahmen zur Gegenfinanzierung relativ wenig belastet. Und meine Damen und Herren, dass wir im Jahr 2007 zum ersten Mal seit Menschengedenken wieder in Deutschland insgesamt betrachtet, bezogen auf alle Gebietskörperschaften und sozialen Sicherungssysteme, keine Neuverschuldung eingegangen sind, das war bitter, bitter notwendig und darf auch nicht so schnell wieder aus der Hand gegeben werden. Aber um noch einmal auf die Unternehmen zurückzukommen, so sind die Einzelunternehmen, also etwa zwei Drittel der deutschen Unternehmen, nicht von der Zinsschranke betroffen, da es sich per definitionem nicht um verbundene Unternehmen handeln kann. Für die mittelständischen Unternehmen, die unter die Zinsschranke fallen, gilt eine großzügige Freigrenze von 1 Millionen Euro. Auch von den Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer dürfte ein großer Teil der Mittelständler verschont bleiben. Hier greift der so genannte Hinzurechnungsfreibetrag. Er bedeutet, dass es überhaupt erst z. B. bei einem mit 5 Prozent verzinsten Kredit von über 2 Millionen Euro zu einer Hinzurechnung der gezahlten Zinsen kommt.

Weiterhin wurde für die Personenunternehmen die Anrechnung der Gewerbesteuerschuld auf die Einkommensteuer so verbessert, dass bis zu einem Gewerbesteuerhebesatz von 400 Prozent die Gewerbesteuer keine wirtschaftliche Belastung für die Unternehmen darstellt. Ich bin daher mit gutem Grund zuversichtlich: Die Unternehmensteuerreform entlastet den Mittelstand, stärkt seine Eigenkapitalbasis und sichert damit längerfristig die Unternehmen und die Arbeitsplätze. Dieses Ziel verfolgen wir auch mit der Erbschaftsteuerreform.

Ich halte dies für eine wichtige Frage der Gerechtigkeit. Betriebsvermögen soll geschont werden, wenn auch die Arbeitnehmer/-innen in Form von Arbeitsplatzsicherheit profitieren. Überprüfbare, allerdings auch unternehmerisch und wirtschaftlich überzeugende Kriterien, sollen und müssen Missbrauch verhindern. Konkret darf nach dem jetzigen Stand der Überlegung die Lohnsumme in den zehn Jahren nach der Übertragung in keinem Jahr geringer sein als 70 Prozent der durchschnittlichen Lohnsumme der letzten fünf Jahre vor der Übertragung. 15 Prozent des Betriebsvermögens werden immer der Steuer unterworfen. Uns erscheint diese Regelung transparent und fair. Sie bringt die drei Ziele, Sicherung von Arbeitsplätzen, Gewährleistung einer hinreichenden unternehmerischen Flexibilität und zugleich angemessene Beteiligung — auch der Erben — an der Gemeinwohlförderung zu einem vernünftigen Ausgleich.

Meine Damen und Herren, der Mittelstand kann seiner Rolle für Wachstum und Beschäftigung nur gerecht werden, wenn er seine Investitionen und Innovationen finanzieren kann. Die Bundesregierung hat hier insbesondere Maßnahmen ergriffen, um diejenigen Unternehmen zu unterstützen, die besonders auf eine Fremdfinanzierung angewiesen sind, und dabei am häufigsten auf erhebliche bisweilen existenzbedrohende Schwierigkeiten stoßen, nämlich die jungen, besonders innovativen Unternehmen. Die Finanzierungsmöglichkeiten solcher Unternehmen haben sich in den letzten Jahren erschwert. Nach seiner sehr dynamischen Entwicklung in den 90er Jahren hat der Beteiligungsmarkt am Anfang dieses Jahrzehnts in Folge der Internetkrise der Jahre 2001/2002 einen empfindlichen Dämpfer erhalten. Im Bereich der wichtigen Frühphasenfinanzierung innovativer Unternehmen fehlt es seitdem in Deutschland an Kapital. Allein von 2005 auf 2006 sind die sogenannten Venture-Capital-Investitionen von rund 1,3 Milliarden Euro auf etwa 1 Mrd. Euro zurückgefallen. Das ist ein sichtbarer Nachteil für den Standort und drückt das beschäftigungsfördernde Wachstumspotential nach unten. Wir müssen hier ein Marktversagen feststellen, und um dieses auszugleichen erscheint uns, beinahe hätte ich gesagt „selbst uns“ vom Finanzministerium, eine steuerliche Förderung angemessen. Ich betone, eine steuerliche Förderung ist insoweit und nur insoweit angemessen, wie ein Marktversagen mit nachteiligen Konsequenzen für das Gemeinwohl vorliegt.

Die bisweilen auch geforderte umfassende Förderung der gesamten Private-Equity-Branche war nie beabsichtigt. Sie ist weder ökonomisch notwendig, noch aus unserer Sicht fiskalisch vertretbar. Das von mir eben schon zitierte Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen, dessen Entwurf das Bundeskabinett im August verabschiedet hat und das seitdem einer, jetzt sehr höflich und freundlich ausgedrückt, wie sich das gehört für einen Angehörigen der Regierung im Parlament, intensiven parlamentarischen Beratung unterzogen wird, sieht daher eine zielgenaue Förderung von Wagniskapitalbeteiligung in jungen, nicht börsennotierten Unternehmen vor. Finanzinvestoren sollen durch das Gesetz jungen, insbesondere forschungsintensiven Unternehmen mehr Eigenkapital als bisher zur Verfügung stellen. Dies wird den Unternehmen die Möglichkeiten vermehren, ihnen neue Möglichkeiten eröffnen und gut bezahlte

Arbeitsplätze schaffen. Zum Nutzen nicht in erster Linie der Finanzinvestoren, sondern zum Nutzen der betreffenden Unternehmen, der bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer/-innen und damit auch des Gemeinwesens.

Ich will mein Zeitbudget nicht zu sehr überschreiten und deswegen die Passagen, die ich mir zu KfW und IKB vorgenommen hatte, kurz halten. Ich kann mich an das anschließen, was Ludwig Stiegler gesagt hat, und darum bitten, dass Sie bei dem, was Sie über den großen Einsatz der KfW zur Sicherung der IKB lesen, zwei Dinge im Auge behalten. Erstens, es wird in der Tat peinlich von uns darauf geachtet, dass die Mittelstandsförderungsprogramme der KfW durch all das nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Und das Zweite ist: Die IKB ist die oder eine wesentliche deutsche Mittelstandsbank. Und als die früheren großen deutschen Aktionäre ihre IKB-Anteile verkauft haben, war die Frage, in wessen Hände die IKB kommen sollte. Und es war damals der nachhaltige Wunsch der deutschen Wirtschaft, dass die KfW diese Aufgabe wahrnimmt. Das hat sich als deutlich schwieriger erwiesen, als wir es uns alle gewünscht hätten, und ich will auch nicht behaupten, dass dort nicht auch gravierende Fehler gemacht worden sind. Aber ich möchte dafür werben, dass die Bemühungen der KfW, die IKB zu sichern, und ich bin sicher, diese Bemühungen werden erfolgreich sein, Bemühungen sind, die die KfW nicht nur unmittelbar im Interesse der Sicherung der Mittelstandsfinanzierung in Deutschland unternimmt, sondern auch mittelbar insofern, als eine Insolvenz der IKB, die ansonsten eingetreten wäre, gerade auch für die Finanzierung des Mittelstandes verheerende Konsequenzen gehabt hätte.

Und ich glaube, gelegentlich muss an diesen Zusammenhang erinnert werden, damit nicht der Eindruck vorherrscht, da würde sozusagen am grünen Tisch Monopoly gespielt. Spaß macht das niemandem, der sich um diese Dinge bemüht, dem Vorstand der KfW am allerwenigsten, aber es ist eine gesamtverantwortliche Maßnahme, und ich betone das ausdrücklich, gerade im Interesse des deutschen Mittelstandes. Ich will mit diesen Bemerkungen enden. Ich freue mich, dass die SPD, meine Partei, dem Mittelstand mal wieder wiederentdeckt hat, wie Ludwig Stiegler uns zu Recht in Erinnerung gerufen hat. Ich hätte mir gewünscht, dass nicht nur dem Mittelstand immer wieder mal in Erinnerung gerufen wird, dass die SPD in der Tat mal eine Mittelstandspartei gewesen ist in ihrer Gründungsgeschichte, sondern dass wir gelegentlich auch die Gelegenheit suchen, uns selbst daran zu erinnern, dass das so war und vielleicht auch so bleiben oder wieder werden sollte. Wie immer man es ausdrücken will, ich finde jedenfalls, ein solcher Dialog ist aller Ehren wert, und ich wünsche Ihnen einen fruchtbaren und erkenntnisreichen Tag.

Herzlichen Dank!

.....

Referat II

Reinhard Schultz, MdB Mittelstandsbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion



**Wir wollen Wertschöpfung in Deutschland.
Wir wollen Wachstum und Beschäftigung.
Wir setzen auf den Mittelstand**

Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren,

gute und schlechte Nachrichten liegen in diesen Tagen nahe beieinander: International aufgestellte deutsche Großkonzerne bauen massenhaft Personal ab. Gleichzeitig sinkt die Arbeitslosigkeit in nie geglaubten Größenordnungen. Der Mittelstand stellt ein. Und er meldet kurzfristig zusätzlichen Bedarf nach einer Million Fachkräften an.

Hier werden die Unterschiede sichtbar: Während Dax-Konzerne von den Finanzmärkten belohnt werden, wenn Sie hohe Gewinnsteigerungen mit Kostensenkungsprogrammen und Personalabbau beantworten, sind die meisten mittelständischen Unternehmen froh, wenn sie ihre Stammbesetzung halten können. Sie sind viel enger mit ihren Standorten und den dort

lebenden und arbeitenden Menschen verbunden, als Großkonzerne mit ihrer intransparenten Eigentümerstruktur. Wer Wertschöpfung in Deutschland will, wer Wachstum und Beschäftigung will, muss politisch auf den deutschen Mittelstand setzen, auf zumeist familiengeführte Unternehmen, die 70 Prozent aller Arbeitsplätze und 80 Prozent aller Ausbildungsplätze stellen.

Wir haben sehr leistungsfähige mittelständische Unternehmen, besonders im Maschinen- und Anlagenbau, die an der Spitze von Forschung und Entwicklung stehen, und die mit ihren Systemlösungen weltweit operieren. Für die Globalisierung eindeutig eine Chance bedeutet. Und wir wollen, dass noch mehr Mittelständler ihre Chancen auf den Weltmärkten wahrnehmen. Die Möglichkeiten hierzu wird eine Expertenrunde unter Leitung von Ute Berg ausloten. Und wir haben die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die ihre Leistungen und Dienstleistungen auf dem Inlandsmarkt, oft mehr im regionalen oder lokalen Umfeld erbringen, oder dort ihre Waren verkaufen. Und die im Wesentlichen von der Binnenkonjunktur abhängig sind. Wir waren 2005 Exportweltmeister und hatten zugleich Riesenprobleme mit der Binnenwirtschaft.

Deswegen haben wir gemeinsam auch einen Richtungswechsel in der Haushaltspolitik vorgenommen, der sowohl Konsolidierung mit vielen unangenehmen Maßnahmen verfolgte aber zugleich auch Nachfrage erzeugte durch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm oder die steuerliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen. Hinzu kommt die klare ordnungsrechtliche Positionierung der Bundesregierung in Sachen Energiesparen und Klimaschutz, die in der Umsetzung zu neuen Produkten und Verfahren sowie zu einer lang anhaltenden Verbesserung der Nachfrage führen wird.

Mittelstandspolitik: Zuhören, abwägen, gemeinsam entscheiden

Die mittelständische Wirtschaft ist ein sehr weites Feld, mit unterschiedlichsten Interessen, Größenordnungen, Einstellungen. Mittelständler sind vielfältig organisiert, und haben es doch oft schwer, sich politisch Gehör zu verschaffen. Deswegen ist es wichtig, dass die Politik selbst aktiv auf den Mittelstand zugeht, mit ihm berät, wie seine Rahmenbedingungen verbessert werden können. Mittelstandspolitik, zumindest die der SPD, bedeutet nicht Verstärker zu sein für jedwedes Partikularinteresse, mit dem vermeintlich im Interesse des Mittelstandes aufgetreten wird. Gute Mittelstandspolitik bedeutet Förderung der mittelständischen Wirtschaft durch vernünftige Rahmenbedingungen, die sowohl den Unternehmen und deren Beschäftigten dienen als auch der Gesellschaft insgesamt. Den gemeinsamen Nenner finden, das ist die Kunst. Zuhören, abwägen, gemeinsam entscheiden.

Innovations- und Investitionskraft des Mittelstandes stärken

Wir wissen, dass 50 Prozent aller Investitionen von der mittelständischen Wirtschaft erbracht werden. Und über ein Drittel aller Innovationen. Das finden wir gut. Aber das ist nicht genug. Wir wollen insgesamt mehr Forschung und Entwicklung, wir wollen die Innovationskraft der mittelständischen Wirtschaft fördern und die Zahl neuer Produkte und Verfahren deutlich erhöhen. Nur so können wir im internationalen Wettbewerb gemeinsam bestehen. Deswegen haben wir die Fördermaßnahmen ausgebaut und gebündelt im „Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand“, das von allen Sachverständigen gelobt wird. Deswegen haben wir die High-Tech-Strategie der Bundesregierung auf den Weg gebracht. Deswegen fördern wir die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Hochschulen.

Viele Weichen sind bereits unter der Forschungsministerin Edelgard Bulmahn gestellt worden, die heute mit Ihnen darüber diskutieren will, wie der Weg konsequent fortgesetzt werden kann. Ich freue mich auch besonders, heute 3 innovative Unternehmen aus dem Land Brandenburg begrüßen zu dürfen. Sie haben sich bereit erklärt, in einer kleinen Ausstellung ihre Unternehmen und innovativen Entwicklungen aus dem Life-Science-Bereich zu präsentieren. Ich lade Sie herzlich ein, gemeinsam während der Mittagspause die Unternehmen Medipan, Generic Assays und CellTrend näher kennenzulernen.

Den demografischen Wandel kreativ gestalten – Lebenslanges Lernen ermöglichen

Wer Spitzenleistungen auf dem Feld von Forschung und Innovation will, der muss die Grundlagen hierfür auch in der Breite legen. Das ist wie das Verhältnis von Breitensport zum Spitzensport. Wir brauchen viel mehr gut ausgebildete Menschen und das, obwohl die Bevölkerung insgesamt schrumpfen wird. Also müssen wir gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, um jedem Kind die bestmöglichen Ausgangschancen zu geben durch zuverlässige vorschulische Erziehung von Anfang an. Voraussetzung dafür ist aber gleichzeitig, dass Eltern, die beide berufstätig sein wollen, oft beide auch gut ausgebildet sind, dem Konflikt zwischen Berufsarbeit und Familienarbeit entrinnen können durch Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und wenn wir zu wenige junge Fachkräfte haben, dann ergibt es sich von selbst, dass die Älteren etwas länger arbeiten.

Das bedeutet aber auch: Lebenslanges Lernen, Anpassen der Fähigkeiten an die Aufgabenstellungen. Da müssen alle mitziehen. Und ich bin überzeugt: Die mittelständische Wirtschaft wird mitziehen. Schon heute ist der Fachkräftemangel teilweise so gravierend, dass manche Arbeitgeber neben dem Einkommen flexible Arbeitszeiten, Weiterbildungsgarantien, Familienpakete anbieten. Und das ist der richtige Weg.

Für Wettbewerbsgerechtigkeit – gegen Vermachtung der Märkte

Mittelständler reagieren überaus empfindlich, wenn sie Wettbewerbsverzerrungen oder unlauteeren Wettbewerb vermuten. Deswegen sind sie quasi die natürlichen Feinde von Monopolen und Oligopolen. Aber auch sie benötigen politische Unterstützung, um eine wettbewerbliche Waffengleichheit herzustellen. Wir Sozialdemokraten haben durchgesetzt, dass das Wettbewerbsrecht novelliert wurde, um der Vermachtung von Märkten durch Unter-Einstandspreis-Verkäufe einen Riegel vorzuschieben. Das gilt für den Einzelhandel, wo der ortsansässige Geschäftsmann dem Preisdumping der großen Ketten oft hilflos ausgeliefert war. Das gilt für die Mineralölwirtschaft, die ihre eigenen Vertragstankstellen oft günstiger belieferte als die mittelständische Konkurrenz. Wir erwarten künftig, dass das Kartellamt in solchen Fällen beherzt zubeißt.

Dumping gibt es aber auch auf dem Lohnsektor. Es sind gerade oft mittelständische Unternehmen und ihre Verbände, die Mindestlöhne fordern, um nicht von der Billigkonkurrenz platt gemacht zu werden. In einigen Fällen konnten wir bereits gesetzliche Mindestlöhne durchsetzen. Weitere Branchen werden folgen, auch der Zeitarbeits-Sektor. Ich wundere mich manchmal über die Spitzenvertreter der Wirtschaft, die vollmundig Mindestlöhne ablehnen, während die Betroffenen Branche sie fordern. Es ist ein Gebot der Achtung vor dem arbeitenden Menschen, dass er von seinen Arbeitsentgelt auch tatsächlich leben kann. Es ist ein Gebot der Wettbewerbsgerechtigkeit, wenn Lohndumping nicht zugelassen wird. Es ist ein Gebot des Selbstschutzes der Gemeinschaft aller Steuer- und Beitragszahler, wenn wir verhindern, dass die Zuzahlung von Arbeitslosengeld II in manchen Bereichen die Regel und nicht die Ausnahme bildet. Die Staatskasse ist nicht in erster Linie die Lohnersatzkasse für existenzvernichtende Dumpinglöhne.

Das gilt auch für die Vergabe öffentlicher Aufträge. Wir werden sehr bald das Vergaberecht reformieren und damit den Wünschen der mittelständischen Wirtschaft entgegenkommen. Und wir werden dabei neben Qualität und Preis auch die Tariftreue bei der Bezahlung der beteiligten Arbeitnehmer zum Kriterium für künftige Vergabeentscheidungen machen. Anstand und Verantwortung für die Firma, ihre Mitarbeiter und den Standort sind eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Unternehmenspolitik. Die Politik hat mit den Tarifparteien gemeinsam dafür zu sorgen, dass es auch auf diesem Gebiet ein Level Playing Field gibt, eine Mindestmaß an Wettbewerbsgerechtigkeit, ohne das der anständige Mittelständler mit seinen Mitarbeitern schnell von den Unanständigen über den Spielfeldrand gedrängt wird. Ethische Verpflichtungen in der Unternehmensführung und in der Wirtschaft insgesamt sind ein Thema, das an Bedeutung gewinnt. Klaus Brandner, Parlamentarischer Staatssekretär im Arbeitsministerium wird mit Ihnen zu diesem wichtigen Thema diskutieren.

Unternehmensteuerreform hat Mittelstand stabiler gemacht

Ein wichtiges Thema war und ist die Mittelstandsfinanzierung. Ich freue mich, dass Joachim Poß hierzu eine kompetente Diskussionsrunde leiten wird.

Wir haben durch die Unternehmensteuerreform mit dazu beigetragen, dass die Handlungsspielräume der Unternehmen größer wurden, die Steuersätze unter dem Strich im europäischen Vergleich wettbewerbsfähig sind und leichter Eigenkapital angespart werden kann. Tatsächlich hat sich die Eigenkapitalausstattung der meisten Unternehmen deutlich verbessert, mit dem Ergebnis, dass die Eigenfinanzierungsrate gestiegen und die Kreditwürdigkeit besser geworden ist. Wir haben dazu beigetragen, dass auch die mittelständischen Unternehmen ein Stück Basel II fest geworden sind. Nun haben sich die Finanzierungsmöglichkeiten für den Mittelstand deutlich verbreitert. Der Bankkredit spielt zwar noch eine große Rolle, aber Finanzierungsformen in direkter und indirekter Partnerschaft mit privaten Geldgebern, Leasing und Factoring haben an Bedeutung gewonnen. Die durch die Unternehmensteuerreform ausgelösten Probleme für die wichtigen Finanzierungsformen wie Leasing und Factoring werden wir in den nächsten Wochen lösen und rückwirkend zum 1.1.2008 bereinigen.

Wir brauchen die öffentlichen Banken

Mittelstandsfinanzierung braucht aber zuverlässige Partner. Bei aller Hochachtung vor einigen in der privaten Bankenlandschaft muss man den öffentlich-rechtlichen Sparkassen bescheinigen, dass sie für fast alle Mittelständler ein, zumeist der wichtigste Partner sind. Und bei allem Gemurre in Zeiten der Wirtschaftsflaute, die hinter uns liegt, und im Vorfeld von Basel II stelle ich fest: Ohne die Sparkassen wären viele Mittelständler unter die Räder gekommen. Neben anderen Gesichtspunkten unterstreicht diese Erfahrung die Notwendigkeit, an der Dreigliedrigkeit unserer Bankenlandschaft festzuhalten. Wir werden diese – wie in den letzten Jahren – gegen Übergriffe der Privaten ebenso verteidigen, wie gegen die EU-Kommission.

Die Frage, die sich allerdings stellt ist: Brauchen wir eine Vielzahl von Landesbanken, die sich immer wieder in Ermanglung eines tragfähigen eigenen Geschäftsmodells auf abseitigen Gebieten des Finanzmarktes verzocken und immer wieder tiefgreifende Krisen auslösen? Oder brauchen wir nur wenige – zwei, drei – öffentliche Banken als Spitzeninstitute der Sparkassen, die Sparkassenkunden im Auslandsgeschäft begleiten, eine hohe Finanzmarktexpertise aufweisen und für Mittelstands- und Industriekunden das zweite Geschäftskonto vorhalten, mit allen notwendigen Dienstleistungen? Ich glaube, die Eigentümer der Landesbanken müssen sich beeilen, eine solche Konsolidierung voranzutreiben. Und wir in der Politik müssen uns entscheiden, was denn der besondere öffentliche Auftrag von Landesbanken ist, der bestimmt, was sie zu tun und was sie zu lassen haben.

Wir brauchen öffentliche Förderbanken. Und der Bund braucht die KfW. Über die wickeln wir einen Großteil der Förderprogramme ab, von der Existenzgründung über Klimaschutz und Umweltprogramme bis zum Studentendarlehn. Diese Bank des Bundes ist aber auch erforderlich, um die Wirtschafts- und Industriepolitik der Bundesregierung zu unterstützen. Und ich finde, trotz IKB-Krise macht sie gute Arbeit. Und selbstverständlich bleibt das ERP-Sondervermögen, das wir in die KfW eingebracht haben, auf Dauer ungeschmälert für die Mittelstandsförderung erhalten.

Aus der Finanzmarktkrise lernen

Wir sind alle geschockt über die Ursachen, den Umfang und die Möglichen Folgen der internationalen Finanzkrise. Wir sind beunruhigt darüber, dass gewaltige Risiken eingegangen wurden, oft an den Aufsichtsgremien der Banken vorbei, von den Prüfern unentdeckt, außerhalb jeder Bilanz. Wir hoffen, dass die Folgen dieser Krise nicht zu einer Kreditklemme für den Mittelstand führen. Und wir tun alles, damit sich die Geschäftspraxis von Banken ändert: Mehr Transparenz, Bilanzierungspflicht für alle Risiken, stärkere Aufsicht. Und in diesem Zusammenhang werden wir auch klare Regeln für den Verkauf von Krediten durchsetzen und die Kreditnehmer stärken. Das gilt auch und gerade für Firmenkredite. Ein Kredit, der bislang gut bedient wurde, soll künftig nur mit Zustimmung des Kreditnehmers verkauft werden können. Im Zweifelsfall muss diesem ein Sonderkündigungsrecht eingeräumt werden, möglichst ohne Vorfälligkeitsentschädigung. Wir wollen nicht, dass irgendwelchen anonymen Fondmanager beim Mittelständler auftauchen, dessen Verbindlichkeiten, die er eigentlich bei seiner Hausbank wähnte, fällig stellen und dann gegen den Willen des Eigentümers in eine Beteiligung umwandeln. Solche Fälle gab es. Und diese werden zunehmen, wenn wir als Gesetzgeber das nicht verhindern.

Bündnisse der gemeinsamen Verantwortung

Wir wollen den regelmäßigen Austausch zwischen SPD und Mittelstand. Vor Ort und auch hier in Berlin. Wir wollen auf diesem Wege auch das Verständnis für die Denke und Rolle des jeweils anderen verstärken. Und wir wollen Bündnisse der gemeinsamen Verantwortung zwischen Mittelständischen Unternehmern, ihren Belegschaften und der Politik, um uns allen eine gute Zukunft zu sichern.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

.....

1. Podium: „Innovation denken“

TeilnehmerInnen:

Edelgard Bulmahn, MdB,
Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundetages,

Prof. Dr. Heinz Trasch, Vorstandsvorsitzender Steinbeis Stiftung,

Petra Ledendecker, Präsidentin Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VDU),

Ulrich Dietz, Mitglied des Präsidiums des BITKOM (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.), Vorsitzender des Vorstands GFT Technologies AG.

Moderation: Dr. Ursula Weidenfeld

Ursula Weidenfeld: Guten Morgen, meine Damen und Herren. Ich heiße Ursula Weidenfeld und bin noch stellvertretende Chefredakteurin des Tagesspiegel hier in Berlin und demnächst Chefredakteurin des Unternehmermagazins Impulse in Köln. Ich darf Ihnen das erste Podium des Vormittags vorstellen, mit dessen Teilnehmerinnen und Teilnehmern Sie dann auch gleich gerne und schnell ins Gespräch kommen sollen. Rechts neben mir, links von Ihnen aus gesehen, sitzt die Bundesforschungsministerin a. D., Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages, Edelgard Bulmahn, die uns gleich mit ihrem Input ein bisschen ins Thema einführen wird. Links neben mir, also rechts von Ihnen, sitzt Professor Dr. Heinz Trasch, Vorstandsvorsitzender der Steinbeis-Stiftung, die sich ja in besonderer Weise um Wirtschafts- und Technologieförderung kümmert, daneben Petra Ledendecker, Unternehmerin aus Ostwestfalen, einem der Mikrokosmen des innovativen Mittelstands in Deutschland und seit Dezember 2007, Präsidentin des Verbandes der Unternehmerinnen, ganz außen darf ich Ihnen Ulrich Dietz vorstellen, Geschäftsführer der GFT Technologies AG aus Baden-Württemberg, das ja eher ein Makrokosmos der innovativen Unternehmen in Deutschland ist. Frau Bulmahn, damit wir auch gleich ins Gespräch kommen können, darf ich Sie um Ihren Input bitten?

Edelgard Bulmahn, MdB: Meine Damen und Herren, lassen Sie mich gleich mit dem Titel unseres Podiums beginnen. „Innovation denken“? – Das ist die notwendige Voraussetzung dafür, wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Aber gleichzeitig ist es keine hinreichende Voraussetzung, denn innovativ zu denken oder Innovation zu denken, reicht alleine nicht aus. Denn die Innovation muss ja auch geschehen, sie muss umgesetzt werden, sie muss durchgesetzt werden. Und deshalb lassen Sie mich gleich damit beginnen: Was heißt denn eigentlich „Innovation zu denken“? „Innovation zu denken“ heißt ganz sicherlich, sich nicht mit dem zufrieden zu geben, was vorhanden ist, sondern wirkliche Herausforderungen zu identifizieren und auch gesamtgesellschaftliche Herausforderungen frühzeitig zu erkennen.

Und deshalb ist eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, in einem Unternehmen, aber auch in einer Gesellschaft innovativ zu sein, sich immer wieder zu fragen: Was benötigen wir eigentlich? Was ist notwendig, um hier in Deutschland, in unseren Unternehmen, in unserer Gesellschaft in Zukunft Arbeit zu sichern, Wohlstand zu sichern und die großen Herausforderungen, die demografischen Herausforderungen, die Umweltherausforderungen, zu bewältigen? Für den Betrieb bedeutet das natürlich, dass ich ganz klar identifizieren muss, wo sind eigentlich die

Herausforderungen international, national, regional und wo liegen die Chancen für mein Unternehmen regional, national und international.

Das hört sich vielleicht alles etwas abstrakt an, und deshalb will ich das mit einem kleinen Beispiel untermauern, das ich im Wahlkreis von Reinhard Schultz kennengelernt habe. In Ostwestfalen-Lippe, und ich nenne das deshalb, weil ich selber auch in Ostwestfalen aufgewachsen bin und 20 Jahre dort gelebt habe, aber inzwischen Niedersächsin bin, auch mit Herz und Seele. Es ist ein Beispiel aus einem boomenden Sektor, aus einer Wachstumsbranche, nämlich aus der Gesundheitsbranche.

Dort gibt es ein Unternehmen, das ein völlig neues Krankenbett entwickelt hat. Jetzt werden Sie sich vielleicht fragen, warum nimmt eine ehemalige Forschungsministerin ein solches Beispiel, das vielleicht gar nicht so viel mit Hightech zu tun hat? Es ist ein gutes Beispiel, weil es wirklich dafür steht, dass man sich sozusagen aus dem traditionellen Denkpfad heraus bewegt. Ein traditioneller Denkpfad würde bedeuten, wie verändere ich ein Krankenbett so, dass es für denjenigen, der als Patient darin liegt etwas angenehmer wird und gleichzeitig für diejenigen, die als Pflegepersonal in diesen Einrichtungen arbeiten, etwas handlicher wird. So würde man traditionell denken. Innovativ denken, dabei geht es um mehr, es geht eben auch darum, die Herausforderung zu erkennen. Die Herausforderung hierbei ist, dass wir inzwischen in den Krankenhäusern ein großes Problem mit Viren, mit Bakterien, mit Pilzen haben. Diese Infektionsträger und Krankheitserreger sind ein wirklich ernst zu nehmender krankheitsverursachender Faktor. Das wissen wir; darüber reden wir nicht ganz so viel in der Öffentlichkeit, aber allen Experten ist das bekannt. Es ist eines der großen Probleme, mit denen sich Krankenhäuser inzwischen auseinandersetzen müssen, neben der Behandlung der Patienten. Und ein begünstigender Risikofaktor sind die Krankenbetten bzw. schlichtweg die Matratzen. Das kann sich jeder vorstellen, nur denkt man glücklicherweise nicht jedes Mal daran, wenn man als Patient in diese Situation kommt.

Dieses Unternehmen nun verzichtet auf die Matratze mit seinem neuen Krankenbett. Das kann man, weil wir heute inzwischen intelligente Materialien haben, über die man auch praktisch den Komfort, den eine Matratze vermittelt, ersetzen kann. Das ist ein Krankenbett ohne Matratze, das man ganz hervorragend reinigen kann, bei dem man sich praktisch nicht mehr mit den ganzen Keimen herumschlagen muss. Aber dieses Unternehmen steht vor dem großen Problem, dass es mit seiner Innovation, obwohl überzeugend und vielversprechend, auf einen besetzten Markt trifft. Und damit komme ich zu dem zweiten Punkt: Es reicht nicht aus, Innovation zu denken, die Technologie zu entwickeln, sondern man muss diese Innovation auch durchsetzen können, wenn sie auf einen besetzten Markt trifft. Und daher gehört zu innovativ denken auch gleichzeitig, Strategien zu entwickeln, wie ich dieses neue Produkt in den Markt bringen kann. Deshalb sage ich ausdrücklich als ehemalige Forschungsministerin, dass Innovation mehr als ein technischer Prozess ist. Natürlich brauche ich ein neues Produkt, ein neues Verfahren. Ich brauche auch neue Produktions- und Arbeitsorganisationsprozesse. Aber es ist nicht nur ein technischer Prozess. Innovationen sind immer auch soziale Prozesse. Es ist wichtig und entscheidend, dass Unternehmen genau diese beiden Seiten eines Innovationsprozesses betrachten, den technischen Prozess, den sozusagen harten Kernprozess, den man hat, aber auch diesen sozialen Prozess mitberücksichtigen, mitbetrachten und ihn nicht vernachlässigen.

Lassen Sie mich einen zweiten Aspekt ansprechen. Der betrifft die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands. Man muss darüber reden, wenn man über „innovativ denken“ redet. Die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands ist hoch. Wir sind im Vergleich zu allen anderen Wettbewerbern die Volkswirtschaft, die am innovativsten ist. Bei den Exportgütern, und zwar den Hochtechnologieexportgütern, bei den technologie-intensiven Exportgütern, liegen wir weltweit an der Spitze. Deshalb kann man klar sagen, wir sind ein sehr innovatives Land. Wissenschaft und Forschung in Deutschland gehören zur Weltspitze. Wir dürfen allerdings nicht verkennen, dass das kein naturgegebener Zustand ist, sondern dass wir uns international einer sehr harten Konkurrenz aussetzen müssen und jetzt schon ausgesetzt sind. Wir können in Zukunft nicht darauf vertrauen, dass diese internationale Konkurrenz geringer werden wird, sondern die wird größer werden.

Daher müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, um diese Position, die wir haben, zu behalten und auszubauen. Und deshalb müssen wir auch in Zukunft weiterhin massiv in Forschung und Entwicklung investieren. Das gilt im Übrigen für die öffentliche Hand genauso wie für jedes einzelne Unternehmen, denn nicht in die Weiterentwicklung zu investieren, d.h. nicht in Forschung und Entwicklung zu investieren, bedeutet automatisch Stillstand und bedeutet automatisch, dass wir verlieren werden. Es gibt keine Alternative zu diesem klaren Auftrag, gesamtpolitisch, wie auch in den Unternehmen. Wir müssen gleichzeitig dafür sorgen, dass die Mittel, die eingesetzt werden, auch effizient genutzt werden und darüber Kettenreaktionen in Gang gesetzt werden. Also ich fordere ausdrücklich, massiv in Forschung und Entwicklung investieren, aber auch unsere Ressourcen intelligent nutzen. Das ist die Devise.

Den dritten Punkt, den ich nennen will: Um innovativ zu bleiben, kommt es darauf an, dass Unternehmen offensiv, und ich unterstreiche dieses Wort, offensiv und gezielt mit Forschungseinrichtungen und mit potentiellen Partner zusammenarbeiten. Wir haben in Deutschland ein sehr dichtes Netz an Hochschul- und Forschungseinrichtungen. Wir haben über 380 Hochschulen. Wir haben viele außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, und wir haben sehr viele forschungsintensive kleine und mittelständische Unternehmen, die auch als Partner in Frage kommen. Wir sind eigentlich bestens gerüstet, so dass auch Mittelständler in der Lage sein sollten mit unserem Know-how in Deutschland, ihre Verfahren, ihre Produkte immer wieder so weiterzuentwickeln, dass sie wirklich einzigartig sind und damit vorhandene Marktchancen auch tatsächlich nutzen können. Dazu gehört aber Offenheit und die Bereitschaft, mit diesen Einrichtungen zusammenzuarbeiten. Angst, Know-how zu verlieren, ist wirklich der falsche Weg. Offen zusammenzuarbeiten, mit klaren vertraglichen Regelungen, damit das Know-how auch tatsächlich im Unternehmen bleibt, ist möglich und von den Hochschulen gewollt.

Ich appelliere daher ausdrücklich an diese Bereitschaft, zusammenzuarbeiten. Das ist nicht nur für das Unternehmen von großem Nutzen. Auf diese Art und Weise kann man auch Innovationspotentiale einer Region deutlich besser mobilisieren und die Programme, die wir auf Bundesebene haben, die ich teilweise selber noch initiiert habe, besser nutzen. Ich nenne nur das Programm InnoRegio oder die vielen Kompetenznetze, Technologiernetze und Cluster, die wir entwickelt haben. Ein besonderes Beispiel dafür ist sicherlich immer noch Dresden. Wir haben dort viele Cluster, die inzwischen so hervorragend funktionieren und die damit auch immer wieder ein Umfeld bieten, das neue wirtschaftliche Entwicklungen ermöglicht und fördert und auch das Wachstum von kleinen und mittleren Unternehmen ermöglicht und fördert.

Vorletzter Punkt. Um die Innovationskraft der gesamten Gesellschaft zu stärken, brauchen wir vor allem erheblich mehr Anstrengungen in unserem Bildungswesen. Reinhard Schultz hat darauf zu Recht hingewiesen. Wir können es uns nicht leisten, eine Gesellschaft zu sein, die immer weniger junge Menschen hat, ohne gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass diese jungen Menschen wirklich alle Bildungsmöglichkeiten haben, die sie so dringend brauchen. Ich formuliere es etwas härter. Ich sage, wir können nicht gleichzeitig immer weniger und dann auch noch dümmer werden. Das funktioniert nicht. Wir müssen das, was wir an Menschen haben, wirklich auch richtig packen und ihnen wirklich auch alle Bildungsmöglichkeiten anbieten. Und das heißt, wir müssen das Bildungspotential nutzen und fördern. Und dazu gehört eine wirklich umfassende Reformanstrengung unseres Bildungswesens auf allen Ebenen von der frühkindlichen Bildung bis zur beruflichen Ausbildung, Hochschulausbildung und Fort- und Weiterbildung.

Ich will auf einen Punkt, der dabei gerade für Unternehmen gilt, noch einmal ausdrücklich hinweisen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die einzigartige Stärke unserer Volkswirtschaft in dem Zusammenwirken von starker Forschung, hervorragenden Ingenieuren und einer hervorragend ausgebildeten Arbeitnehmerschaft liegt. Das ist der große Unterschied zu anderen Volkswirtschaften. Ich habe sehr viele Unternehmen auch in anderen Ländern besucht. Die haben auch hervorragend ausgebildete Ingenieure. Die haben auch eine starke Forschung. Aber sie haben nicht dieses einzigartige Zusammenspiel von wirklich guten Ingenieuren und einer gut ausgebildeten und motivierten Arbeitnehmerschaft. Und wenn wir wollen, dass wir diese starke wirtschaftliche Stellung erhalten, dann dürfen wir diesen einzigartigen Vorteil nicht verspielen, sondern dann müssen wir ihn ausbauen. Und das geht nur, wenn wir alle Anstrengungen unternehmen, den jungen aber auch den älteren Leuten durch ein gutes Bildungsangebot genau diese Fähigkeiten und diese Kompetenzen zu geben und auszubauen. Das ist eine Frage unserer Zukunft, über die wir hier diskutieren, natürlich auch der individuellen Lebenschancen, aber auch unserer gesellschaftlichen Zukunft.

Last but not least will ich ausdrücklich sagen, dass die Förderung von Innovation nicht nur eine Aufgabe ist für Bildungs-, Forschungs- oder Wirtschaftspolitiker, sondern es ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Querschnittsaufgabe. Wettbewerbsrecht gehört natürlich dazu. Das würde auch niemand bestreiten. Steuerrecht — würde auch niemand bestreiten. Aber es gehört eben auch Umweltpolitik dazu. Es gehört eben auch z. B. das Thema Bürokratieabbau dazu und damit Innenpolitik und Rechtspolitik. Es gehört der ganze Bereich der Exportförderung dazu, also auch Außenpolitik in vielen Bereichen. Es ist wirklich eine Querschnittsaufgabe. Und deshalb ist es so wichtig, dass wir in der Politik nicht allein nach Zuständigkeiten handeln und denken, sondern wirklich vernetzt handeln und denken. Das gilt nicht nur für die Bundespolitik, sondern auch für Landes- und Kommunalpolitik. Und damit will ich den Schlusspunkt setzen: „Innovation denken“ heißt immer vernetzt denken. Das, was ich eben für die Politik als Beispiel genannt habe, gilt natürlich auch für jedes Unternehmen.

Deshalb ist z. B. Familienförderung nicht nur eine politische Aufgabe, sondern auch eine originäre Aufgabe der Unternehmen. Deshalb ist z. B. Gleichstellungsförderung nicht nur eine politische Aufgabe, sondern eine originäre Aufgabe der Unternehmen. Auch das heißt vernetzt denken, und deshalb ist das Nachdenken über Nachhaltigkeit nicht nur eine politische Aufgabe, sondern auch eine originäre Aufgabe der Unternehmen. Und deshalb ist eben auch die Förderung von jungen Leuten nicht nur eine politische Aufgabe, sondern auch eine Aufgabe von jungen Unternehmen.

Und damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, hoffe ich, Ihnen einen kleinen Input für die Debatte gegeben zu haben. Vielen Dank!

Ursula Weidenfeld: Danke sehr, Frau Bulmahn, für diese Denkanstöße. Herr Professor Trasch, ich möchte gleich die erste oder vielleicht auch die wichtigste Anmerkung aufnehmen, die Frage nach der Querschnittsaufgabe. Das heißt die Frage nach der Effizienz von Innovationsförderung im Zusammenspiel mit anderen Politikbereichen. Sie haben viel Erfahrung mit der Steinbeis-Stiftung in Wirtschafts- und Technologieförderung. Tut sich da was, und wo würden Sie sagen, muss noch mehr getan werden, auf Seiten der Unternehmen oder auf Seiten der Politik?

Heinz Trasch: Eine solche Frage innerhalb einer Minute zu beantworten, ist unmöglich. Da müsste man eine Vorlesungsreihe machen oder eine richtige Veranstaltung. Lassen Sie es vielleicht mal so sagen, Innovation ist für mich und für die Unternehmen kein Wahlfach mehr, sondern ein Pflichtfach. Es ist ein Muss. Warum ist es ein Muss? Nun, wir haben einen Expansionsdruck. Unternehmen müssen wachsen, um bestehen zu bleiben. Es ist ein Wandel, die Grenzen fielen, die Globalisierung ist allen bekannt, man muss sich also tummeln. Zweitens, wir haben einen permanenten technologischen Wandel zu beobachten. Technologien haben Halbwertszeiten von wenigen Jahren. Man muss sich neu anpassen. Bleibt man beim Alten, stagniert man und wird zum Verlierer. Man muss sich also weiterentwickeln. Drittens, es gibt neben dem technologischen einen gesellschaftlichen Wandel, der unverkennbar ist.

Man muss sich der Demografie stellen. Ganz neue Märkte tun sich auf, neue Potentiale sind vorhanden. Die muss man nutzen, also muss man im Wachstum orientiert denken. Wenn man von Innovation spricht und innovativ denkt, dann muss man auch sagen, was ist das Ziel, wenn ich so denke oder so handle. Natürlich ist es immer ausschließlich der wirtschaftliche Erfolg, und ein wirtschaftlicher Erfolg steht am Ende. Es muss ja irgendwo ein Anfang sein. Wie kann ich diesen wirtschaftlichen Erfolg erreichen? Lassen Sie mich eine ganz kurze Skizze einer virtuellen Wertschöpfungskette darstellen. Wenn ich sage, hier ist der wirtschaftliche Erfolg. Ich nenne das mal die Innovation, dann starte ich auf dieser Seite mit der Grundlage aller Innovationen: dem Wissen. Aus dem Wissen macht man eine Idee, aus der Idee den Prototyp, aus dem Prototyp macht man dann den wirtschaftlichen Erfolg. Wichtig ist nicht, was am Ende dabei herauskommt, sondern wie ich starte, wie ich Wissen generiere.

Wissen wird zum einen an und in den Hochschulen generiert. Das ist dann für die akademische Lehre gedacht und für Publikationen, aber auch und das erst seit wenigen Jahren für den Transfer zwischen Hochschule hin zu den Unternehmen. Das ist allerdings ein ganz schwieriger Prozess, einer der schwierigsten überhaupt, denn da prallen Welten aufeinander, da sind unterschiedliche Ebenen und Einstellungen zu berücksichtigen. In einem Unternehmen wird Wissen ganz anders generiert. Man greift es nicht ab über Publikationen. Vielmehr haben die Großunternehmen, ich differenziere hierbei zwischen großen, mittleren und den Startups, eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. In den mittleren und kleinen Unternehmen habe sie dies nicht. Also, die großen Unternehmen schaffen sich ihr Wissen selbst.

Die kleineren Unternehmen wiederum müssen auf bestehendes Wissen zurückgreifen. Die Startups haben jedoch noch wesentlich größere Probleme. Kommen sie aus der Universität, haben sie noch nicht einmal eine Struktur, die haben nur Wissen. Die sind noch nicht einmal visionär in der

Lage, die Idee zu schaffen, aus der ein Prototyp entwickelt werden könnte. Sie brauchen eine ganz andere Unterstützung, um eine innovative Denkweise auszubilden. Haben sie ein Startup-Unternehmen aus einem Unternehmen heraus, dann ist bereits eine Struktur vorhanden, die wiederum einer ganz anderen Unterstützung bedarf. Das heißt, ich kann nicht nur mit Fördertöpfen und Fördergeldern Innovation fördern und schaffen. Man muss die Strukturen angehen und muss punktuell an diesen Strukturen ansetzen, um zu helfen. Man kann nicht pauschal und globalisiert helfen.

Ursula Weidenfeld: Eine Nachfrage dazu: Sie sagen, man muss punktuell helfen, man muss sich den Einzelfall dann auch angucken und fördern. Kann man das politisch? Oder wer kann das tun?

Heinz Trasch: Ja, natürlich können Sie es politisch, wenn ich sage, Wissen wird an einer Hochschule generiert, dann haben Sie staatliche Eingriffsmöglichkeiten in die Infrastruktur der Hochschule und in die Gestaltung des Lehrkörpers. Sie können den primären und sekundären Bildungssektor nehmen und können fragen, was brauche ich, um Wissen zu generieren? Die Leute brauchen kein Lehrbuchwissen, die brauchen Neugierde, die müssen visionär denken, die müssen quer denken können. Das sind die Dinge, auf die ich Einfluss nehmen muss. Ich würde sagen, Wissensgenerierung beginnt im Kindergarten im Alter von zwei, drei Jahren. Kinder, die basteln, die wieder lernen, wenn sie zum Beispiel in den Wald gehen, was ein Käfer ist und wie ein Käfer aussieht, bei diesen wecke ich Neugierde. Und die Neugierde bleibt und diese Kinder können das später nutzen. Wenn sie dann Jugendliche sind, ist diese Neugierde da, dann werden sie sich fragen, wie funktioniert Technik. So werden Probleme gelöst und beispielsweise Fachkräfte aus dem technischen oder aus dem naturwissenschaftlichen Bereich gewonnen.

Ursula Weidenfeld: Frau Bulmahn, würden Sie vielleicht gerne etwas dazu sagen? Sie haben in Ihrer Zeit als Bundesforschungsministerin sehr viel angestoßen, gerade für diesen Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen. Vielleicht drei Sätze, sind Sie zufrieden mit dem Ergebnis?

Edelgard Bulmahn, MdB: Ich finde, dass da inzwischen eine Dynamik eingesetzt hat. Das ist entscheidend und wichtig und die sollte man jetzt auch stützen und vorantreiben. In den Hochschulen ist inzwischen bei vielen die Bereitschaft vorhanden mit Unternehmen zusammenzuarbeiten. Die Studierenden wollen das im Übrigen selbst, weil sie die Kombination von Praxis, von Erfahrung und auch Theorie brauchen. Wir haben inzwischen auch Studiengänge, in denen genau dieses eingefordert wird. Wir unterstützen das durch viele Initiativen, zum Beispiel über den Aufbau von Patentverwertungsstrategien, über Lehrschulen, die sich mit Patentierungs- und Anwendungsfragen beschäftigen, durch die Veränderung der Ingenieurstudiengänge, wo genau diese Fragenstellungen eine Rolle spielen. Im Übrigen aber auch durch die Schaffung von Schülerlabors in den Hochschulen und in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Zwar ist das alles noch nicht so breit entwickelt, wie ich mir das eigentlich wünschen würde, aber es ist wirklich eine Menge in Gang gekommen.

Ich würde gern noch einmal an einem anderen Punkt ansetzen wollen. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass Unternehmen selber von sich aus noch stärker, noch aktiver auf die Hochschulen zugehen. Erstens lernen sie dadurch sehr frühzeitig potentielle junge Leute kennen, die im Unternehmen gebraucht werden und zweitens können sie diese bereits während des Studiums an sich

binden. Ich werde ja nicht erst interessiert für den Job nach dem Studium, sondern bereits während des Studiums. Das ist die beste Vorbereitung und hat für Unternehmen den Vorteil, Zugang zu neuem Wissen zu erhalten. Deshalb sind Forschungsnetzwerke notwendig. Für mich ist es eine ganz wichtige Erfahrung aus den Diskussionen in den Unternehmen, dass nicht nur allein die Förderung entscheidend ist, sondern auch der Zugang zu dem Wissen, das sich in diesen ganzen Netzwerken entwickelt hat. Daher ist es einfach fatal, wenn man darauf verzichtet. Durch den Zugang zu diesen Netzwerken haben sie auch so etwas wie ein Frühwarnsystem über zukünftige Entwicklungen und Anforderungen. Wir haben so viele Hochschulen, deshalb sollte man dieses wichtige Instrument und Mittel nutzen, um hier das dringend benötigte Wissen zu generieren.

Ursula Weidenfeld: Herr Dietz, Sie sind Unternehmer, Gründer aus einer wissenschaftlichen Grundhaltung heraus. Sie sind auch Mitgründer eines Technologietransferzentrums in Zusammenarbeit mit der Steinbeis-Stiftung. Vielleicht können Sie uns als Praktiker sagen, ob Sie zufrieden sind mit der Art, wie in Deutschland Innovation zuerst gedacht und dann auch gemacht wird?

Ulrich Dietz: Sie geben mir das richtige Stichwort. Ich würde sagen, „Innovation denken“ – Ja. „Innovation machen“ – Noch viel mehr. Und „Innovation machen“ wird in Deutschland an und für sich hervorragend gemacht, sowohl in der Industrie als auch in den Hochschulen. Und wenn Sie die Institute sehen, sei es jetzt die Steinbeis-Stiftung, wo ich meine Wurzeln habe, oder die Fraunhofer Gesellschaften - da haben wir ganz hervorragende Wissenschaftler, die tolle Dinge tun. Der eine oder andere hat vielleicht die Tagesthemen am Montag angeschaut, als die CeBit eröffnet wurde. Da wurde ein ganz spannender Tisch vorgestellt, mit dem man Bilder direkt in den Computer bringen kann, der war von der Firma Microsoft. Wie üblich von amerikanischen Firmen – eigentlich eine ziemliche Spielerei. Und neben mir saß Herr Prof. Bullinger vom Fraunhofer Institut und sagte: „Mensch, das haben wir schon lange in einem unserer Institute.“ Was ich damit sagen will: Wir müssen aus den Innovationen, die wir haben, Produkte machen, und mit den Produkten müssen wir Geschäfte machen. Und da hapert es eigentlich bei uns. Wir haben tolle Ingenieure, vielleicht zu wenig im Vergleich zu Indien oder China, wo über eine Million pro Jahr aus den Hochschulen kommen, bei uns sind es nur 50.000, aber die müssen Lust haben, Unternehmen zu gründen, die müssen Lust haben, Geschäfte zu machen.

Die Thesen von Frau Bulmahn sind interessant und alle richtig. Sie erinnern mich so ein bisschen an meinen Vater, der immer gesagt hat, lieber gesund und reich als arm und krank. Ich will einmal ein Beispiel nennen. Heute Morgen im Handelsblatt stand ein interessanter Artikel, T-Systems präsentiert einen Partner. Die Firma T-Systems hat einen indischen Partner gefunden, nachdem sie zwei Jahre auf dem Markt wie Sauerbier herumgereicht worden sind. Der indische Partner ist die Firma Cognizant, ein spannendes Unternehmen mit 40.000 Mitarbeitern. Das gibt es gerade mal seit 1994 und der Inhaber, ein Herr Francisco d’Souza, ist 36 Jahre alt. Er hat das Unternehmen mitgegründet, als er 24 Jahre alt war, und da hatte er schon einen MBA, den er in Amerika sich geholt hat, und zuvor hat er an einer indischen Hochschule einen Bachelor gemacht. Wir sehen einen jungen Mann, der einfach hungrig war: Erstens schnell eine Ausbildung zu machen, zweitens dann ein Geschäft aus seiner Ausbildung zu machen und dann eine Firma zu gründen und nicht nur eine kleine, sondern eine richtig große Firma. Diese Leute gibt es in Deutschland viel, viel zu wenig.

Ursula Weidenfeld: Herr Dietz, gibt es nur zu wenige Leute, oder bezieht sich das auch auf das Geschäftemachen? Darf man das in Deutschland?

Ulrich Dietz: Man darf es, man soll es aber nicht sagen und zeigen schon gar nicht. Hier liegt natürlich der Kern. Man darf sich auch nicht, wenn man dann ein gutes Geschäft gemacht hat, einen Mercedes kaufen oder einen Porsche. Dann sagen alle: Mensch, der verdient viel zu viel. Die heutige Politikdiskussion, die wir jeden Tag haben, geht ja noch viel mehr in diese Richtung. Wir haben eine Neidgesellschaft, die das junge Unternehmertum nicht fördert, so dass Unternehmer sagen, ich will richtig Geld verdienen, ich will Milliardär werden. Ich sage das bewusst in diese Runde. Das kann man heute nicht öffentlich sagen. Und dann entstehen natürlich auch keine große Firmen. Und wenn Sie heute sehen, was Absolventen für Berufsziele haben, da wollen 90 Prozent bei der Telekom angestellt sein oder sie wollen bei einer staatlichen Behörde oder bei einem Institut angestellt werden, und ganz wenige wollen Unternehmer werden und geben als Beweggrund an, weil ich ein richtiges Geschäft machen möchte.

Ursula Weidenfeld: Ich würde Ihnen gerne, meine Damen und Herren, dieses Thema „Richtig reich werden und Geschäfte machen“ für die Diskussion heute Nachmittag auf den Zettel schreiben, weil ich glaube, dass das die andere Seite der unternehmerischen Verantwortung von Unternehmen ist. Man muss sich natürlich darüber unterhalten, was ist das legitime Motiv von unternehmerischem Handeln?

Nun zu Ihnen Frau Ledendecker, eine etwas einfachere Frage, nämlich die nach dem pragmatischen Vorgehen von Unternehmern in Ostwestfalen. Wenn Sie hören, wie Innovation gedacht wird, was an Hochschulen vorhanden ist, was möglicherweise an Chancen für den Mittelstand im Verborgenen der Forschungsabteilungen oder der Forschungstransferstellen von Hochschulen liegt, fühlen Sie sich da als Unternehmerin angesprochen? Sie haben ja als Unternehmerin angefangen mit Möbelfertigungen, haben dann eine Anlageberatung und ein Portfoliomanagement für Unternehmen dazu genommen und sind jetzt zusätzlich in der Unternehmensberatung tätig. Sie haben in wenigen Jahren ein Feld aufgemacht, bei dem man nicht so unbedingt sagen würde, da ist jemand mit einer Kernkompetenz, wie Herr Dietz dies eben geschildert hat, losmarschiert und hat gesagt, ich will richtig reich werden. Bei Ihnen hat man den Eindruck, es ist ein bisschen anders gelaufen. Finden Sie sich in der jetzigen Innovationsdiskussion wieder?

Petra Ledendecker: Natürlich habe ich darüber nachgedacht, als ich eingeladen wurde, in dieses Podium zu gehen. Was erwartet man von einer Möbelproduzentin zum Thema Innovation für einen Beitrag? Ich will Ihnen das gerne beantworten. Natürlich gibt es in Produktionsbetrieben permanente Innovationen, zum Beispiel in der Modellentwicklung, beim Einsatz von ökologischen Materialien u. s. w... Daran kommen wir nicht vorbei, und das ist natürlich ein Aspekt, der uns als Unternehmen immer bewegt. Aber ich bin ja auch Präsidentin des Verbandes Deutscher Unternehmerinnen, und im Hinblick auf diese Arbeit habe ich mir schon im letzten Jahr sehr viele Gedanken gemacht: Wie können wir unseren Verband neu ausrichten und was ist in Deutschland überhaupt los? Was ist mit den Studentinnen los, die Naturwissenschaft studiert haben? Die sind weg, die sind gar nicht da. Ich bin an Universitäten gewesen und habe mich umgesehen, mindestens 50 Prozent der Studienabgänger sind Frauen in jedem Bereich, und die werden auch zunehmen bei den Ingenieurstudiengängen. In der Naturwissenschaft sind es überwiegend die Biologinnen, weil das den Frauen etwas besser liegt, aber es gibt auch in anderen Bereichen Zuwächse.

Ich habe mich dann sehr weit umgesehen bei den innovativen Bereichen und wir haben uns dafür entschieden, das Thema Bionik aufzugreifen. Bionik ist ein Begriff, der sich zusammensetzt aus Biologie und Technik. Die Bionikforschung gibt es schon sehr, sehr lange. Wir haben hier eine Verbindung zwischen Natur und Technik, die es ermöglicht, aus diesen Erkenntnissen der Natur neue, vielleicht auch umweltfreundlichere oder sanftere Produkte zu entwickeln. Und wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, diesen Themenbereich Bionik in unseren Verband aufzunehmen. Wir werden uns mit den Akademikerinnen und den Ingenieurinnen zusammensetzen und wir werden ein Projekt daraus machen, um die Bereitschaft, sich in dem Bereich selbständig zu machen, zu erhöhen und das Selbstvertrauen der Frauen an der Stelle zu verbessern.

Ursula Weidenfeld: Ich würde gerne noch eine Frage an Sie als Unternehmerin stellen. Wir reden und haben jetzt auch bisher auf dem Podium, wenn wir über Innovation geredet haben, immer über Produktinnovation geredet, also über attraktive neue Technologien, Materialien, die man ins Unternehmen implementieren kann und mit denen man dann Arbeitsplätze schafft und dann auch alle am Ende zufriedenstellt. Die hässliche Seite der Innovation ist die Prozessinnovation, nämlich die, die Prozesse effizienter macht, die Produkte am Ende billiger macht und die möglicherweise und sehr häufig Arbeitskräfte freisetzt. Frau Ledendecker, braucht man das auch, und finden Sie, dass Prozessinnovationen in Deutschland den Stellenwert haben, den sie haben sollten?

Petra Ledendecker: Um das mal auf unser Unternehmen herunter zu brechen, muss ich sagen, dass wir natürlich diesen Innovationen ständig ausgesetzt sind. Der Preisdruck, den wir angesprochen haben, bzw. der Wettbewerb, zwingt uns ständig an den Produkten zu arbeiten, um im Markt auch konkurrieren zu können. Wir kommen heute nicht daran vorbei, auch im globalisierten Markt, einzukaufen, d. h. wir sind gezwungen, in China Komponenten einzukaufen, damit wir überhaupt wettbewerbsfähig bleiben. Das tun wir nicht sehr gerne, aber es gibt keine andere Möglichkeit. Ich denke, dass geht vielen von Ihnen, die Sie hier Unternehmer sind, und in dem Markt, also im Konsumbereich herstellen, ähnlich oder genauso.

Ursula Weidenfeld: Meine Damen und Herren, Fragen, Anmerkungen, Kurzbeiträge zu diesem Thema?

Veranstaltungsteilnehmer 1: Mein Name ist Reinhold Hartwig, ich bin einer, der beiden Geschäftsführer der von Herrn Schultz schon genannten Firma Medipan, die hier draußen an der Ausstellung teilnimmt, nur um uns mal einordnen zu können. Wir sind im Bereich Medizintechnik, Diagnostik, Gesundheitswesen tätig. Wenn ich diesen Titel der Podiumsdiskussion lese, dann ist das sicherlich ein ganz interessantes Diskussionsthema. Als Unternehmer würde ich immer sagen, nicht Innovation denken, sondern Innovation machen, und ich möchte noch einen Aspekt der Diskussion hinzufügen, der uns jeden Tag beschäftigt, wenn wir nämlich Innovationen machen, dann bewegen wir uns ja immer in einem Markt. Heute kam es ja schon, es gibt dann schon Dinge, die gibt es im Markt. Man kommt mit einer Innovation, möchte sich einen Teil vom Markt sichern mit einer neuen Entwicklung, und ein Aspekt, der hier gar nicht vorgekommen ist, der beschäftigt uns wirklich jeden Tag: Das sind die Regularien, die wir vorfinden, um eine Innovation in den Markt zu bringen, für den wir ja dann am Ende noch einen Kunden finden müssen, der das bezahlt. Diese Regularien, die es da gibt, ich sage es mal so aus meinem persönlichen Befinden, werden nicht weniger sondern nehmen zu. Es gibt ein übersteigertes Sicherheitsdenken, es gibt Vorgaben, die nehmen mittlerweile jeden in den Griff. Qualität darstellen, prüfen, usw. und wenn man dann mal

nachschaut, was das ist, dann sind da in der Regel Dokumente, Dinge, die wir in Akten packen, und ich glaube, da muss wirklich eine ganze Menge passieren, um das in besseres Fahrwasser zu bringen.

Ursula Weidenfeld: Über die Bürokratie werden wir gleich reden. Gibt es weitere Anmerkungen, die Sie noch haben?

Veranstaltungsteilnehmer 2: Mein Name ist Horst Breit. Ich bin Unternehmensberater, und wir haben mal eine Studie gemacht, wie es aussieht mit der Leistungsfähigkeit der deutschen Unternehmen. Da gab es zwei Bereiche, wo es gar nicht so gut aussah, also im Bereich Ingenieurwissenschaften, da sind die deutschen Unternehmen sehr gut aufgestellt, aber im Bereich Marketing, da ist doch eine ziemlich große Schwäche zu bemerken. Und es liegt auch daran, dass das Bewusstsein dafür fehlt, dass Marketing oder Management genauso eine spezialisierte Qualifikation ist wie das Ingenieurwesen. Bei den Ingenieuren, da ist es ja unheimlich streng, also wenn ein Ingenieur ein halbes Jahr arbeitslos war, dann kriegt der keine Chance mehr. Und beim Marketing, da macht das einfach die Sekretärin.

Ursula Weidenfeld: Das ist wahrscheinlich der Grund, Herr Breit, warum es sich immer noch um Hidden-Champions handelt.

Veranstaltungsteilnehmer 2: Ein anderes Problem liegt bei der Entwicklung von Geschäftsmodellen. Es ist ja toll, was hier an Patenten entwickelt wird, aber man sollte aus Patenten auch Geschäftsmodelle entwickeln. Im Mittelstand muss sich aber noch das Bewusstsein entwickeln, dass es dabei wichtig ist, in Marketing, in Management, in Qualitätsmanagement und in Werbung zu investieren. Auch das sind hochqualifizierte Tätigkeiten und jede investierte Mark kommt zehnfach zurück.

Ursula Weidenfeld: Dann würde ich diese letzte Frage von Herrn Breit gerne sofort Ihnen stellen, Herr Dietz. Wann war denn in Ihrem Unternehmen das Marketing ein Thema, von vornherein oder hatten sie zuerst das Gefühl, ich muss jetzt erst mal in die Technologie, in das, was der Kern des Unternehmens ist, investieren?

Ulrich Dietz: Also, das sind zwei Dinge. Ich hatte die sehr schöne Gelegenheit, als junger Ingenieur, bei der Firma Trumpf in Stuttgart zu arbeiten. Ein hochinnovatives Unternehmen, dort habe ich gelernt, dass die Innovation, die Technik eine ganz wichtige Sache ist — wir haben uns damals mit Lasertechnik beschäftigt —, dass aber das Marketing genauso wichtig ist. Und das Unternehmen machte und macht auch immer noch ein hervorragendes Marketing. Das haben wir, als wir uns selbstständig machten, übertragen. Wir haben von Anfang an unsere Produkte auf die Art verkauft, von der wir dachten, dass die Leute sie verstehen würden, einfach tolle Produkte mit viel Begeisterung. Aber da wir keine Fremdfinanzierung hatten, kein Venture-Kapital, sondern alles selbst finanzieren mussten mit beschränkten Mitteln, mussten wir kreativ sein. Heute haben wir ein Unternehmen mit 1.200 Mitarbeitern und sind in über zehn Ländern aktiv, wir stellen momentan für unsere internationalen Geschäfte Vertriebs- und Marketingleute aus Indien und aus Amerika ein, weil die einfach aggressiver und bissiger sind. Es ist aber trotzdem ganz schön, wir sind ja ein weltweites Unternehmen, d. h. das sind Kollegen wie jeder andere auch, ob sie jetzt in Deutschland sitzen oder in Brasilien oder woanders, aber die haben das besser gelernt an ihren Hochschulen.

Ursula Weidenfeld: Frau Bulmahn, mögen Sie vielleicht etwas sagen. Herr Hartwig hat ja eben das adressiert, was Sie Querschnittsaufgabe genannt haben: Technologie, Innovation denken über alle Politikbereiche hinweg. Herr Hartwig hat Bürokratie angesprochen und wenn ich das richtig verstanden habe, waren Ihre Gefühlsregungen da sehr sympathisierend. Ich würde gerne noch zwei weitere Bereiche hinzufügen, von denen ich glaube, dass da im Augenblick relativ viel Gesprächsstoff oder auch Sprengstoff liegt: Die Wettbewerbspolitik, alle haben es gesagt, Sie ja auch, Innovation ist eigentlich nur noch in Vernetzungen, in Kooperationen denkbar und auch machbar gerade für kleinere und mittlere Unternehmen. Wenn man sich anschaut, was das Kartellamt im Moment tut, dann ist das doch häufig kleinere und mittlere Unternehmen abmahnen für Kooperationsformen, die offenbar im traditionellen Wettbewerbsrecht noch nicht richtig gefasst werden können.

Die zweite Frage richtet sich natürlich an die Finanz- und an die Steuerpolitik. Vielleicht mögen Sie da, Herr Dietz, gleich noch einmal etwas aus der Perspektive von Bitkom sagen. Innovationen, Anschaffungen von hochinnovativen Investitionen, die man dann über acht Jahre abschreiben soll, möglichst linear - ist das sinnvoll? Gibt es nicht im Steuerrecht auch noch viel Bedarf, um tatsächlich auf die innovativen Unternehmen zu reagieren? Also wenn Sie mögen, Bürokratie, Wettbewerbspolitik und Finanzpolitik.

Ulrich Dietz: Also ich möchte kurz zur Steuerpolitik und Innovation etwas sagen. Ich denke, dass es ein Riesenproblem für innovative deutsche Firmen ist. Sie müssen sich vorstellen, wenn Sie ein Produkt entwickeln, egal, ob es jetzt eine Maschine für Holzbearbeitung ist oder eine Software aus unserem Bereich, dann kostet das mehrere Millionen Euro. Diese Kosten müssen Sie aus dem laufenden Geschäft nehmen, d. h. Sie müssen das Geld erst mal verdienen, das Sie übrigens dann versteuern müssen, um solche Investitionen machen zu können. Man kann sie aber außer in den laufenden Kosten überhaupt nicht entsprechend berücksichtigen. Wenn ich nachher Geld verdiene, dann muss ich natürlich Steuern bezahlen.

Wie viel schöner wäre es, wenn ich sagen könnte: Ok, ich entwickle ein bestimmtes Produkt, da entstehen Entwicklungskosten, Forschungskosten, und das kann ich in meiner laufenden Steuererklärung gleich geltend machen, um meine Steuerlast zu reduzieren. Man könnte es noch viel besser machen bei kleinen Unternehmen, wenn wir Abschreibungsmöglichkeiten für Privatinvestoren hätten, die in innovative kleine Unternehmen investieren und dort die Verluste geltend machen könnten. Das wäre eine hervorragende Möglichkeit, die Billionen von Euro, die in den deutschen Privathaushalten sind, sinnvoll zu investieren, so dass Innovationen und Arbeitsplätze herauskommen. Und die Leute würden nicht irgendwie nach Luxemburg, Österreich oder in die Schweiz gehen, um ihre Gelder dort zu bunkern. Das wäre eine viel bessere Möglichkeit, Innovationen sofort entsprechend zu fördern. Mit ganz wenigen Mitteln. Ich glaube, darüber muss man wirklich intensiv nachdenken, weil da wirklich auch viel Geld frei werden würde.

Edelgard Bulmahn, MdB: Herr Mirow hat ja darauf hingewiesen, dass wir im Augenblick gerade debattieren, wie wir praktisch Anlagen und Investitionen in technologieorientierte junge wachsende Unternehmen erleichtern können. Und wie wir auch die Rahmenbedingungen so gestalten, dass es einen Anreiz gibt, in diese Unternehmen zu investieren. Darauf haben gerade die Forschungs-, Technologie- und Wirtschaftspolitiker immer gedrängt. Ich bin sehr froh, dass das jetzt

klappen wird, weil wir eine Regelung machen werden. Ich bitte um Verständnis, dass wir jetzt noch nicht über Details und Einzelheiten diskutieren, weil wir ja gerade noch sozusagen in der Verhandlungsphase sind, aber wir werden da einen Vorschlag, umsetzen. Wir sehen hier die Notwendigkeit. Ich habe immer gesagt, es reicht nicht aus, dass wir über Forschung und Entwicklung die tollen neuen Technologien haben oder die vielen neugegründeten Unternehmen. Der entscheidende Punkt ist, die Unternehmen müssen zu wachsenden Unternehmen werden und dafür brauchen wir diese Rahmenbedingungen.

Zu der Frage Bürokratie, die Sie angesprochen haben: Ja, wen ärgert Bürokratie nicht? Mich genauso wie Sie wahrscheinlich. Aber gleichzeitig muss ich auch sagen, dass wir natürlich nicht verkennen dürfen, dass z. B. technische Normen und Standards eine wichtige Voraussetzung dafür sind, Marktchancen überhaupt erst mal zu halten. Als ein Unternehmen, das Lasertechnik produziert hat, wissen Sie das. Wir haben gerade in dem Bereich Lasertechnologien von deutscher Seite aus sehr starke Normen und Standards gesetzt, und die Tatsache, dass wir inzwischen Weltmarktführer bei den Produktionslasern sind, hängt damit zusammen, dass wir technische Normen und Standards gesetzt haben. Also von daher bitte sehr genau differenzieren. Sie haben ja generell von Regelungen gesprochen, die ich brauche, um überhaupt Marktchancen zu erhalten und zu nutzen. Und da wäre es ganz fatal, wenn wir uns z. B. aus der Regelung von technischen Normen und Standards zurückziehen würden. China benutzt im Augenblick dieses Regelwerk, um z. B. auch neue Märkte zu besetzen und neue Märkte zu schaffen. Und deshalb sage ich ausdrücklich, nicht Ablehnung, sondern Gestaltung ist hier notwendig, und zwar von unserer Seite aus. Ich habe Unternehmen immer ermutigt, z. B. in Normenausschüsse hineinzugehen. Und unser DIN-Ausschuss ist ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument. Das muss man mal ganz klar sagen.

Der zweite Punkt, ist der, dass wir uns in Deutschland entscheiden müssen, welchen Weg wir gehen wollen. Ob wir z. B. den Weg gehen wollen über technische Standards und Normen, die auch eine Schutzfunktion haben oder über Umweltnormen, die auch eine Schutznorm und eine soziale Norm haben, so dass ein Unternehmen weiß, woran es ist. Oder ob wir den angelsächsischen Weg gehen, wo man nicht dieses Normenset hat, wo man aber mit hohen Schadensersatzklagen rechnen muss, da gibt es Pro und Kontra für beide Seiten. Wir sind in Europa bisher den Weg gegangen, denn das gilt ja nicht nur für Deutschland, dass es besser ist, wenn man weiß, woran man ist, und nicht damit rechnen muss, irgendwann eine Klage am Hals zu haben, die zum sicheren Untergang des Unternehmens führt. Die Situation hat man in den USA sehr oft.

Ursula Weidenfeld: Hat man denn die Wahl noch? Würden Sie sagen, die Politik in Deutschland und in Europa ist noch frei genug, um das zu tun?

Edelgard Bulmahn: Ich glaube, dass sich in Europa inzwischen wirklich dieses europäische Modell durchgesetzt hat. Es gibt aber auch ein echtes Problem, das sage ich ganz ausdrücklich, weil 50 Prozent dessen, was wir an neuen Regelungen machen, Folge von EU Richtlinien ist. Da haben wir detaillierteste Richtlinien, teilweise mit der Zielsetzung, dass eine Vergleichbarkeit von Regelungen innerhalb der EU gewährleistet ist. Aber im Augenblick ist das wirklich zu viel. Im Parlament haben wir mehrere Verfahren, das kann ich gerade auch aus unserem Ausschuss sagen, wo wir der Meinung sind, wir halten das an, weil wir nicht wollen, dass diese durch die EU geregelt werden. Ich glaube, dass es inzwischen eine große Sensibilität gibt, und wir haben ja auch in der Bundesrepublik von Seiten der Bundesregierung den Normenkontrollrat eingerichtet und geschaffen,

der im Übrigen auch schon durch seine Voten erreicht hat, dass wir eine ganze Reihe von Regelungen abgeschafft haben. Das wird sich noch verstärkt in den nächsten Jahren auswirken, aber ich sehe natürlich auch die Gefahr, wenn uns das nicht gleichzeitig auf EU Ebene gelingt, dann werden wir uns hier in Deutschland anstrengen, versuchen, wirklich alles Mögliche zu erreichen, und werden praktisch durch den Regelungswust auf EU Ebene an die Wand gedrückt.

Ursula Weidenfeld: Wenn das jetzt Herr Stoiber hören könnte...

Edelgard Bulmahn, MdB:... ja, das sage ich jetzt ganz ausdrücklich: Der Einfluss, den Herr Stoiber in der EU hat, ist minimal, verglichen mit dem, was unser Normenkontrollrat an Rechten hat. Deshalb gibt es da eine Menge zu tun. Der wichtigste Adressat ist im Augenblick die EU Kommission und das EU Parlament. Es ist zwingend notwendig und geboten, dass wir da aufpassen, dass wir da nicht praktisch einen Rollback haben zu unserer Anstrengung auf nationaler Ebene.

Ursula Weidenfeld: Herr Prof. Trasch, Innovation als Querschnittsaufgabe, Wettbewerbspolitik, Bürokratieabbau, Steuerpolitik, sehen Sie sich da von der Forschungsseite her inzwischen politisch erkannt?

Heinz Trasch: Ein schöner Ball, den Sie mir da zuspieren, Wissen ist ein Rohstoff. Das definiert die Querschnittsfunktion. Je nachdem, wie man das Wissenspaket angeht. Nehmen wir Themen aus der Nanotechnologie, die kann man im Sanitärbereich nutzen, die kann man in der Begleitungsindustrie nutzen, somit haben Sie die Querschnittsaufgabe schon definiert. Also, wenn Sie immer zum Ursprung zurückgehen, die Innovation darf man nie nur am Ende sehen, sondern zu den Wurzeln zurück, dann definiert sich, dass dieses Wissen, was neu generiert wird, rohstoffmäßig bearbeitet werden muss. Das muss man natürlich auch lernen. Ich möchte auch die Innovation nicht immer in den Vordergrund stellen. Innovativ denken? Ja! - aber kleine innovative Schritte. Wir haben gehört, sie haben einen permanenten Verbesserungsprozess, der immer wieder neu einen kleinen, aber wirtschaftlich überschaubaren Erfolg generiert. Das ist eine Innovationsspirale, die sich entwickelt, immer wieder Innovationen, immer wieder kleine Neuerungen, bringen immer wieder Vorteile. In vielen Fällen, bei den kleinen und mittleren Unternehmen, gibt es noch eine weitere Hürde. Sie würden gerne ein bisschen mehr innovativ denken, wenn sie nicht gleich investieren müssten.

Da bietet sich natürlich auch für die Politik und für die Hochschulen eine Möglichkeit, die dortige Infrastruktur zu nutzen. Ich nenne mal ein Beispiel: Da will jemand einfach eine analytische Frage geklärt haben, dafür müsste er sich aber ein eigenes Labor aufbauen, um die Frage klären zu lassen. Wenn er sich aber ganz einfach an eine Hochschule wendet, wo die Infrastruktur vorhanden ist und auf dem, ich nenne das mal kleinsten Dienstweg, abwickelt, dann erhält er schon die Hilfe, die er braucht. Und wenn man jetzt den nächsten Schritt geht, wenn das mit hoher Qualität abgewickelt wird, dann wird der Unternehmer natürlich wiederkommen und würde sagen: Ich brauche nicht nur diese Kleinigkeit, könnt ihr mir vielleicht beim nächsten größeren Paket auch helfen?

Und jetzt zur Steuerpolitik. Wenn dieses Unternehmen in der Phase, in der es mit einer Hochschule kooperiert, um bei diesem Beispiel zu bleiben, die Möglichkeit hat, das Paket an Geld im Vorfeld steuerlich abzusetzen, dann ist das ein wichtiger Schritt. Ich muss Ihnen sagen, ich spreche ja mit

vielen Unternehmen und da ist eines, was ich immer wieder höre: Wenn uns das im Prinzip keine Steuern kostet, dann werden Sie einen Run zur Hochschule haben.

Ursula Weidenfeld: Sagen Sie ganz kurz, wollen die Hochschulen den Run? Also vertragen die die Mittelständler, die bei ihnen dann auf der Matte stehen und sagen, untersuche mir das mal?

Heinz Trasch: Ich bin hier kein Nestbeschmutzer, in Baden-Württemberg, ja. Natürlich nicht alle Hochschulen. Diejenigen, die grundlagenorientiert forschen, möchten auch ihr grundlegend orientiertes Wissen in die Anwendungsorientierung überführen. Aber es ist ja ein sehr breites Feld an den Hochschulen, und dort finden Sie überall Ansprechpartner.

Zum Regelwerk: Natürlich, wenn Sie klare Normen und Regelungen vorgeben, auch Gesetze vorgeben, dann sind die manchmal in der Lage, Innovationen zu generieren. Denn eine Vorgabe muss erfüllt werden, und da muss man nachdenken. Also grundsätzlich zum Bürokratieabbau ein ja. Aber auf der anderen Seite muss man sagen, wenn Regeln überlegt und intelligent geschaffen sind, generieren und schaffen sie neue Arbeitsplätze und Innovationen.

Ursula Weidenfeld: Jetzt sind Sie uns natürlich noch die Antwort schuldig: Ist es überlegt und planvoll, was da an Hürden und Herausforderungen für kleinere und mittlere Unternehmen generiert wird, oder in der Tendenz eher nicht. Sie müssen jetzt eine Schulnote vergeben, Eins bis Sechs.

Heinz Trasch: Ich möchte auf das hinweisen, was vorher gesagt wurde: Abbau von Bürokratie. Diese Vielfalt und Menge an bürokratischen Hürden und Hindernissen, die kann man gar nicht alle kennen. Deshalb würde ich um ganz fair zu bleiben, schön ausgeglichen die mittlere Note Drei geben.

Ursula Weidenfeld: Vielen Dank. Frau Ledendecker habe ich jetzt noch auf der Liste, dann habe ich Herrn Breit und in der zweiten Reihe noch eine Meldung. Ich würde vorschlagen, dass wir das dann auch damit belassen und dass wir vielleicht einen Teil der Fragen oder der Themen, die wir jetzt haben, mit ins nächste Podium nehmen und auch weiter diskutieren. Bitteschön, Frau Ledendecker.

Petra Ledendecker: Ja, ich wollte noch etwas ergänzen zu Ihrer Aussage, Herr Trasch. Vielleicht an einem kleinen Beispiel. Innovation denken ist selbstverständlich für mittelständische Unternehmer. Beispiel ist unser Unternehmen. Wir suchen seit Jahren eine Möglichkeit, z. B. Couchtische, die wir herstellen, zu beleuchten, ohne das wir da ein Kabel brauchen. Wir haben jetzt immer wieder gesucht nach Wissenschaftlern oder Unternehmern, die da helfen können. Ich habe jetzt einen gefunden, der in der Mikroelektronik kleinste Möglichkeiten schafft und herstellt und zwar mit einer Technik, bei der der Strom aus dem Teppichboden bzw. aus dem Raum gezogen wird, man braucht also kein Kabel mehr, um Licht zu erzeugen. Das ist zwar nur ein kleines Beispiel, aber es zeigt, dass die Innovation, die wir denken und die wir suchen, in die Praxis umgesetzt werden muss. Und so sind wir immer unterwegs und überlegen uns, wie wir unseren Mitbewerbern einen Schritt voraus sein können. Und das ist der Querschnitt, der gemacht werden muss, nicht nur in diesem kleinen Beispiel, sondern auch im Großen.

Ursula Weidenfeld: Dankeschön und bitte sehr und in der zweiten Reihe noch, vielleicht nehmen wir beide Wortmeldungen zusammen?

Veranstaltungsteilnehmer 3: Mein Name ist Friedhelm Mensenhofen. Frau Bulmahn, in der Folge von dem, was Herr Prof. Trasch gesagt hat. Denken Sie bei den Startup-Unternehmen auch an die Innovationsförderung der kleinen Unternehmen, die nicht das Eigenkapital haben, aber häufig gerade durch Nachfolgeregelungen junge Inhaber haben, die innovativ an bestimmte Dinge herangehen wollen.

Veranstaltungsteilnehmer 4: Wolfram Müller, Vereinigung beratender Betriebs- und Volkswirte und Unternehmensberater: Wenn es denn nun darum geht, Unternehmen und Innovation zu machen und insbesondere im KMU-Bereich, dann muss jetzt mal ganz stark herausgestellt werden, was Herr Dietz gesagt hat: Der direkte Weg ist, den Kapitalgeber zum Kapitalempfänger zu bringen über eine simple Regulierung im Bereich der Abschreibungsmöglichkeiten, also im Bereich des Steuerrechtes. Dafür brauche ich kein Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen der Kapitalbeteiligungsgesellschaften, und ich brauche auch nicht, und da bin ich völlig anderer Auffassung als Herr Mirow, hier ein Marktversagen zu konstruieren. Die Venture-Kapitalisten, die sind durchaus bereit, in junge innovative technologieorientierte Unternehmen jede Menge Geld zu versenken, wenn es nur irgend möglich ist. Da ist kein Marktversagen vorhanden. Marktversagen haben wir im bereiten Beteiligungskapitalbereich, im breiten Mittelstand. Da wäre über eine Förderung nachzudenken.

Daran sieht man die großen Unterschiede: Der Praktiker, der unmittelbar die Lösung auf den Tisch legt, und sagt, so müssen wir das machen und fiskalisch ist das darstellbar, ist es auch gegenfinanzierbar, und die Politik, die ein Gesetz braucht, dass sie darstellen kann, wo dann ein Marktversagen konstatiert wird, was mehr als zweifelhaft ist, und wo die Förderung dann auch noch in Bereiche geht, die gar keine brauchen, weil der Markt bereits tatsächlich da ist.

Ursula Weidenfeld: Dankeschön, Herr Müller. Frau Bulmahn, das schreit nach einer Antwort von Ihnen. Vielleicht wirklich verbunden mit der Frage: Wenn man sagt, man möchte Technologieförderung machen, man möchte, was Sie eben ja auch hier adressiert haben, besonders innovative Unternehmen anders behandeln, stellt sich nicht da auch für den Mittelstand insgesamt die Frage der Fairness? Wenn man von den Arbeitsplätzen her denkt, wie Herr Schultz es tut, würde man ja sagen: Na gut, mir ist es im Grunde genommen Wurst, ob einer im Handwerksbetrieb arbeitet oder in einem Hightech-Unternehmen, Hauptsache, der Arbeitsplatz ist da, also muss man eigentlich nicht alle finanzieren?

Edelgard Bulmahn: Also, wir haben ja ganz unterschiedliche Förderinstrumente und -programme. Wir haben für Hightech-Unternehmen Förderinstrumente und wir haben 2004 den Hightech-Gründerfond gestartet. Ich würde Ihnen aber dezidiert widersprechen, weil wir offensichtlich einen ganz krassen Mangel an privatem Startkapital und Beteiligungskapital hatten. Im Übrigen mit ungefähr 90 Prozent öffentlichen Mitteln und 10 Prozent privaten Mitteln. Und ich habe nun wirklich genügend Gespräche mit jungen Unternehmen geführt, die eben in der Praxis kein Kapital für wirklich hervorragende Entwicklungen erhalten haben oder wo es nach einem, nach zwei Jahren aufgebraucht war, weil es am Anfang oft eine Kombination aus Forschungsförderung und z. B. Krediten war.

Also da muss ich Ihnen wirklich widersprechen. Wir haben bundesweit einen Mangel an Startkapital. Das wird auch nicht ernsthaft bestritten. Und wir haben einen Mangel an Beteiligungskapital. Und man darf nicht das eine gegen das andere ausspielen. Wir brauchen wirklich dringend beides. Und ich sagen Ihnen ganz ausdrücklich: Ich würde mich wahnsinnig ärgern, wenn all das, was wir an jungen Unternehmen aufgebaut haben mit Hilfe von Forschungsförderung, mit Hilfe des Gründungskapitals, was wir über die KfW zur Verfügung stellen, was wir z. B. auch über Forschungsprogramme, über Programme des Wirtschaftsministeriums anbieten, wenn diese ganzen Unternehmen nach vier oder fünf Jahren wieder zu Grunde gehen. Und zwar nicht, weil sie sich mit ihrem praktischen Produkt auf dem Markt nicht durchgesetzt haben, sondern weil ihnen das Kapital fehlte, um die Produktion so zu erweitern und so zu vergrößern, dass sie wieder neue Dinge auf den Markt hätten bringen können, mit denen sie sich dann auf Dauer auch etablieren.

Zweiter Punkt. Natürlich brauchen wir auch für die bereits bestehenden Unternehmen Förderung, aber dafür haben wir die KfW Programme. Da haben sie Zinssätze, von denen Sie, ganz offen gesagt, nur träumen können. Wir haben die Programme des Wirtschaftsministeriums, die auf bereits etablierte Unternehmen zugeschnitten sind. Hier ist eher das Problem, dass nicht immer ausreichend gut beraten worden ist. Es gibt zwar die Beratungsunternehmen auf der einen Seite, aber auch wir haben nochmals versucht, das Ganze zu bündeln. Das wird noch immer nicht alle zufriedenstellen, weil wir nach wie vor die Länderprogramme haben und die Bundesprogramme. Für die Bundesprogramme aber ist es zumindest ein kleiner Schritt vorwärts.

Ich glaube schon, dass man darüber diskutieren kann und sollte, ob eine steuerliche Forschungs- und Entwicklungsförderung sinnvoll ist. Ich habe in den ganzen Debatten um die Unternehmensteuerreform immer die Position vertreten, dass es wichtiger und sinnvoller wäre, wenn wir eine steuerliche Förderung von FuE-Ausgaben hätten. Ich weiß auch, dass das nicht ganz einfach für die Finanzämter zu kontrollieren ist. Ich sage der Wirtschaft aber auch genauso offen, dass man nicht beides haben kann. Zum einen die deutliche Unternehmensteuersenkung, die wir jetzt gerade gemacht haben und zwar nach dem Jahr 2000 zum zweiten Mal und dann noch hinterher eine steuerliche Berücksichtigung von FuE-Ausgaben. Da hätten sich die Verbände, und ich sage das mit einem ehrlich gesagt leichten Grummeln, wirklich auch mal entscheiden müssen. Sie wollten alle auf jeden Fall eine allgemeine Unternehmensteuerentlastung, die haben Sie jetzt gekriegt. So ist das, man muss sich eben entscheiden, das müssen wir auch. Ich hätte mich persönlich immer anders entschieden, aber das war nicht die Position der Wirtschaft, wie sie uns vorgetragen worden ist. Nun haben Sie das Ergebnis.

Ursula Weidenfeld: Meine Damen und Herren, nun haben Sie das Ergebnis. Das war das richtige Schlusswort für dieses Podium. Ich denke, dass im Laufe unserer Diskussion klar geworden ist: Es gibt sehr wohl Aufgaben und Bereiche, wo kleine und mittlere Unternehmen aktiver werden können und vielleicht auch werden müssen. Gerade auch im Hinblick auf mehr Unbefangenheit, mit der man auf die Hochschulen zugeht, zumindest auf die Fachhochschulen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Frau Bulmahn. Für die Politik liegen die Aufgaben kurz zusammengefasst, in der konsistenteren Wettbewerbssteuerung und in der Bürokratiepolitik. Vielleicht muss man sich auch noch bewusster werden, dass die Normen, die man setzt, die Standards, die man setzt, so etwas wie eine Innovationspeitsche sind. Auf der anderen Seite führen diese Normen aber natürlich

auch dazu, dass andere zwangsläufig aus dem Markt ausscheiden werden, die mit diesen Normen nicht klar kommen. Das ist sehr ambitioniert und wenn man es macht, wird man mit Sicherheit am Ende ein innovativeres Land haben. Das ist, glaube ich klar. Die Frage, wie viele Arbeitsplätze es dann geben wird, wenn man das als zusätzlichen Maßstab nehmen will, wäre allerdings noch offen. Auch in diesem Fall muss sich dann die Politik entscheiden. Ihnen herzlichen Dank für die Diskussion auf dem Podium. Ihnen fürs Teilnehmen. Ich darf jetzt sozusagen nahtlos Frau Berg, Herrn Sabathil, und Herrn Beilke zur zweiten Diskussionsrunde bitten.

.....

2. Podium

„Globalisierung – Chancen für den Mittelstand“

Ursula Weidenfeld: So, wir werden nun weitermachen, mit neuen Teilnehmern und einem neuen Thema. Es geht um die Globalisierung, die Chancen für den Mittelstand. Vieles davon ist in der letzten Diskussion schon ein bisschen angeteasert worden. Wir werden das vertiefen mit Ute Berg, die uns gleich ihre Thesen vortragen wird, stellvertretende wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD Bundestagsfraktion, mit Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Vertretung der EU Kommission in Deutschland, der uns sicherlich den europäischen Blick noch einmal weiten wird, und einem weiteren Trumpf-sozialisierten Teilnehmer, wir hatten eben mit Herrn Dietz den ersten. Herr Beilke ist ebenfalls bei der Werkzeugmaschinenbaufirma Trumpf sozialisiert worden und heute Vorsitzender der Geschäftsführung von ebm-papst Mulfingen. Das werden wir gleich noch vertiefen. Und jetzt bitte Frau Berg.

Ute Berg, MdB: Sehr geehrte Damen und Herren, das Thema dieses Podiums, Globalisierungschancen für den Mittelstand. Zunächst einmal, wenn wir so große Themen besprechen wie Klimawandel, wie Energieversorgung, wie Mobilität, dann ist es für uns alle völlig selbstverständlich, dass wir diese Themen nicht national diskutieren können, sondern dass diese Themen und dass die Herausforderungen, die damit verbunden sind, alle nationalen Grenzen sprengen. Die Globalisierung im ökonomischen Bereich hat schon lange Einzug gehalten, angestoßen vom Handel mit Waren zwischen verschiedenen Staaten. Inzwischen sind nicht nur Gütermärkte betroffen, auch der grenzüberschreitende Handel mit Dienstleistungen ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Und wir haben hier in dieser Veranstaltung über einen speziellen Handel mit Dienstleistungen gesprochen, aber noch öfter in den vergangenen Wochen in der Presse darüber lesen müssen, nämlich den mit Finanzdienstleistungen, und der wurde ja zum großen Teil sehr negativ kommentiert. Der französische Ökonom Minc, engagierter Verfechter der Globalisierung, hat einmal gesagt: Globalisierung ist für unsere Volkswirtschaften das, was für die Physik Schwerkraft ist. Man kann nicht für oder gegen das Gesetz der Schwerkraft sein, man muss damit leben. Und ich füge hinzu, man muss diesen Prozess der Globalisierung politisch begleiten und verantwortlich gestalten.

Unsere Großunternehmen nutzen inzwischen ganz selbstverständlich die Chancen der Globalisierung. Für sie ist es Alltagsgeschäft, sich täglich aufs Neue, Wettbewerbsvorteile auf den Märkten der Welt zu sichern. Für einen großen Teil unserer mittelständischen Unternehmen ist das aber noch nicht der Fall. Wir konzentrieren uns heute auf den Mittelstand, und ich möchte Ihnen auch gleich die fünf Thesen vorstellen, die ich unter der Überschrift „Globalisierung – Chancen für den Mittelstand“ entwickelt habe. Vorweg aber noch eine ganz kurze Anmerkung: Wir müssen bei diesem Thema auch im Hinterkopf haben, dass ein Großteil der Bevölkerung Gefühle der Unsicherheit, des Ausgeliefertseins, der Angst vor dem sozialen Abstieg empfindet. Die Menschen fürchten sich, nicht von ungefähr im Übrigen davor, dass Standards im sozialen Bereich, auf dem Arbeitsmarkt oder in der Umweltpolitik heruntergefahren werden. Politik und Unternehmen stehen daher gemeinsam in der Verantwortung, Globalisierung für die Menschen verträglich zu gestalten. Wir kommen sicherlich gleich auch noch im Detail darauf zurück.

Und nun zu meinen Thesen: Der deutsche Mittelstand muss sich verstärkt der fortschreitenden Globalisierung stellen, und er tut dies im Übrigen auch. Die grenzüberschreitende Verflechtung der Wirtschaft ist in den letzten Jahrzehnten immer enger geworden. Das wurde möglich (a) durch den technischen Fortschritt, vor allem in den Bereichen Verkehr und Kommunikation und durch

dadurch sinkende Transportkosten und auch Kommunikationskosten und (b) durch die Liberalisierung der Märkte und den Abbau von Handelshindernissen. Auch der Mittelstand nutzt nun zunehmend die Chancen ausländischer Absatzregionen und Investitionsgebiete vor allem natürlich in Europa, Mittel- und Osteuropa, aber auch in Asien. Zwei Drittel ihrer Exporte liefern deutsche mittelständische Unternehmen in die EU, ein Drittel exportieren sie ins nicht-europäische Ausland. Das wichtigste Motiv für Geschäftsaktivitäten im Ausland ist die Erkundung und Erschließung neuer, bzw. die Sicherung bestehender Absatzmärkte.

Meine zweite These: Für den Mittelstand gilt: Global handeln, lokal verantworten. Standorttreue und Internationalisierung sind sozusagen für den Mittelstand zwei Seiten einer Medaille. Die Verlagerung von Betriebsstätten ins Ausland ist eine Strategie von Großunternehmen, und wir haben in der Vergangenheit leidvolle Erfahrungen gemacht in denen große Schlagzeilen die Presse beherrschten. KMU zeichnen sich dagegen durch eine wirklich hohe Standorttreue aus, das Institut für Mittelstandsforschung hat darüber auch ausführlich recherchiert und berichtet in 2007: Auch bei zunehmender Internationalisierung kommt eine Verlagerung von Betriebsstätten für KMU in der Regel nicht in Frage und für nur etwa ein Prozent spielt das Thema Betriebsstättenverlagerung überhaupt eine Rolle. Vielmehr bringt die Erschließung internationaler Absatzmärkte positive Beschäftigungsimpulse für das Inland. Seit Juli 2006 hat allein die Exportwirtschaft 200.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Internationalisierung des Mittelstandes müssen wir als fortschreitenden Prozess begreifen und nach Kräften natürlich auch politisch unterstützen, z. B. durch den weiteren Abbau von Handelshemmnissen, die Vermittlung von Kontakten und durch politische Unterstützung und Beratung in den Zielländern.

Meine dritte These. In der Nische liegt eine große Chance, und das kam natürlich auch eben in dem Podium schon zur Sprache. Mittelständische Unternehmen sind vor allem dann global erfolgreich, wenn sie sich auf wenige Kernkompetenzen konzentrieren, z. B. innovative Technologien, mit denen sie die Marktführerschaft in einem ganz bestimmten begrenzten Segment übernehmen. Hidden Champions machen vor, wie der Mittelstand in der ersten Liga mitspielen kann. Garantien für den mittelständischen Unternehmenserfolg sind dabei natürlich Kreativität, Schnelligkeit, Kundennähe, kompetente Mitarbeiter, andauernde Innovationsstärke und verlässliche Qualität. Vierte These. Innovationsfähigkeit bleibt der Schlüssel zum Erfolg. Das wurde eben ausführlich diskutiert. Innovationsschübe in der Informations- und Kommunikationstechnologie und die Integration von weiteren Entwicklungs- und Schwellenländern in die Weltwirtschaft werden den Wettbewerb natürlich noch zusätzlich anheizen in den kommenden Jahren, und kleine und mittelständische Unternehmen müssen ihre Produkte daher kontinuierlich weiter entwickeln und neue Märkte erschließen. Wir brauchen eine deutliche Steigerung bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung und zwar von Seiten der Wirtschaft genauso wie von Seiten des Staates. Sie wissen, wir haben eine Zweidrittel- zu Eindrittelverteilung in diesem Bereich. Zwei Drittel übernimmt die Wirtschaft, ein Drittel übernimmt der Staat. Und wir haben uns zum Ziel gesetzt, in ganz Europa bis zum Jahr 2010 3 Prozent der Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung auszugeben. Dafür ist eine erhebliche Anstrengung auf beiden Seiten nötig.

Ich bin guter Hoffnung, dass wir das schaffen, aber, wie gesagt, wir dürfen nicht nachlassen und wir müssen auch hier von politischer Seite, von Bundesseite aus bei unseren Haushalten, die wir aufstellen, immer darauf achten, dass dieses Ziel auch wirklich nicht ins Hintertreffen gerät. Um hochwertige Produkte zu entwickeln und auf dem Markt etablieren zu können, brauchen wir aber

auch gut ausgebildete Menschen, auch das wurde eben natürlich schon erwähnt. Deutschland muss die Anstrengungen für das gesamte Bildungssystem verstärken. Sie wissen alle, dass wir in der Vergangenheit auch nicht allzu gute Noten bekommen haben im internationalen Vergleich. Also müssen wir das dringend verbessern, und zwar nicht erst angesetzt in der Ausbildung und in der Universität, sondern vom Kleinkindalter an. Fünfte und letzte These: Auslandsaktive Klein- und Mittelständler sichern sich langfristig Wettbewerbsvorteile.

Rein auf den deutschen Markt beschränkte Klein- und Mittelständler können aufgrund des internationalen Wettbewerbsdruck von ihren angestammten Märkten zusätzlich noch leichter verdrängt werden. Viele Mittelständler können es sich immer weniger leisten, ihr Geschäft ausschließlich an den heimischen, an den Binnenmarkt zu koppeln, denn im Zuge der Globalisierung begegnen sich immer mehr Wettbewerber auf gleicher Augenhöhe. Sie bieten ähnliche Produkte zu ähnlichen Preisen an. Und da ist es ganz wichtig, dass man die Konkurrenz kennenlernt, dass man ins Ausland geht und sieht, was bieten Wettbewerber, wo muss ich möglicherweise meine Produkte verbessern, wo muss ich insgesamt in andere Richtungen gehen, und von daher ist es also ganz, ganz wichtig für KMU nicht nur auf den nationalen Markt beschränkt zu bleiben, denn sonst wird man eines Tages auch im Binnenmarkt böse überrascht und wird dann auch vom Markt verdrängt.

Das waren meine fünf Thesen. Eine Sache, die ich aber nicht habe einbauen wollen, die aber eben in der Diskussion eine große Rolle gespielt hat, wir haben über den Fachkräftemangel geredet, wir haben speziell über den Fachkräftemangel geredet im Ingenieursbereich. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einen Punkt hinweisen, der meiner Meinung nach immer zu kurz kommt. Wie Sie vielleicht wissen, hat die neue geschaffene Expertenkommission Forschung und Innovation der Bundesregierung in der letzten Woche einen Bericht erstellt und hat also unter anderem auch erwähnt, dass zu wenige Forschungsaktivitäten stattfinden. Sie hat aber auch gesagt, dass der Fachkräftemangel zunimmt, im Bereich von Ingenieuren, und dass bis zum Jahr 2014 rund 95.000 Ingenieure fehlen werden.

Was aber nicht gesagt wurde, und das sollten wir auch im Blick haben, dass BMW z. B. gerade verkündet hat, dass das Unternehmen trotz Rekordgewinne tausende von Stellen abbauen will, um die Rendite zu erhöhen, und BMW ist ein Unternehmen, ein klassisches Unternehmen, das Ingenieure sehr stark anzieht. Also, wenn junge Menschen in die Hochschulen gehen und befürchten müssen, dass sie hinterher keine langfristig guten Arbeitsplätze bekommen, dann ist natürlich die Motivation nicht so sonderlich groß, auch wirklich in diesen Bereich zu stoßen, und da kann man Messen abhalten, da kann man, was weiß ich, Marketingstrategien entwickeln und alles Mögliche auf die Beine stellen, das funktioniert dann einfach nicht. Und BMW ist nur ein Beispiel. Sie wissen, dass Henkel, Siemens und andere Ähnliches tun. Also vielleicht auch da noch mal der Hinweis, dass man nicht nur werben kann, sondern dass man auch handeln muss, um Fachkräfte wirklich zu halten. Vielen Dank.

Ursula Weidenfeld: Vielen Dank, Frau Berg. Ich würde gerne als erstes fragen, weil es mir so langsam ein bisschen unheimlich wird, wie hier der Mittelstand gelobt wird und wie die Standorttreue gepriesen wird - so ein bisschen Mittelstandsromantik betreiben Sie jetzt schon? So angenehm und so sympathisch das ist, Herr Beilke, wenn Sie das hören, in der Nische liegt die Chance, der Mittelstand will gar nicht weg, sondern ist eben ganz standorttreu und will auch nur hier

immer alle entlassenen Ingenieuren von BMW gerne einstellen, finden Sie sich da wieder? Ist das so, wie mittelständische Unternehmen funktionieren? Oder ist es nicht so, dass auch Sie auf die Rendite gucken und dass Sie sich möglicherweise auch einmal von dem einen oder anderen Mitarbeiter trennen, wenn Sie das Gefühl haben, die Rendite stimmt nicht mehr. Ich weiß, dass das jetzt nicht ganz das Globalisierungsthema trifft, aber das brennt mir seit heute morgen auf den Nägeln.

Hans-Jochen Beilke: Also, das Glück, das ich in meinem Leben hatte, war, dass ich immer bei Unternehmen arbeitete, die ordentlich Geld verdient haben. Und da, wo ich jetzt bin, bei ebm-papst ist das ähnlich. Wir hatten immer oder wir haben auch ganz andere Probleme. Wir haben das Problem, dass wir nicht genügend Leute finden, aber man kann da dagegen etwas tun. Ich weiß nicht, wer von Ihnen Mulfingen kennt, ich kannte das auch nicht, bis vor zwei Jahren. Es ist ein kleiner Ort, etwa 30 km nördlich von Künzelsau, wenn Sie von da aus irgendwo hin wollen, z. B. zu einem Flugplatz, fährt man mindestens eineinhalb Stunden. Also ich will nur beschreiben, es ist weit weg, geht durch zwei Täler durch. Wenn Sie aufpassen, geht das Radio irgendwann aus, dann geht das Telefon aus und dann, wenn Sie oben sind, kommt wieder alles.

Ursula Weidenfeld: Wie schön, dass Sie es hierher geschafft haben.

Hans-Jochen Beilke: Es ist ganz weit weg gelegen, und die Menschen dort waren einfach gezwungen, sich selbst zu helfen. Da hat Reinhold Wirt vor ein paar Jahren gesagt, wir gründen eine eigene Hochschule. Wir haben in Heilbronn und in Künzelsau einen Ableger dieser Hochschule. Wir unterhalten einen Stiftungslehrstuhl, mit dem wir die Motorenlehre vorantreiben wollen. Wir bauen Elektromotoren. Das sind grüne Elektromotoren, mit denen man einen sehr hohen Wirkungsgrad erzielt. Man muss selber was tun dafür und gucken, dass man selber Leute ausbildet aus der Region, die dann auch in der Region bleiben. Wir haben auch Schwierigkeiten, Leute heranzuziehen, die aus Wiesbaden oder aus Heilbronn kommen. Die wollen nicht umziehen. Meistens sind das die Frauen, die dann sagen, wir wollen hier bleiben, wir brauchen eine Großstadt usw. Deswegen, nicht jammern, sondern anpacken und selbst machen.

Ursula Weidenfeld: Jetzt sagen Sie uns nur, angesichts der derzeitigen Dollarkurse und auch der weiteren Entwicklung, die ja möglicherweise so bleibt, denken Sie an Betriebsverlagerung, an Expansion ins Ausland?

Hans-Jochen Beilke: Das Unternehmen beschäftigt 10.000 Menschen. Davon arbeiten 5.000 in Deutschland an drei Standorten, in St. Georgen, in Mulfingen und in Landshut. Und 5.000 arbeiten im Rest der Welt. Davon sind etwa 1.000 in China, 3.000 in Ungarn, Tschechien usw. und 1.000 verteilen sich noch auf den Rest der Welt. Es gibt natürlich eine Tendenz. Noch vor sechs, sieben Jahren waren 60 Prozent der Menschen in Deutschland beschäftigt und nur 40 Prozent ins Ausland. Heute sind wir bei 50:50 Prozent. Es ist schon so, dass einfache Arbeiten, dass die Herstellung von Commodities nicht mehr in Deutschland möglich ist. Sie müssen damit nach China gehen, z. B. in China ist, obwohl es Weltpreise sind, das Blech für die Blechpakete von den Motoren seltsamerweise um 30 Prozent billiger zu dem, was Sie hier kaufen. Exportieren darf man es von da nicht, um es hier zu verarbeiten, man muss es dann vor Ort verarbeiten. Da muss man sich anpassen, irgendetwas zu verändern geht nur über Anpassung, und dann auch vor Ort sein. Wir schaffen es, Arbeitsplätze in Deutschland zu halten, wenn wir mindestens 5 Prozent Wachstum haben.

Was darüber hinausgeht, hilft uns dann, in Deutschland Leute einzustellen. Es entstehen hier im Wesentlichen Plätze für Menschen, die hochqualifiziert sind. Da gibt es eher Schwierigkeiten im Ausland, aber die einfachen Arbeiten, die müssen wir verlagern, leider, ist das so.

Ursula Weidenfeld: Herr Schultz hat heute Morgen den Mindestlohn gelobt. In dem Zusammenhang: Der Mindestlohn bei den mittelständischen Unternehmern — und Unternehmen bis 10.000 Mitarbeitern gelten ja im Allgemeinen noch als mittelständisch — sei ganz beliebt. Können Sie das teilen, oder würden Sie sagen, Mindestlohn spielt bei unserer Struktur gar keine Rolle mehr?

Hans-Jochen Beilke: Also wir brauchen keinen Mindestlohn. Die Leute verdienen bei uns alle mehr und wenn das halt nicht mehr klappt, dann gehen wir halt über die Grenze und lassen die einfachen Arbeiten dort irgendwo machen.

Ursula Weidenfeld: Vielen Dank für diese offene Antwort. Herr Sabathi, für Sie ist nicht der Markt Deutschland, sondern der Markt Europa, ein bisschen näher an der Globalisierung als das, was wir hier diskutieren. Fühlen Sie sich wohl, wenn als ein Merkmal erfolgreicher mittelständischer Unternehmen in Deutschland diskutiert wird, dass sie standorttreu sind?

Gerhard Sabathil: Standorttreu ist etwas, was den Mittelstand auszeichnet, aber was auch in der Großindustrie kein Fremdwort ist. Das, was an Strukturwandel nötig ist, kommt aus der Globalisierung. Globalisierung ist etwas Gutes. Globalisierung hat weltweit über eine Milliarde Menschen in Arbeit gebracht, hat die ökonomische Freiheit auf allen Kontinenten erhöht, die Grenzen sind niedergerissen und Deutschland ist der größte Gewinner der Globalisierung. Die Produkte, die in die USA aus China, aus Indien geliefert werden, dort das Handelsdefizit erhöhen, wurden auf deutschen Maschinen in China und anderswo hergestellt. Der Exportweltmeister Deutschland ist der größte Gewinner und gleichzeitig wird in Deutschland oft am meisten über die Globalisierung gejammert. Ich schließe mich Ihnen ganz an, anpacken und nicht jammern.

Ich komme auch aus Schwaben, deshalb darf ich das hier so deutlich sagen, nicht aus Künzelsau, aber aus der Gegend. Tatsache ist, dass dies auch für die Osterweiterung gilt. Wir haben ja mit der Osterweiterung eine kleine Globalisierung vollbracht, und auch die Osterweiterung war ein erheblicher Schub an Modernisierung und Innovationen sowohl für die westlichen als auch für die östlichen Mitgliedstaaten. Die einzelnen Vorgänge, die wir hier immer wieder in der Presse lesen, das war Elektrolux vor zwei Jahren, es war Nokia vor kurzem, sind wirklich nur ein kleiner Teil der Wirklichkeit, was sich im Rahmen der Osterweiterung und der Globalisierung abspielt. Beide haben weltweit, aber auch in Deutschland, mehr Arbeitsplätze geschaffen. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen hoher Arbeitslosigkeit und Globalisierung oder Osterweiterung.

Wir können heute sagen, dass zehnmal mehr Arbeitsplätze in Deutschland gesichert und entstanden sind durch diese Grenzöffnung, als durch Einzelfälle von Unternehmensverlagerungen verloren gegangen sind. Die Investitionen der westlichen Länder in den neuen Mitgliedsländern, auch weltweit, sind nach wie vor nur ein Bruchteil dessen, was an Umstrukturierung hier im Lande selbst vorgeht, was an Investitionen vorangeht.

Das Problem, das wir kennen, das wir haben im Bereich der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit, hängt damit zusammen, dass unsere Humanressourcen nicht mit der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung Schritt gehalten haben. Das Bildungsproblem, das Innovationsproblem wurde schon angesprochen.

Und lassen Sie mich abschließend sagen, die EU arbeitet in diese Richtung. Die EU will dazu beitragen, mit dem Small Business Act, der im Sommer verabschiedet werden wird, mit dem neuen Netzwerk von Unternehmensinformationszentren, alles gut bekannt, weil es der deutsche Vizepräsident Herr Verheugen vorantreibt, den Mittelstand in Europa noch wettbewerbsfähiger zu machen. Wir wissen, dass mehr als 5 Prozent unserer mehr als 20 Millionen mittelständischen Unternehmen in der Lage wären, auf den Weltmarkt zu gehen, aber es noch nicht tun. Diese Unternehmen – über eine Millionen – wollen wir mit europäischen Hilfen, mit Angeboten, mit Marktöffnungen auf den Weltmarkt bringen und da habe ich auch um die Zukunft keine bange, was Arbeitsplätze angeht.

Ursula Weidenfeld: Wie machen Sie das? Woher weiß die EU-Kommission, dass es eine Million kleine und mittlere Unternehmen in Europa gibt, die auf den Weltmarkt können und es nicht tun. Da frage ich mich einfach, wo ist da ihr Know-how-Vorsprung? Woher wissen Sie das, was die Unternehmer offenbar entweder nicht wissen oder ihr Potential einfach ignorieren?

Gerhard Sabathil: Die EU macht ja, wie die Bundesregierung, ihre Studien, ihre Statistiken. Die haben teilweise auch mit Bürokratie zu tun. Das gebe ich gerne zu. Aber das ist ein Gemeingut der Wirtschaftsinstitute, dass diese Zahl existiert. Man kann das branchenmäßig oder regional sehen. Die deutschen Mittelständler sind ja wirklich sehr exportfähig. Das gilt nicht für die griechischen, portugiesischen und die Unternehmen, in den neuen Mitgliedsländern, also da ist noch ein erhebliches Potential vorhanden. Ich kann mir gut vorstellen, die Zahl von 5 Prozent, die mehr gehen können, ist in Deutschland etwas niedriger, weil schon viel draußen sind, aber das gilt nicht für alle Mitgliedsländer.

Ursula Weidenfeld: Frau Berg?

Ute Berg, MdB: Ich wollte etwas dazu sagen, dass praktisch mehr Arbeitsplätze geschaffen worden sind, aber dass trotzdem Ängste bei den Arbeitnehmern/Innen existieren. Nicht nur um den Verlust des Arbeitsplatzes, sondern auch natürlich davor, dass sie in ihren Löhnen sehr stark gedrückt werden könnten. Wenn wir jetzt bald die Arbeitnehmerfreizügigkeit insgesamt haben, dann kann man doch verstehen, dass da auch die Menschen, die hier leben, eben natürlich nicht wollen, dass ihre Löhne auf dem Niveau letztlich von, ich überspitze das jetzt, von Tschechien oder Rumänien oder sonst wo landen. Man hat sich hier einen bestimmten Wohlstand erarbeitet, den man natürlich auch halten will.

Und es kommt ja erschwerend hinzu, dass diese ganzen Entwicklungen, die jetzt bestehen z. T. auch unterstützt werden durch ungleiche Voraussetzungen in der EU insgesamt. Zumal wenn man den Steuerbereich anschaut, und die Arbeitnehmer haben hier natürlich das Gefühl, dass Arbeitsplätze verlagert werden in Länder, in denen die Steuerveranlagung als Anreiz extra so gesenkt wurde für die Firmen, damit sie dorthin gehen und hier quasi die Arbeitsplätze weg brechen. Wir

reden eigentlich über den Mittelstand, aber weil das Thema gerade angesprochen wurde, wollte ich das auch nicht unkommentiert lassen.

Ursula Weidenfeld: Ich wollte Sie gerade daran erinnern, wir sind nicht auf dem Kongress der IG Metall, sondern auf dem Mittelstandstag der SPD. Ich will Ihnen da gar nicht zu nahe treten, aber es erinnert mich ein bisschen an das, was Sie eben gesagt haben, Handelshemmnisse abschaffen, weiter liberalisieren. Das gilt natürlich auch, und das ist ja in der EU immer diskutiert worden für Sozialstandards und finanzpolitische Standards. Und wenn wir uns noch einmal die Diskussion von eben in Erinnerung rufen: Normen, die nicht anders wirken, als nicht-tarifäre Handelshemmnisse. Man macht ja heute keine Zölle mehr oder die Grenzen hoch, sondern man setzt Standards, von denen man hofft, dass die anderen sie nicht erfüllen können. Also wie verträgt sich das miteinander? Welche Rolle spielen bei Ihnen Sozialstandards, auch bei Ihnen als Sozialdemokratischer Partei, die ja nicht nur Mittelstandspartei ist, sondern auch Arbeitnehmerpartei. Welchen Unterschied machen Sie da zwischen Sozialstandards, nicht-tarifären Handelshemmnissen, die Sie ja in einer Ihrer Thesen gerne abgeschafft sähen?

Ute Berg, MdB: Generell spielt beides logischerweise eine Rolle. Wir haben ein Interesse daran, Sozialstandards, die wir uns hier erarbeitet haben, weitestgehend zu erhalten, wobei wir natürlich auch flexibel sind und sein müssen in bestimmten Bereichen. Aber Arbeitnehmer/-innen sind das auch. Ich finde den Vergleich mit der IG Metall nicht ganz gerechtfertigt, weil das Thema auch angesprochen wird. Es gehört ja zusammen. Mittelständler sind Unternehmer, die natürlich auch Arbeitnehmer anstellen. Insofern muss man auch einen kurzen Blick darauf werfen dürfen. Sozialstandards sind für uns durchaus wichtig.

Ich hatte die Liberalisierung und den Abbau von Handelshemmnissen vor allem für die Länder Asiens bzw. für nicht-europäische Länder gedacht, denn China und die USA z. B. sind sehr stark als Vorreiter für deren eigene Normen, so dass wir da gar nicht mehr hineinstoßen können. Wir haben ein massives Interesse daran, dass die Normen und Standards auch mit uns abgesprochen werden, so dass das Ganze uns nicht ausschließt. Ich war gerade auf einer Reise, ich habe den Wirtschaftsminister nach Südkorea begleitet. Dort war das überall greifbar, nicht die Zölle, aber gerade diese nicht-tarifären Handelshemmnisse. Ich finde, wir müssen als Regierung sehr stark daran arbeiten, dass die Amerikaner, die unserer Hauptkonkurrenten in diesem Bereich sind, nicht überall überhand gewinnen.

Ursula Weidenfeld: Das ist eine echte Herausforderung an die Konsistenz der Politik. Herr Sabathil?

Gerhard Sabathil: Ich muss sagen, dass die Löhne ja nicht das entscheidende Kriterium für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen sind, sondern das sind die Stückkosten und die Produktivität. Die Gefälle, die wir bei den Löhnen haben, sind nach wie vor gerechtfertigt durch die Kosten- und Produktivitätsgefälle. Deutschland hat sogar einen großen Schritt nach vorne gemacht und den Abstand in dem Bereich vergrößert. Von daher ist Angst immer der schlechteste Ratgeber, ob für Unternehmer oder Arbeitnehmer. Die Zukunft ist offen. Optimismus ist Pflicht. Das hat Karl Popper gesagt, und das gilt in der Wirtschaft noch mehr als in der Politik. Das gleiche gilt für die Frage der Steueraufkommen. Die Slowakei, Tschechien und die baltischen Länder haben ihr Steuersystem geändert, das Steueraufkommen ist nicht gesunken, sondern die Länder haben etwas

richtiges getan, was wir etwas später ansatzweise nachgeholt haben: Sie haben die direkten Steuern ermäßigt und die indirekten Steuern, wie die Mehrwertsteuer, Verbrauchsteuer, erhöht. Die Steuerquoten sind gleich geblieben. Sie sind unterschiedlich in diesen verschiedenen Ländern. Sie haben dort hohe Steuerquoten, wo viele öffentliche Güter bereit gestellt werden, in den nordischen Ländern, und sie haben weniger öffentliche Güter, schlechtere Infrastruktur, in ärmeren Ländern, die eine geringere Steuerquote haben.

Es passt nicht zusammen, viele öffentliche Güter bereit zu stellen, aber niedrigere Steuern zu haben und umgekehrt genauso. Was aber wichtig ist, ist, dass wir Märkte öffnen, dass wir Märkte nicht meinen, sozial gestalten zu können, indem wir sie strangulieren. Erst aus der Effizienz der Märkte, aus den Gewinnen, folgen die Möglichkeiten, auch soziale Politik zu betreiben. Und das ist etwas, was uns im Weltmaßstab fehlt. Wir haben trotz Globalisierung zu wenig Global Governance. Wir haben das Defizit, zeitlich die WTO-Runde nach wie vor zum Abschluss zu bringen, die Marktöffnung, mit den Vereinigten Staaten, auch dafür ist Herr Verheugen zuständig. Es ist eine Priorität der europäischen Politik, weil eben nicht tarifäre Handelshemmnisse vieles verhindern, was im europäischen Markt schon möglich ist. Da gibt es viel Potential. Es muss genutzt werden.

Es ist insofern auch immer die Frage an den nationalen Gesetzgeber, vorhin wurde das beim Thema Bürokratie angesprochen, auf nationale Bürokratie zu verzichten. EU-Bürokratie schafft ja immer 27 nationale Regelungen ab. Deutschland liegt leider weiter über dem Durchschnitt bei Bürokratiekosten in allen Mitgliedsländern. Andere Länder wie Dänemark, Großbritannien oder Irland schaffen es mit sehr viel weniger Bürokratie, die EU Richtlinien umzusetzen. Ich sage nicht, dass wir etwas abbauen können, aber ich möchte ganz deutlich machen, dass das Bürokratieproblem in Deutschland hausgemacht ist.

Ursula Weidenfeld: Herr Beilke, hier wurde festgestellt, dass der Mittelstand die Chancen, die er hat, die ihm die Globalisierung bietet, nicht umfangreich und ausreichend nutzt. Das gilt für Ihr Unternehmen ganz sicher nicht. Wenn Sie mal Ihre Standeskollegen angucken und bewerten würden, was würden Sie sagen, woran liegt es? Es liegt ja nicht daran, dass es keine guten Unternehmer sind oder dass sie keine guten Unternehmer sein wollen.

Hans-Jochen Beilke: Ich glaube, dass das Problem ganz einfach und einfach zu erklären ist. Ich glaube auch, dass die Möglichkeiten der Hilfe durch den Staat da eingeschränkt sind. Ich glaube, dass die Globalisierung, je größer ein Unternehmen ist, umso leichter ist. Wenn Sie einen Mittelständler angucken, der 20 Millionen Umsatz hat und der sich gerade in der Nische befindet, das ist für den wahnsinnig schwierig, den US Markt, nehmen wir das mal als Beispiel, anzugehen, gerade den US Markt, der riesengroß ist, der viele Menschen braucht, um den Markt dort zu bearbeiten, es funktioniert nicht. Man muss erst versuchen, eine gewisse Größe zu erreichen, um dann mit der Macht, die man entwickelt hat, weiterzukommen.

Ursula Weidenfeld: Kann man sich diese Größe nicht borgen?

Hans-Jochen Beilke: Man kann sie sich entweder borgen, oder man kann sie sich beschaffen. Ich kann am Beispiel die Firma ebm-papst etwas erzählen: Diese Firma hat sich im Jahr 1992 in St. Georgen eine Firma gekauft, die etwa 1000 Menschen dort beschäftigte und am Abgrund stand. Die Firma konnte man sehr günstig erwerben, damals. Der Effekt ist, dass heute in den

Betriebsstätten in St. Georgen und Harboltsheim etwa 1.800 Menschen arbeiten. Die wurden also zielgerichtet und sinnvoll saniert. Und so konnte man dann mit einer viel größeren Macht auf dem Markt auftreten. Im Jahr 1997 kam ein Werk von Alcatel dazu. Alcatel wollte damals die Fabrik loswerden, die hatten überall Probleme, bauten Leute ab, in der Presse usw. Das wollten sie nicht. Wir haben dann die Fabrik ganz günstig bekommen, auch ein bisschen Geld oben drauf, damit wir die Menschen an Board behalten. Und auch da ist es gelungen, weil man den Verantwortlichen Freiheiten einräumte und Handlungsspielraum gab. Die hatten die Möglichkeit und die Aufgabe sich ein Jahr zu bewähren und auf einmal fingen die an, auch zu arbeiten.

Uns wurde von Mitarbeitern im Alcatel-Werk in Landshut erklärt, dass wenn sie einen neuen PC brauchten, sie einen Antrag schreiben mussten in zehnfacher Ausfertigung, der ging zum Chef, von da nach Stuttgart, von Stuttgart nach Paris, und dann kam er nach einem halben Jahr zurück mit einer Ablehnung. So etwas geht nicht. Wir brauchen schnelle Entscheidungen und Freiräume. Der Mittelstand muss wachsen. Das Thema, ob man sich Größe borgen kann, damit habe ich auch schon Erfahrung gemacht. Die waren nicht immer gut. Wenn sich zwei oder drei zusammenschließen und dann versuchen, einen Markt gemeinsam zu bearbeiten. Das mag am Anfang ganz gut sein für zwei, drei Jahre, aber danach kommen dann immer wieder die Individualisten heraus, und dann fühlt sich der eine benachteiligt im Vertriebsnetz usw. Die Zusammenarbeit zerbricht und man fängt doch wieder selbst an. Meine Empfehlung ist, suchen Sie nach Unternehmen, die Sie günstig kaufen können, Produkte, die reinpassen in vorhandene Programme. Damit erhöhen Sie Ihre Schwungkraft.

Ursula Weidenfeld: Warum geht das im Mittelstand gut, und bei BenQ und bei Nokia geht es nicht gut?

Hans-Jochen Beilke: Das geht deswegen gut, es ist heute Morgen gesagt worden, weil Herzblut mit dran hängt bei den Menschen, weil es eine große Innovationskraft gibt, weil es Freiräume und Schnelligkeit gibt. Ich habe da draußen diese Broschüre ausgelegt, die können Sie nachher mitnehmen, da haben wir reingeschrieben, wie wir denken und handeln, und wir sagen das den Menschen auch. Es gibt ethische Regeln, die eingehalten werden, auch wenn wir uns ökonomisch verhalten müssen. Wir bauen in einem schlechten Jahr keine Leute ab, das tun wir nicht, weil wir die Hoffnung haben, dass es im nächsten Jahr wieder anzieht. Bisher hat das immer geklappt. Jetzt hoffen wir, dass es auch in Zukunft so weiter geht.

Ursula Weidenfeld: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, Sie sind sehr eingeladen, mitzudiskutieren. Ich weise Sie vorsorglich darauf hin, dass jeder Ihrer Äußerungen zu Lasten Ihrer Mittagspause geht. Deshalb, kurze Statements, Fragen, Anmerkungen zu dem Komplex Globalisierung, Europäisierung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Hans-Jochen Beilke: Ich möchte noch zwei Beispiele loswerden: Das Beispiel Mulfingen, um zu zeigen, wie wichtig der Mittelstand für die ländliche Region ist. Mulfingen war vor dreißig Jahren bzw. vor vierzig Jahren, 1963, ein Nest mit 800 Einwohnern und ist heute ein blühender Standort. Es gibt eine Apotheke, es gibt einen Metzger, es gibt eine Schule, noch immer, es gibt einen Arzt, es gibt, was Sie brauchen, man kann dort in der Gemeinde leben. Die Menschen sind dort geblieben und fühlen sich wohl dort. Wenn das nicht gewesen wäre, ich weiß nicht, ob es Mulfingen noch gäbe heute auf der Landkarte. Wir holen Menschen aus der ganzen Umgebung mit Bussen heran,

wie das Daimler gemacht hat. Aber das Zentrum ist geblieben, und da hängt eben auch Herzblut von den Eigentümern mit dran. Die zweite Botschaft, die Sie heute Morgen angesprochen haben, mit dem Käfer im Wald. Frühzeitig anzufangen, die Jugendlichen, die Kinder auszubilden. Wir machen das mit ganz vielen Aktionen. Da gibt es Girls Days und die Wissensfabrik.

Kennt jemand von Ihnen das Thema Wissensfabrik? Schon mal gehört? Die Firmen Bosch, Trumpf, ebm-papst und andere haben die Wissensfabrik gegründet, mit dem Ziel, Kinder schon im Kindergartenalter an Technik heranzuführen. Wir machen jedes Jahr eine Woche mit dreißig Schülern, die zu uns kommen aus der dritten Klasse. Und die lernen bei uns, was ein Bohrer ist, was eine Feile ist, was Holz ist, wie man das bearbeiten kann, wie man das sägen kann, die kommen Heim am zweiten Abend, mit einem Vogelhäuschen, und Sie können sich nicht vorstellen, wie begeistert die sind, von dem was dort passiert. Und wenn Sie die Kinder erleben in der Kantine mittags, wie sie rumspringen und sich wohlfühlen, dann sind wir sicher, dass die in ein paar Jahren bei uns wieder als Auszubildende aufschlagen. Da muss man ganz früh anfangen. Kostet nicht viel und macht Spaß.

Ursula Weidenfeld: Solange die Kinder am dritten Abend das neuerworbene Wissen nicht nutzen, um Frau Ledendeckers Couchtische zu zerlegen, ist alles gut. Meine Damen und Herren, ich sehe keine Wortmeldungen. Dann werde ich eine kurze Zwischenbilanz versuchen, die im Grunde nichts anderes ist, als dass alle Standards zwei Gesichter haben. Vielleicht eine diskussionswürdige These für die SPD, aber sicherlich auch für den Mittelstand. Dann darf ich Ihnen eine gute Mittagspause wünschen, einen gelungenen weiteren Tag hier in Berlin und eine gute Tagung. Dankeschön.

.....

3. Podium

„Mittelstandsfinanzierung“

(in Auszügen)

Jochen Zurheide: Private Equity, inwieweit ist das für Sie ein Thema und sind Ihre Unternehmen in einer Größenordnung, wo Sie sagen, für uns interessieren die sich noch nicht. Sollen die das oder sollen die das nicht? Würden Sie das eher mit Sorge sehen?

Anja Kapfer: Ohne das Wort überstrapazieren zu wollen, ich weiß nicht, wofür sich Heuschrecken morgen interessieren, vielleicht ist es der deutsche Mittelstand. Ich würde schon sagen, wir müssen ein achtsames Auge auf alles haben. Ich bin trotzdem dagegen, dass auch das wieder staatliche Aufgabe ist. Die Wirtschaftsunioren haben ja vor vielen Jahren schon mit dem Slogan: „Weniger Staat, mehr Privat“ Furore gemacht, das ist lange her, aber ich möchte an diesem Gedanken festhalten. Ich glaube auch mit der Risikobegrenzung, die wir jetzt gesetzlich regeln wollen, dass wir uns damit nicht auf dem richtigen Weg befinden. Wir werden sicher jetzt für die Privatverkäufe von Hausdarlehen usw. gleich noch mehr hören. Ich will es für den Unternehmensbereich mal kurz aufzeigen. Was will das Gesetz? Es will zwei Dinge machen. Es will vor allem Transparenz, Meldepflichten usw. einführen. Wenn man sich es genauer angeschaut, ich komme jetzt zufällig aus der Branche, sieht man, dass manches nicht klar geregelt ist, das vermissen wir ja öfter mal als Unternehmen. Dass ist keine klare Regelung, sondern eine, wo wir nicht so recht wissen, was wir damit anfangen sollen und dass diese Regelung wohl nicht das bringen wird, was wir uns erhoffen. Schon allein von der Definition, die wir dort haben. Und dann, mag es auch nur gefühlte Bürokratie sein — wir hatten heute schon die Diskussion, wie viel ist echt und wie viel ist gefühlt — denke ich als Mittelständler, dass wir vor allem im steuer- und arbeitsrechtlichen Bereich schon genug Informationspflichten haben und jetzt noch mehr Informationspflichten bekommen, die wir nicht erfüllen können. Und da sehe ich jetzt in diesem Bereich im Moment die größten Probleme.

Jochen Zurheide: Um mal eben nachzufragen, sehen Sie ein Problem in den Zielen, wo Sie sagen, da soll sich der Staat raushalten, oder sehen Sie eher ein Problem in der Umsetzung? Das haben Sie gerade angesprochen. Mir ist aber nicht klar, was überwiegt.

Anja Kapfer: Aus meiner Sicht, bei beidem. Also wenn ich eine Regelung habe, die nicht so effektiv ist, dass ich sie als staatliche Regelung brauche, dann würde ich ehrlich gesagt denken, sie ist gut verzichtbar.

Jochen Zurheide: Selbst wenn es dann bestimmte Risiken hat bei einzelnen Unternehmen, dann sagen Sie, das sind die Ausreißer, die der Markt bereinigen muss. Die Stichworte Grohe und Krieger, die kennen wir alle.

Anja Kapfer: Wir haben auch über andere Beispiele gesprochen. Wenn wir über die Deutsche Börse sprechen oder Cognis, das hätten wir mit diesem Gesetz nicht hinbekommen. Das müssen wir doch auch einmal ehrlich diskutieren. Was hätten wir geschafft mit diesem Gesetz, an die Beispiele, an die wir jetzt alle so innerlich denken, welche hätten wir durch diesen Gesetzeswortlaut wirklich in den Griff bekommen? Da hätten wir nicht alle in den Griff bekommen. Insofern finde ich es nicht ganz ehrlich in der Debatte, sich jetzt hinzustellen und zu sagen, diese Regelungen werden uns helfen. Einige Dinge, die halten wir, da gibt es einen Konsens, für moralisch verwerflich. Ob wir diese aber durch ein Gesetz regeln können oder ob wir das durch ethische Maßstäbe hinbekommen, die nicht gesetzlich geregelt werden können, das wird noch Diskussionsstoff sein. Ich glaube, dass wir eher in diese Richtung denken müssen.

Jochen Zurheide: Um jetzt einen Strich zu ziehen, über Ihre Haltung, Sie sagen, wenn der Staat dafür sorgt, dass das dreigliedrige System erhalten bleibt, dann ist das eigentlich die sicherste Garantie dafür, dass der Mittelstand mindestens eine Entwicklungsperspektive hat. Ist das der Kernpunkt?

Anja Kapfer: Mit den Ergänzungen, die ich gemacht habe, mit der kleinen Einschränkung bei den Landesbanken. Wir brauchen weiter eine starke Mittelstandsförderung durch entsprechende Angebote auch der Banken und Kreditinstitute. Ich weiß, es gibt Coaching-Angebote usw. Wir werden sicherlich gleich noch etwas von diesen begleitenden Dingen hören. Ich glaube, die brauchen wir auch. Es ist nicht allein wichtig, dass wir drei verschiedene Arten von Instituten haben, sondern es muss weiter Augenmerk darauf gelegt werden, dass wir den Partner vor Ort haben, der uns zu vernünftigen Konditionen schnell und möglichst unbürokratisch mit den entsprechenden Finanzmitteln versorgt.

Jochen Zurheide: Frau Kapfer herzlichen Dank. Nehmen Sie Platz in unserer Runde. Dankeschön. Peter Fleischer von der KfW, herzlich willkommen bei uns auf dem Podium. Haben Sie eine Ahnung? Ist die Finanzierungssituation tendenziell gut, schlecht, gibt es schon eine Klemme, oder nicht und wenn ja, helfen Sie?

Peter Fleischer: Nein, es gibt noch keine Klemme. Die Zahl, die vorhin berichtet worden ist aus dem Handelsblatt, die stammt ja aus dem Haus der KfW. Das ist eine unsere eigene Berechnung, dass im 4. Quartal die Unternehmenskreditvorgabe um 18 Prozent gegenüber dem 4. Quartal 2006 gestiegen ist. Also wir können das aktuell nicht erkennen.

Jochen Zurheide: Und heißt das prinzipiell Entwarnung oder gibt es z. B. bei ganz kleinen Unternehmen da doch möglicherweise eine Einschränkung und damit auch ein gewisses Problem?

Peter Fleischer: Also an der Front sind wir nicht ganz so aktuell. Wir machen jährlich eine Unternehmensbefragung mit verschiedenen Verbänden und den Kammerorganisationen. Die letzte stammt aus 2007, veröffentlicht Oktober letzten Jahres, aber die stammt dann eben aus dem 1. Quartal letzten Jahres. Daraus können wir ersehen, dass jedenfalls bis zu dem Zeitpunkt, also bis etwa vor einem Jahr, sich die Finanzierungssituation des deutschen Mittelstands insgesamt verbessert hat im Zeitablauf. Das gilt auch für die mittleren und auch für die kleinen Unternehmen. Nach wie vor ein Problem haben wir aber bei den kleinen Unternehmen. Der Fall, dass im Ergebnis kein Kredit vergeben wird, trifft kleine Unternehmen deutlich häufiger als mittelständische Unternehmen.

Jochen Zurheide: Wagen Sie jetzt eine Prognose? Angesichts der Krise, haben wir Auswirkungen zu befürchten, die sich jetzt verschärfen und damit auch auf die Realwirtschaft von dem Weg übergreifen oder sind Sie da auch eher zurückhaltend oder skeptisch?

Peter Fleischer: Na ja, nun bin ich Volkswirt. Der hat ja gelernt, dass er nicht über das Ereignis und den Zeitpunkt gleichzeitig etwas sagen soll, weil er dann immer schief liegen wird. Also ich will mal so sagen, ich glaube, dass gerade im Moment die Bankenstruktur in Deutschland für uns förderlich ist. Was wir sehen ist, dass in den Ländern, die sehr stark kapitalmarktabhängige

Bankenstrukturen und Geschäftsmodelle haben, im Moment aufgrund der Subprime-Krise und deren Folgen, es eben deutlich größere Probleme in der Kreditvergabe gibt, als wir es hier feststellen können. Relativ zu anderen, glaube ich, hat es uns nicht so stark getroffen in der Mittelstandsfinanzierung. Es gibt auch keinen Grund jetzt zu sagen, dass sich das ändern wird. Was das absolut bedeutet, weiß kein Mensch. Wenn das aber richtig ist, was alle Prognosen sagen, dass wir zwar eine Wachstumsabschwächung bekommen, auch im Zusammenhang mit den Folgen der Subprime-Krise, aber eben keine Rezession, dann erwarte ich auch keine Kreditklemme.

Jochen Zurheide: Stichwort Innovationsfinanzierung, das ist eines Ihrer Spielfelder und eines Ihrer Standbeine. Was können wir denn da erwarten, und wie ist da Ihre Prognose?

Peter Fleischer: Wir haben in den letzten Jahren erhebliche zusätzliche Innovationsfinanzierungen durchgeführt aus dem ERP Innovationsprogramm. Wenn man sozusagen die Steuerung der Mittel aus dem ERP Programm mal außen vorlässt, wenn Sie die letzten beiden Geschäftsjahre zusammennehmen, haben wir zwei Milliarden zusätzlich gemacht aus dem Programm. Das, was wir sonst tun, was ja insbesondere über Beteiligungsfinanzierung läuft, läuft immer so in einer Größenordnung von ungefähr 300-350 Mill. Euro per anno. Das ist in sehr starkem Maße Innovationsförderung, weil wir uns da sehr stark konzentrieren auf die Frühphase von Unternehmen, und da eben auf die Kleinunternehmen. Wenn wir jetzt hören 300-350 Mill., und ich nenne Ihnen nur einmal das Volumen der Mittelstandsförderung der KfW, das sind gut 13 Milliarden, dann sagen Sie, na ja, das ist ja eigentlich nicht viel. Das stimmt, und gleichzeitig ist es sehr viel, weil wir in der Hälfte der Fälle, die in Deutschland überhaupt gemacht werden, dabei sind. Das zeigt, dass wir eben in dem kleinen Bereich dabei sind, wo tatsächlich auch der Markt so nicht funktioniert.

Jochen Zurheide: Stichwort Internationalisierung. Auch das haben wir ein paar Mal angesprochen. Die EU meint ja, weniger in Deutschland, aber anderswo fällt es den kleinen und mittelständischen Unternehmen besonders schwer. Was tun Sie? Wie begleiten Sie und wie wichtig ist das bei Ihnen?

Peter Fleischer: Wir haben ja in unserem Standardprogramm „Unternehmerkredit“. Von den 13 Milliarden gesamt sind rund 9 Mrd. aus dem Unternehmerkredit, davon können auch Auslandsinvestitionen begleitet werden. Das gleich gilt auch für unsere gewerbliche Umweltfinanzierung, die im Übrigen in den Zahlen nicht drin ist. Wenn Sie das mal dazu nehmen: Wir haben 13 Mrd. in der Mittelstandsbank, und noch 4,5 Milliarden Euro Zusagen im letzten Jahr, also knapp 18 Mrd. gewerbliche Förderung bei der KfW. Wobei man aber sagen muss, das ist immer nur ein kleiner Anteil an unserem Gesamtgeschäft.

Jochen Zurheide: Was wüssten Sie sich denn vom Mittelstand, um noch mal auf die Frage zu kommen, sehen Sie auch diese Hidden Champions, die noch einen gewissen Anreiz brauchen, um dann den Weg zu wagen? Wie kann man das verbessern? Welche Ideen haben Sie da?

Peter Fleischer: Also, an der Stelle muss ich sagen, bin ich ein bisschen blank. Denn Deutschland ist an der Stelle im internationalen Vergleich vorne. Man kann zwar sagen, es geht immer noch weiter nach vorne, aber wenn Sie schon auf Platz Eins sind, dann zeigt das schon, dass wir das ziemlich gut aufgestellt sind. Der deutsche Mittelstand ist deutlich stärker exportorientiert als der Mittelstand in anderen Ländern. Wir haben das heute Morgen auch schon mal kurz gehört mit

Bezug auf Frankreich. Ich meine, Herr Mirow hätte das gesagt. Was mich eigentlich mehr umtreibt an der Stelle ist das, was unser Kerngeschäft ist, also die Förderung im Inland. Und dazu vielleicht ein paar Worte. Das Thema Rating ist ja nun schon relativ alt, und es ermüdet Einen, wenn man da immer wieder mit zu tun hat. Aber wir erleben immer wieder, und das zeigen auch unsere Umfragen, dass Unternehmen, besonders kleine Unternehmen, gar nicht über ihr Rating informiert sind. Wir können schon feststellen, dass die Kommunikation der Banken sich deutlich verbessert hat über die Zeit, d. h. dass sie die Rating-Gespräche offensiver führen und ausführlicher. Dass aber z. B. drei Viertel der kleinen Unternehmen, die nicht wissen, ob sie ein Rating haben, selbst gar nicht nachgefragt haben, das liegt natürlich auch an denen. Man kann nicht immer nur sagen, die Banken sollen es tun, sondern die Unternehmen selbst müssen auch mal aktiv werden. Hierum also müssen sich die Unternehmen noch stärker kümmern.

Jochen Zurheide: Herr Fleischer, herzlichen Dank. Sie bleiben in der Runde. Das freut uns. Heinrich Haasis, Präsident des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, muss ich hier in der Runde nicht weiter vorstellen. Mal ganz grundsätzlich, da ist jetzt eine Menge Lob gekommen für Ihre Säule, und wie wichtig das ist, den Werbeblock hatten wir jetzt schon. Wir können jetzt zu der Frage kommen, Stichwort Brüssel, denn da sind Sie ja einer derjenigen, der da immer ganz in vorderster Front mitgemacht hat. Haben die das in Brüssel endgültig verstanden, oder ist es nur ein Abwarten auf den nächsten Zeitpunkt, um möglicherweise doch noch einmal da hineinzugrätchen und das dreigliedrige System hier in Frage zu stellen?

Heinrich Haasis: Also erst einmal fühle ich mich natürlich wohl in der Umgebung bei dem, was von den Unternehmen gesagt wurde, was Herr Poß sagte auch für die SPD Fraktion. Man muss Brüssel immer zweigeteilt sehen. Das Eine ist, dass Brüssel in Teilen ein anderes Verständnis für Marktwirtschaft hat, als es in Deutschland gewachsen ist, das Andere ist, dass auch in Brüssel kräftig nachgeholfen wird aus Deutschland. Und hier unterscheiden wir uns auch von anderen Ländern. Es gibt ja in allen Ländern Strukturen, dass es Kredite gibt, die nicht verkauft oder veräußerbar sind. Das gibt es überall, nicht nur bei uns. Es gibt bei uns Genossenschaftsbanken, die nicht verkäuflich sind. Es gibt diese in Spanien; es gibt sie in Italien. In Frankreich haben sich die Sparkassen umgewandelt in Genossenschaften, damit sind sie nicht verkäuflich. In Spanien sind sie Stiftung, also nicht verkäuflich. Und Brüssel ist viel stärker kapitalmarktorientiert auch in allen Äußerungen der Kommission und es ist eigentlich eher schlimmer geworden seit frühere kommunistische Länder dazugekommen sind. Wenn Sie so die Debatte verfolgen, dann kommt eigentlich der Druck in Richtung des kapitalistischen Systems eher aus den Ländern, die von einer ganz anderen Ecke kommen. Also das spüren wir zumindest im Augenblick. Von daher kann man nicht sagen, dass grundsätzlich Entwarnung angesagt ist. Der zweite Punkt ist, dass Deutschland in vielem einen Sonderweg geht, auch im föderativen Staatsaufbau. Das ist den meisten Ländern fremd, wenn nicht sogar suspekt. Und wir sind ja insoweit ein Abbild des staatlichen Aufbaus. Von Parlamentariern, die aus Ländern kommen, die zentralistisch regiert sind, die können sich gar nicht vorstellen, dass es Systeme gibt, die eigenständig sind, also die Kommunen beispielsweise, und denen der Staat nicht permanent hineinregiert. Und sie können sich noch weniger vorstellen, dass es Sparkassen gibt, die keinen Eigentümer haben, aber kommunal getragen sind, und die nach Wettbewerbsgesichtspunkten ihr Geschäft machen, das ist in der Vorstellung eines Franzosen eigentlich nicht möglich. Also damit müssen wir ein Stück weit leben. Im Moment hat es sich, glaube ich, auch deshalb beruhigt, weil Brüssel auch sieht, dass Institute wie die Sparkassen, auch Genossenschaftsbanken, im Moment eher ein Hort der Stabilität sind in dieser Finanzmarktkrise, als

wenn wir z. B. ein Konzern wären. Und ich sage immer, was da passiert ist, hat nichts damit zu tun, dass einige Marktteilnehmer klüger wären oder die anderen dümmer wären oder die schlechteren Leute hätten, sondern es war eine Frage der Höhe des Engagements und Risikotragfähigkeit. Aber wenn die Sparkassen ein Konzern wären und dreistellige Milliardenbeträge in der Verwaltung hätten, was sie haben, dann hätte sie Anlagen in ABS Strukturen und Subprime-Strukturen gehabt, mit 100 Prozentiger Sicherheit. Sie müssen ja riesige Beträge dort unterbringen, und ein Teil ist z. B. Kredite im Mittelstandsbereich. Aber jetzt machen sie mal einen Kredit mit 70 000 Euro, wie Handwerkskredite oder kleine Mittelständler, da müssen Sie hundert machen, bis Sie nur einmal 7 Millionen Euro angelegt haben. Und die Bearbeitung auch nach Basel II ist für so einen 70 000 Euro Kredit nicht geringer als für einen 7 Millionen Euro Kredit. Also machen Sie das erst mal vom Aufwand her. Und wenn Sie jetzt einen Konzern hätten, der Milliardenbeträge zu verwalten hat, da haben Sie andere Risikostrukturen, die offenbar keine sind, denn wer Triple-A-gerated gekauft hat, hat nach gültigen Regeln in der Bankbranche bis zum letzten Herbst Anlagen gekauft, die vergleichbar sind mit Bundesanleihen. Und darüber reden wir jetzt, dass dieses plötzlich nicht mehr geht. Und natürlich kann man konkretisieren, es gibt nur drei Rating-Agenturen auf der Welt, aber es gibt sie. Und wer dort eingekauft hat, konnte sich zumindest bis zu diesem Herbst darauf verlassen, dass er auch diese Qualität in seinen Büchern hat. Deswegen ist es eine Systemfrage, wer dort investiert, also nicht eine Frage des guten oder des schlechten Bankers.

Jochen Zurheide: Und jetzt die Frage, die wir gerade schon ein paar Mal angesprochen haben: Wird es bei der Versorgung mit Krediten so bleiben oder müssen wir fürchten, dass aufgrund der Krise, da möglicherweise auch das Eine oder Andere restriktiver gehandhabt wird?

Heinrich Haasis: Vielleicht zwei Grundsatzdinge zur Krise. Es wird immer Unternehmer geben, die sich beklagen, dass sie schlecht Kredit bekommen. Klar, weil es auch solche gibt, denen man möglichst keinen geben sollte. Wir verwalten ja das Geld der Kunden, und Grundlage ist, dass wir beurteilen, ob er es auch zurückzahlen kann. Übrigens in den USA ist es deshalb schief gegangen, weil man Leuten Kredit gegeben hat, von denen man wusste, dass sie es nicht zurückzahlen können. Und auch da darf ich einen Schlenker machen: Ich war vor einem Jahr in der Diskussion, da ist mir vorgeworfen worden, die Sparkassen sind zu altmodisch, geben keine 100 Prozent-Kredite im Wohnungsbau, sondern beleihen nur 60 Prozent oder 80 Prozent und sagen, wer Eigentum schaffen will, muss schon was haben, muss sich was ansparen. Und es gab den ersten Anbieter vor einem Jahr auf dem deutschen Markt, der gesagt hat, 100 Prozent-Kredit. Also so ist das ja alles gekommen. Daher denke ich, wenn es mal schief geht, wird man schnell sagen, wieso gebt ihr denn jedem Kredit. Also eine Prüfung muss sein und eine Verlässlichkeit auch. Zweiter Punkt, der Bankenmarkt hat sich total verändert. Das ist immer so ein bisschen aus dem Blickfeld. Wir hatten früher eher eine ausgewogene Situation und klare Bankenstrukturen. Wir hatten Banken, die Einlagen einsammelten, die legten das international an, aber die legten das auch in Kredit an. Und wir haben in den letzten Jahren neu entstandene Bankengruppen, die überhaupt nicht daran denken, dass sie einen einzigen Euro gewerblichen Kredit geben. Die ganzen Direktbanken, die entstanden sind, auch die Citibank hat dieses Geschäftsmodell. Sie können die Sparda-Bank nehmen oder andere, die Geld einsammeln. Wenn Sie heute Geld anlegen wollen, sind Sie umworben wie nie zuvor in der deutschen Geschichte, wenn Sie die Einlagenzinsen nehmen. Dieses gewaltige Potenzial hat es noch nie gegeben. Und einen Teil dieser Anbieter gibt keinen einzigen Euro gewerblichen Kredit. Die lässt das Geld flowten irgendwo auf der Welt, wo es halt gerade die meiste Rendite verspricht. Und trotzdem haben die Sparkassen in Deutschland zur Zeit 100 Mrd. mehr an

Einlagen als wir Kredite vergeben haben. Also wir haben genügend an Einlagen, um auch Kredite zu vergeben, deshalb glaube ich, dass es zu keiner Kreditklemme kommt, und wir haben auch genügend Eigenkapital. Aber auch da hat sich ein Bewusstseinswandel ergeben, was auch mit dem System zusammenhängt. Wir haben genügend Eigenkapital, wir müssen ja entsprechend unterlegen. Noch vor einem Jahr haben Rating-Agenturen kritisch abgefragt und gesagt, die Sparkassen hätten viel zu viel Eigenkapital, was machen sie denn damit, sie setzen das Eigenkapital nicht entsprechend ein. Das war ja so die Tendenz, dass man in die Richtung ging, es muss alles ausgeschöpft sein. Heute fragt jeder, haben Sie eigentlich noch genügend Eigenkapital, falls sie mal haften müssten. Das ist ein kompletter Sinneswandel. Derjenige, der etwas konservativer an die Dinge heranging, hat schon immer gesagt, ich brauche notfalls ein bisschen mehr Eigenkapital. Das war unser Dilemma bei den Landesbanken, dass man dieser Idee gefolgt ist, das was man hat möglichst breit wieder anlegen. Und da sind die Sparkassen nun anders aufgestellt, weil sie an der Realwirtschaft orientiert sind, und von daher gehört es zu unserem Geschäftsmodell, dass wir Kredite geben. Wir müssen Kredit geben und auch ein Teil, der in Brüssel wieder in Angriff ist, nämlich das Regionalprinzip sowohl bei den Volksbanken wie auch bei uns, sorgt dafür, dass der Markt tief umgepflügt wird. Die Sparkasse in Aschaffenburg z. B. kann nicht irgendwo einen Kunden suchen, sondern muss ihr Gebiet massiv beackern.

Deshalb hat sie ein eigenes Interesse daran, dass es Firmen gibt oder welche entstehen, dass es denen gut geht, dass die Kredite bekommen. Also es ist eigentlich ein eigener Antrieb, der aus diesem Regionalprinzip kommt. Und der ist vielen in Brüssel auch ein Dorn im Auge, aber er ist genau der Motor, der überall, auch im ländlichen Raum die Wirtschaft antreibt. Also ich glaube, es gehören alle Dinge zusammen: die Entwicklungen am Markt, die Strukturen, die der Gesetzgeber schafft und von daher haben wir, wenn das Regionalprinzip erhalten bleibt, gute Strukturen. Und ich nenne die Wettbewerber Volksbank genauso, die sind darauf angewiesen, dass sie das Geld, was sie ansammeln auch wieder investieren in Kredit. Da habe ich eigentlich keine Sorge. Woran es fehlt, im Moment, sind ganz große Finanzierungen. Es finden ein paar Deals nicht mehr statt, weil die Hausbanken, Herr Poß hatte ja ein paar angeführt mit zweistelligen Milliardenbeträgen, abgeschrieben haben. Es gibt auch bei den Landesbanken für Großfinanzierungen z. T. Probleme. Sie haben gelesen, die HSH hat ihre Schiffsfinanzierungen zurückgefahren, die sie jetzt aber wieder aufnimmt. Nur, es muss ja kein Unglück sein, wenn bei diesen Großfinanzierungen die Risikoaktiva ein bisschen abgebaut wurden.

Jochen Zurheide: Letztes Stichwort, auch wenn wir darüber jetzt noch die letzte Viertelstunde diskutieren könnten, die Neuordnung der Landesbanken. Das müssen wir natürlich mal im Schnelldurchgang abhandeln. Da ist der große Wunsch: Erklären Sie uns doch einfach, wie es werden wird.

Heinrich Haasis: Ich würde gerne dem Gedanken, dass wir keine Landesbanken brauchen und der hier zum Ausdruck kam, ein bisschen widersprechen. Jedes Verbundsystem, das ist bei den Genossenschaften ähnlich wie bei uns, braucht Spezialeinheiten. Der Verbund basiert ja darauf, dass ich sofort eine selbstständige Einheit habe, eine wirtschaftlich selbstständige Unternehmung, die eine Bilanz aufstellen muss, und das bringt die Schnelligkeit. Wenn ich daneben aber sage, dass gleichzeitig überall in jedem Dorf der Republik alle modernen Bankdienstleistungen angeboten werden sollen, dann brauche ich Spezialunternehmen für Leasing, für Bausparen. Und ich brauche für Kapitalmarktprodukte die Landesbanken, zwar nicht die, die wir jetzt haben und auch nicht so

viele. Nun sind in der Regel die Sparkasseneigentümer auch die Länder und in vielem haben wir dieselben Interessen, aber die Länder haben etwas spezifischere Standortinteressen, als wir sie haben. Jeder Ministerpräsident hat einen eigenen Finanzplatz, in München, Stuttgart, Düsseldorf usw. Wenn Sie über Deutschland hinausgehen, gibt es einen Finanzplatz, und der heißt Deutschland. Und in Frankreich sagt, z. B. keiner Finanzplatz Frankreich, sondern Paris, in Großbritannien heißt es Finanzplatz London. Der Föderalismus hat seine Vorteile, er kann auch Nachteile haben. In dieser Situation ist Wettbewerb eher ein Problem, d. h. wir brauchen eine oder zwei Zentraleinheiten, die uns diese Internationalität liefert, die die Produkte liefert, und dazu brauchen wir aus meiner Sicht eine Fusion verschiedener Landesbanken.

Jetzt kann man theoretisch fragen, was heute auch in irgendeiner Zeitung steht, man kann auch restrukturieren ohne eine Fusion. Das ist richtig, nur daran glaube ich nie im Leben! Weil ich noch nie eine Bank erlebt habe, die im laufenden Betrieb in Milliardenbeträgen Risikoaktiva abbaut, jedes Jahr, die Bilanzsumme um 10 Prozent verkürzt und nach fünf Jahren immer noch besteht. Wenn Sie das im Bankgeschäft anfangen, sind sie am Markt verrätzt. Also geht es nur über Fusionen und dann darf aus 2 und 2 nicht 4 werden, sondern aus 2 und 2 wird eben z. B. 3,2 oder 2,9 über relativ kurze Zeit. Also Kapazität zurückführen, Spezialitäten bündeln. Ein letzter Punkt, der hier auch angesprochen wurde zum Mittelstand, weshalb wir sie insbesondere im Mittelstand brauchen. Wenn Sie überlegen, wieviel mittelständische Unternehmen z. B. mit 50 Mill. Umsatz vor 15 Jahren im Ausland tätig waren, und wie viele es heute sind, dann hat sich diese Zahl weit mehr als verdoppelt. Und die brauchen andere Dienstleistungen von uns. Dazu brauchen wir wieder so eine Einheit, die dieses optimal anbietet, und da muss ich nicht siebenmal in New York und sechsmal in Peking sein, sondern da reicht ein, vielleicht zweimal. Dann kann ich Energien ausschöpfen und mehr Kompetenz haben. Das ist eigentlich unser Ziel. Aber dazu gehört, dass in einzelnen Landeshauptstädten Arbeitsplätze wegfallen. Das ist auch die Wahrheit. Ich nehme nur mal das Thema Düsseldorf, als man über die Landesbank Baden-Württemberg und die WestLB im Sommer geredet hat, war der Vorwurf, da fallen 1.000 Arbeitsplätze weg. Das ist immer schmerzlich. Aber jetzt reden wir über 1.500, schon ein halbes Jahr später, und haben immer noch keine Lösung. Also wir reden über 1.500 Arbeitsplätze und wissen noch gar nicht, wie es ausgeht, und deshalb gehört meines Erachtens zu einem verantwortlichen Unternehmen auch immer rechtzeitig zu handeln, auch wenn es wehtut, das ist besser, als nicht zu handeln.

Jochen Zurheide: Ich bedanke mich, auch Sie nehmen Platz in unserer Runde. Und Herr Schultz, vielleicht als Vorschlag, demnächst vielleicht mal ein Föderalismusseminar zu machen. Wir würden auch gerne Ihren Sachverstand einbeziehen. Vielleicht haben Sie Erfahrungen, wie ist es mit der Krise z. B. Wir würden gerne von Ihnen hören, wenn Sie sich denn beteiligen wollen?

Veranstaltungsteilnehmer 1: Ja, Müller. Herr Haasis, Sie haben das Thema Basel II angesprochen. Sie wissen natürlich, es gibt keinen neuen Akkord in Basel, es steht immer noch Basel I. Indien und China haben klipp und klar vor zwei Jahren gesagt, sie machen nicht mit, die amerikanischen Inlandsbanken auch nicht. Was wir haben, ist die dritte überarbeitete Rahmenvereinbarung, und die wird auch zu keinem neuen Akkord führen. Wir Europäer aber haben uns die Hände von Brüssel fesseln lassen, und das muss man dann auch mal so deutlich sagen. Die Frage, ob wir nun im Mittelstand zu einer Kreditklemme kommen werden, ist ein Glaubensbekenntnis. Ich glaube, dass die Einflussnahmen auf die Möglichkeiten der KfW dahin gehen werden, auch schon vor dem Hintergrund des ERP Sondervermögens, was in die KfW versenkt worden ist, dass man es sich

politisch nicht leisten wird, dass es zu Engpässen kommt. Gleichwohl, glaube ich, dass es insgesamt, was die Weltmärkte angeht, noch nicht das Ende der Fahnenstange ist. Also vorsichtige Schätzungen gehen von 1,6 Brd. aus. Und da bin ich dann bei dem Glauben an die Risikobeurteilung von Anlagen und Krediten. Also diese Vorstellung, dass man etwas als dreifach-A definiert und das dann keine Risiken mehr beinhaltet, so naiv ist, wie man eigentlich nur auf dem Schulhof sein kann, wenn man Kettenbrief spielt, und das haben wir alle mal gemacht. Und mein Argument an Hans Reich, der ja der große Promoter der Verbriefungsprodukte in Deutschland war, die ja keiner machen wollte, selbst die drei Bankenverbände haben gesagt, das brauchen wir eigentlich nicht, mein Argument an ihn war, lieber Herr Reich, das ist das Prinzip Kettenbrief. Am Anfang sieht das noch ganz gut aus und dann kommen die schlechteren Risiken. Da hat er gesagt, ich solle nicht so pessimistisch sein, man würde nur gute Risiken machen. Das hat ja in Deutschland auch eine Weile hingehauen, bis diejenigen, die keine Geschäftsmodelle im wirklichen Sinne haben, nämlich die Landesbanker, gesehen haben, jetzt gibt es ein Geschäftsmodell. Ich erinnere mich an Gespräche mit der HSH Nordbank, die dann gemeint haben, sie können jetzt, wie Herr Stiegler es heute Morgen so wunderbar formuliert hat, ich sage es anders, mit den großen Jungs in der Budelkiste spielen, er hat es ein bisschen deutlicher gesagt, mit dem Hund und dem Bein. Es ist im Grunde genommen tragisch, denn, wenn man nur ein Bruchteil der Gelder, die dort aufgrund der Idee versenkt worden sind, dass man also Renditen erwirtschaften kann, die weit jenseits der realen Wertschaffungsprozesse sind, wenn man nur einen Bruchteil davon in die nationale Ökonomie hätte fließen lassen, auch eingedenk, dass die Stückkosten für kleine Kredite natürlich höher sind als für große Kredite, dann hätten wir ja jetzt ein Problem, dass wir die überschäumende Konjunktur bremsen müssten. Und das Problem hätte ich ehrlich gesagt viel lieber als das, dass wir mitten dabei sind, in einen dramatischen Strudel der westlichen Ökonomien reinzurutschen. Und ich befürchte, ich sehe zwar auch immer das Glas halbvoll, das nicht mehr halbvoll ist.

Jochen Zurheide: Vielleicht Herr Fleischer oder Herr Haasis kurz dazu?

Heinrich Haasis: Mit dem ersten Teil bin ich voll einverstanden mit Ihnen, mit dem Zweiten nicht ganz. Sie müssen sich am internationalen Bankenmarkt ja auf Regeln verlassen. Und die Kategorisierung der drei großen Regeln ist eine, die international gilt unter Banken, sonst können Sie ja kein internationales Bankgeschäft mehr machen, wenn Sie das nicht akzeptieren. Und insoweit ist das ein Maßstab, der gilt, und der auch künftig gilt. Das Problem ist ja und das hat man noch nie erlebt, dass innerhalb ganz kurzer Zeit, zum Teil im Wochenrhythmus Bewertungen total zurückgenommen worden sind, und dass jetzt die Wertpapiere auch mit entsprechenden Abschlägen zu bewerten sind. Es wäre gar nicht möglich gewesen, stattdessen dieses Geld in Kredite unterzubringen. Es gab keine Kreditklemme. Im Gegenteil ist es so, dass der Kredit in Deutschland zu billig ist. Das wird uns immer vorgeworfen. Wir würden Kredite an Mittelständler viel zu oft geben. Es gab vor einem halben Jahr eine Diskussion, da hat ein Vertreter einer Privatbank gesagt, wir seien schuld, dass der deutsche Mittelstand so wenig Eigenkapital hat, und zwar weil wir die Kredite viel zu billig vergeben und deshalb sei es für den Mittelständler besser, einen Kredit aufzunehmen, als sein Eigenkapital einzusetzen. Damit wird die Eigenkapitalklemme, die es ja gibt beim deutschen Mittelstand, begründet. Da habe ich ganz andere Gründe: Steuer, Abschreibungen usw.. Richtig ist aber, dass der Wettbewerb hart ist und die Margen gering sind im gewerblichen Geschäft, siehe IKB. Die IKB hat ja, so liest man in der Zeitung, ich habe keine Insider-Kenntnisse, aber in der Zeitung liest man, dass sie in ihrem Kerngeschäft kein Geld verdient haben soll, obwohl die IKB angeblich alle guten Adressen in Deutschland hatte. Ich kann das nachvollziehen und glaube das

auch, weil da ein intensiver Wettbewerb herrscht. Also, Ihre Annahme, hätten die Landesbanken Kredite an den Mittelstand gegeben, dann hätte man jetzt eine schäumende Konjunktur, die kann ich nicht nachvollziehen. Also wir haben einen intensiven Wettbewerb im Kreditgeschäft. Und zur Verbriefung: Sie können sich ja nicht als international tätige Banken von dem Produkt verabschieden. Und Verbriefungen werden auch bleiben, davon bin ich überzeugt. Die ganz komplizierten Produkte werden sicher etwas nachlassen, aber sie werden bleiben. Und es wird umgekehrt im Privatbereich, im Wohnungsbau wieder eine Entflechtung geben, da wird man traditioneller arbeiten, weil der Kunde wieder Wert darauf legen wird, sowie wir auch gesagt haben, dass wir keine bedienten Kredite verkaufen werden, aber nicht in das zweigeteilte Modell gehen wie es die Commerzbank angekündigt hat mit Aufschlag und ohne Aufschlag. Deshalb begrüßen wir auch, was jetzt im Gesetzentwurf von Bundesministerin Zypries drinsteht. Da gibt es ein paar Überlegungen, Feinheiten wie Vorfälligkeitsentschädigungen, da sind wir anderer Meinung, da denke ich muss man drüber reden, aber dass hier eine Klarstellung erfolgt, im Grundsprinzip im Gesetzentwurf, damit sind wir einverstanden.

Jochen Zurheide: Herr Fleischer, noch ergänzen?

Peter Fleischer: Ja, ich stimme dem so zu. Ich möchte noch zwei Punkte ergänzen. Also das ERP Sondervermögen ist in die KfW eingebracht worden, ich wollte es nicht noch einmal wiederholen, weil sich damit das Falsche festsetzt, also es ist eingebracht worden und ich darf daran erinnern, dass in dem Zusammenhang 2 Milliarden Euro an den Bundeshaushalt abgeführt worden sind bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung von Förderumfang und Förderintensität des ERP-Sondervermögens, weil hier Synergien gehoben werden können. Es ja auch nach wie vor unbestritten, dass das weiterhin gewährleistet ist, wie wir im Übrigen auch unser eigenes Fördergeschäft, um das mal kurz zu sagen, unsere Planung nicht korrigiert haben. Ich sage, die Diskussion in den letzten Wochen um ein weiteres KfW-Rettungspaket hatte ja insbesondere damit zu tun, dass wir, die KfW, gesagt haben, wir können jetzt nicht noch ein zusätzliches Rettungspaket stemmen, denn sonst könnten wir unsere Planung so nicht mehr aufrechterhalten, nur um das deutlich zu machen. Der zweite Punkt, der mir wichtig ist, ist das Verbriefungsgeschäft. In der Negativauslegung hat das, wie wir das jetzt kennengelernt haben aus den USA einmal um den Globus rum, ein bisschen Ähnlichkeit mit einem Kettenbrief, aber das, was wir selbst machen, die KfW, weil Sie Herrn Reich zitiert haben, das Verbriefungsgeschäft, was wir machen, im Jahr 2006, hatte ein Volumen von 17 Mrd. und im letzten Jahr von 19 Mrd. Das nur mal zum Volumen und insofern stimme ich Herrn Haasis auch zu, das wird es auch weiter geben, das sind die sogenannten synthetischen Verbriefungen, aber ich will jetzt nicht technisch werden. Wichtig erscheint mir nur, dass das hochstandardisierte Transaktionen sind, wo deutsche, auch europäische, Wohnungsbaudarlehen, gewerbliche Immobiliendarlehen und insbesondere Mittelstandskredite verbrieft werden. Das heißt, wir arbeiten eben auch mit Banken zusammen. Die KfW muss auch für diese Banken ein Partner sein, und dann ist das Verbriefungsgeschäft, wie wir es betreiben, der Ausgangspunkt, dass wir auch dauerhaft mit diesen Instituten weiter zusammenarbeiten. Aber was mir wichtig ist, um auf unsere Portfolien zurückzukommen, die wir verbrieften, alles das, was da kalkuliert worden ist, was sozusagen an ersten Verlusten ausfallen würden, ist bislang so noch nicht eingetreten, d. h. diese Transaktionen, die insgesamt ein Volumen haben unterm Strich von rund 70 Milliarden, die sind ausgesprochen stabil. Die sind genau das Gegenmodell zu dem, was in den USA passiert ist. Also insofern, kein Kettenbrief.

Jochen Zurheide: Herr Poß, vielleicht zum Schluss, eine Frage, weil das jetzt ein paar Mal angesprochen worden ist, zwar nur als Randaspekt, aber dennoch wichtig ist bei der Krise. Brauchen wir bei den Rating-Agenturen mehr Validität? Wie können wir die schaffen? Oder haben wir da nicht das Problem, dass viele so immer durch die gleiche Tür rennen und uns das dann als irgendwas Valides verkauft haben, was es ja objektiv nicht ist. Muss da was passieren?

Joachim Poß, MdB: Ja, da haben wir die Diskussion, die ausgelöst wurde durch das, was sich seit dem letzten Sommer getan hat, und wir haben die Diskussion innerhalb der Rating-Agenturen selbst. Da haben wir zudem das Problem, dass wir nur drei oder dreieinhalb Agenturen haben, die sich um diese Geschäftsfelder kümmern, und die eben auch angelsächsisch dominiert sind. Und in Europa kam die Alternative, die gesucht wurde mit Hilfe der Politik aus welchen Gründen auch immer, nicht zustande die Gründe sind bekannt. Wir hatten ja schon eine kritische Diskussion über Rating-Agenturen im Zusammenhang mit der Bewertung deutscher Industrieunternehmen, so nach dem Motto, wir geben keine guten Ratings mehr. Da gab es ja einen Fall, Thyssen Krupp, der ziemlich bekannt wurde, und wo dann die Diskussion einsetzte, wie ist es eigentlich um die Unabhängigkeit dieser Rating-Agenturen bestellt, und was ist das eigentlich wert, dieses Rating, welches da vergeben wird. Auch da ideologisch ein wenig der Hintergrund, dass die ja dann verlangt haben, sich den besonderen Gesetzen des Kapitalmarktes stärker zu verantworten, als es im traditionellen Geschäft üblich war, und dann auch die besten Noten dafür zu vergeben. Vielleicht etwas vereinfacht ausgedrückt: Jetzt haben wir die Debatte auf allen Ebenen, international und auch national, aus denen Konsequenzen zu ziehen sein werden. Diese Rating-Agenturen kommen ja auch zur Politik und sagen, wir sehen ein, dass wir zu Änderungen kommen müssen und dass es schon ein Problem ist, trotz Firewall oder so, dass man nicht gleichzeitig Produkte schmiedet oder zusammenstellt und sich die Bewertung dieser Produkte vornimmt, um einen konkreten Punkt zu nennen. Das heißt also, die Diskussion, die vor Jahren eingesetzt hat, darüber wer eigentlich diejenigen kontrolliert, die eine solche Macht ausüben und die sozusagen die Geschäftspolitik ganz großer Unternehmen dominieren bzw. jedenfalls versuchen zu beeinflussen, geraten jetzt in Bewegung. Wenn die jungen Chicago Boys, die gerade von der Uni kamen, den CEOs die Empfehlung gegeben haben, welches Geschäftsmodell sie denn jetzt eigentlich fahren sollten, und dass sie vielleicht ein paar tausend Arbeitsplätze zu viel haben, um wirklich erfolgreich zu sein, also all diese Dinge stehen glaube ich jetzt auf dem Prüfstand. Die weisen darauf hin, dass sie ja eigentlich nur immer Prognosen abgegeben haben, jedenfalls entschuldigen sie sich fast, das wurde immer falsch verstanden. Also ich denke, jede Krise hat auch ihr Gutes, wenn diese Krise dazu führt, dass gewisse Mechanismen, die nicht nur von Vorteil waren auch für den Standort Deutschland, jetzt hier stärker hinterfragt werden und man zu neuen Regeln kommt.

Jochen Zurheide: Dankeschön an das Podium. Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihr Interesse. Wir sehen uns gleich in der nächsten Runde. Ich will jetzt hier kein Schlusswort machen. Nur ein Gedanken, den würde ich Ihnen noch mal ins Bewusstsein rufen. Wir haben mehrfach Brüssel und diese Ebene angesprochen. Ich glaube, es ist wichtig, dass nicht nur die Politik in Brüssel auftritt, sondern Sie mit Ihren jeweiligen Interessenvertretungen. Und dass Sie im Zweifel dafür sorgen, dass man in Brüssel gemeinsam auftritt für ein dreigliedriges Bankensystem, was ja offensichtlich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserem Land ist, dass man das da verständlicher macht. Ich glaube, dass haben wir heute hier noch einmal deutlich gesehen, und da können Sie mithelfen. Es wäre schön, wenn Sie es tun.

4. Podium

„Best-Practice-Ansätze – Unternehmensethik“

Jochen Zurheide: Meine Damen und Herren. Ich begrüße Sie zu unserer Schlussrunde, in der wir uns Gedanken machen wollen über die Unternehmensethik und die Frage stellen wollen, inwieweit die Ethik bei wirtschaftlichen Prozessen eine Rolle spielen kann oder nicht. Ich habe noch ganz lebhaft die Debatte in Erinnerung, die wir heute Vormittag geführt haben, als Herr Beilke darauf hingewiesen hat, wie denn das in seinem Unternehmen in seinem kleinen Ort ist, wo man die Drittklässler einlädt, das Unternehmen kennenzulernen und so etwas wie Vogelkästen zu bauen. Und ich glaube, ein besseres Beispiel für ethische und wirtschaftlich kluges Verhalten kann man eigentlich gar nicht finden.

Und einen zweiten Punkt will ich aufgreifen. Die Kollegin Weidenfeld hat uns ja die Frage zugeschoben, ob man in Deutschland sagen kann, ich will richtig reich werden. Ich will mal eine Antwort versuchen. Ich meine, man kann die Frage mit ja beantworten. Nur ist die Frage, womit will ich denn reich werden? Und dann wird es schon ein bisschen schwieriger. Mir fallen dann ganz unterschiedliche Dinge ein. Wenn ich einen Herrn Esser und Herrn Ackermann höre, als jemand der in Düsseldorf sitzt und den Mannesmann-Prozess mitverfolgt hat, dass während der Übernahmephase Werte geschaffen worden seien und es dann auch vernünftig sei, wenn man diejenigen, die mitgeholfen haben, die Werte zu schaffen, großzügig alimentiert, da habe ich persönlich ein Problem.

Denn meiner Auffassung nach war das eine Spekulationsblase und nicht mehr und in einer Übernahmephase auch keine ganz große Kunst, und dass dann noch zum Maßstab für richtige Boni zu machen, kann man problematisch finden. Gegenbeispiel könnte in diesen Tagen vielleicht Porsche sein, ein Unternehmen mit Schwierigkeiten, was sich dann aber durch unternehmerische Entscheidungen in eine andere, in eine positivere Richtung entwickelt hat und wo derjenige, der das maßgeblich vorangetrieben hat, kräftig profitiert, wo aber auch, wenn ich das richtig sehe, an die Belegschaft ein erheblicher Teil des Gewinns, des Zuwachses ausgeschüttet wird. Ich glaube, so einen Fall wird man dann wieder anders behandeln. Es kommt eben doch auf den Einzelfall an, ob man diese Frage mit ja oder mit nein beantwortet. Aber ich bin ja hier nur der Moderator. Ich soll nur die Fragen stellen, und das werden wir dann gleich auch etwas intensiver tun. Auch hier gilt natürlich die Bitte, dass Sie herzlich aufgefordert sind, sich zu beteiligen an der Diskussion.

Eine ganz kleine Programmänderung haben wir. Wir sind hier im Bundestag, und diejenigen, die hier auf dem Plan stehen, haben Verpflichtungen. Klaus Brandner kann leider nicht hochkommen, weil er gerade Präsenzpflcht im Plenum hat. So etwas gibt es im Parlament, und er kann deshalb leider nicht an unserer Diskussion teilnehmen. Aber das muss kein Nachteil sein, weil wir ja mindestens noch eine weitere Person in unserem Plenum hier haben, die sowohl politische Verantwortung getragen hat, die aber auch die unternehmerische Seite kennt, insofern begrüße ich Claudia Martini ganz herzlich und bitte sie als erstes zu uns. Wir beide werden mal den Aufschlag und den Auftakt hier versuchen. Herzlich willkommen, Frau Martini.

Wenn wir jetzt einmal ganz grundsätzlich fragen: Ethisches Handeln in einem Unternehmen und in unternehmerischen Prozessen, ist das nur etwas für den Sonntag, wo man dann am Montag ganz anders herangeht? Oder gilt nicht eher der Satz, dass das, was ich sonntags tue, sich auch montags umzusetzen lohnt? Denn auf mittlere Frist, so wie wir das bei Herrn Beilke vorhin gehört

haben, kann auch ethisch verantwortbares Handeln sich unterm Strich lohnen. Wie ist Ihre Grundhaltung zu diesem Thema?

Claudia Martini: Meine Grundhaltung ist, Anständigkeit sollte eigentlich prinzipiell vorausgesetzt werden. Und zum Glück haben wir gerade im Mittelstand und beim Handwerk noch die tiefe Verwurzelung in der Region und mit den Mitarbeitern und man verhält sich eigentlich anständig, d. h. die Unternehmensethik ist vorhanden. Und in diesen Fällen ist das Sonntagsreden und das Montagshandeln auch identisch. Und so muss es auch sein. Ich wäre sehr dankbar, wenn manche Sonntagsrede nicht gehalten würde, aber montags besser gehandelt würde.

Deswegen ist der Mittelstand und hat der Mittelstand und das Handwerk auch Vorbildfunktion insgesamt für die Wirtschaft und aus dem Mittelstand heraus muss auch wieder eine Bewegung entstehen, die da heißt, es ist erstens richtig, sich richtig bzw. anständig zu verhalten. Zweitens, es ist wichtig, sich verantwortlich in der Region und zu den Mitarbeitern zu verhalten, und drittens, es ist auch durchaus anständig, Geld verdienen zu wollen, um auf die letzte Frage einzugehen, denn unserer Volkswirtschaft lebt davon, dass sie Mehrwert schafft, und Mehrwert schaffen heißt, Geld verdienen, und das muss auch so sein, damit nicht nur die einzelnen Unternehmen, sondern wir als Volkswirtschaft insgesamt in Deutschland und in Europa auch Bestand haben können, denn das ist die Basis für das Wohlergehen der Menschen in unserem Land.

Jochen Zurheide: Wenn wir uns jetzt den Prozess anschauen, innerhalb des Unternehmens. Wer muss Träger einer solchen Bewegung sein, die eine gewisse soziale Verantwortung und auch eine gesellschaftliche Verantwortung in das Unternehmen reinholt. Wie muss das organisiert werden?

Claudia Martini: Nach meiner Erfahrung und festen Überzeugung muss Unternehmensethik an der Spitze des Unternehmens verankert sein. Ein Unternehmen, das vom Kopf her nicht stimmt, wird in der Gänze nicht in Ordnung sein können. Deshalb muss Ethik, muss Corporate Social Responsibility, um einen neudeutschen Begriff zu verwenden, als Chefsache organisiert sein, und von dort aus muss es sich im Betrieb ausbreiten. Ich würde auch sehr dafür plädieren, dass mit den vielen Fragen, die mit Ethik dann verbunden sind, Stichwort Kommunikation, dass es eine zentrale Person im Unternehmen gibt, bei der die Fäden in dieser Organisation zusammenlaufen. Das ist sozusagen von der Organisation her, bitte nicht falsch verstehen, dass nur Einer ethisch sein muss und die Anderen nicht, aber die Organisation all der Maßnahmen, die unter Unternehmensethik intern und extern in die Kommunikation gebracht werden, sollte an einer zentralen Stelle zusammenlaufen.

Jochen Zurheide: Ist es so, dass der Staat so etwas verordnen kann? Vermutlich nicht, sondern es muss aus dem Unternehmen heraus wachsen. Welche Rolle messen Sie dem Staat und dem Unternehmen in diesem Prozess zu?

Claudia Martini: Die nationale und die internationale Gemeinschaft hat ja in vielfältigen Regelungen zum Thema Corporate Social Responsibility schon Maßstäbe aufgelegt, ob es der Global Compact ist, den Kofi Annan auf UNO Ebene installiert hat, ob es die ILO-Vorschriften sind, ob es EMAS ist, viele wären hier zu nennen. All diese Vorgaben sollten Leitlinien sein, die aber bitte nicht im Sinne von strenger Ordnungsgesetzgebung zu sehen sind, sondern freiwillig bleiben müssen. Und ich bin überzeugt, Anstand kann man nicht verordnen. Wer unanständig ist, wird

auch ein noch so anständiges Gesetz zu umgehen wissen. Es muss aus dem Wertebewusstsein des Unternehmens heraus wachsen. Daher plädiere ich sehr für die Freiwilligkeit in dieser Hinsicht, denn die kleinen und mittleren Unternehmen sind sowieso schon über dem Anschlag mit regulativen Dingen beschäftigt. Wir sprachen heute bereits über die Bürokratie. Es hat keinen Sinn, sich noch einmal zur Organisation von Unternehmensethik und Anständigkeit und sozialer Verantwortung im Betrieb mit einem riesigen Aktenpaket ausstatten zu müssen, das man abarbeiten muss. Die Zeit wäre viel sinnvoller mit der Kommunikation dieser Fragestellung in den gesellschaftlichen Raum hinein genutzt. Wenn der Chef eines Unternehmens den Kontakt zur örtlichen Politik, wie z. B. dem Gemeinderat oder Bürgermeister, sucht und sich in das soziale Geschehen seiner Umgebung einbringt, dann ist diese Zeit sinnvoller für das Unternehmen verbracht als am Schreibtisch zu sitzen und irgendwelche Formulare ausfüllen zu müssen, nur um zu beweisen, dass man CSR auch richtig umsetzt.

Jochen Zurheide: Jetzt haben Sie mehr als einmal die Kommunikation innerhalb eines Unternehmens angesprochen. Wie muss man so etwas organisieren, und wie nachhaltig muss das sein? Ich erinnere mich, wenn ich bei uns ins das Gebäude des WDR in Düsseldorf gehe, dann steht dort auf einer Tafel u. a. der Satz: Jeder Cent transparent. Die Intendantin ist jetzt nicht hier. Ich könnte noch andere Beispiele bringen, dass das nicht so ganz stimmt. So etwas schockiert mich eigentlich, dass Kommunikation offensichtlich nicht immer mit dem übereinstimmt, was man da wirklich so sagt. Also wie gesagt, das streichen wir hier wieder aus dem Protokoll. Aber das ist ein Beispiel, wo ich glaube, dass sei nicht so gelungen. Es muss also stimmen, was man sagt. Wie kriegt man das hin?

Claudia Martini: Die Kommunikation nach innen über die Ziele und Ideen, die sich das Unternehmen in Sachen Soziales, Umwelt und Wirtschaftlichkeit gesetzt hat, müssen in der Belegschaft bekannt gemacht werden. Deswegen die interne Kommunikation. Die gleiche Botschaft, die nach außen geht, muss auch nach innen gehen. Da darf kein Widerspruch herrschen. Information und Kommunikation muss aus einem Guss sein. Das ist das Erste. Das Zweite ist, dass diese Kommunikation langfristig angelegt sein muss. Das heißt, dass ich, sofern noch nicht vorhanden, eine Kommunikationslinie aufbauen muss. Diese darf nicht beliebig abgebrochen und neu angefangen werden, sondern Verlässlichkeit in der Kommunikation ist das oberste Gebot. Denn nur dann entsteht wirklich Glaubwürdigkeit für das Unternehmen, auch hier der neudeutsche Begriff Reputation Management. Es hat keinen Sinn, nur im Falle eines Risikos plötzlich mit der Risikokommunikation zu beginnen, die nämlich nicht fruchten wird, wenn nicht die Öffentlichkeit und die Belegschaft das Gefühl hat, es wurde auch vorher schon mit uns gesprochen. Deshalb, Kommunikation aus einem Guss, sowohl nach innen als auch nach außen. Kommunikation langfristig anlegen, das heißt Vertrauensverhältnisse anlegen, sowohl in die Belegschaft als auch in die Öffentlichkeit, in die Gesellschaft hinein. Und drittens, diese Kommunikation nicht nach Belieben verändern, wenn gerade populistisch das eine oder andere Thema vorherrscht, denn das wird die Glaubwürdigkeit erheblich beeinflussen.

Jochen Zurheide: Und damit eine gewisse Ehrlichkeit haben auch möglicherweise wenn man Probleme hat. Wie kann man damit als Unternehmer umgehen, denn Sie haben es ja auch für ein Unternehmen mal getan, und da lief nicht immer alles so, wie man sich das gewünscht hat?

Claudia Martini: Ehrlichkeit in der Kommunikation ist extrem wichtig. Jeder weiß aus der Familie, dem Beruf oder Unternehmen, es ist nicht immer alles wunderbar. Fehler können passieren. Unternehmen, die behaupten, bei ihnen passiere grundsätzlich nie etwas, sind unglaubwürdig, weil es nicht der eigenen Erfahrungen entspricht. Obwohl man auch nicht jeden umgefallenen Eimer zur Tragödie erheben muss, sollte man doch mit der Einschätzung ehrlich sein und dies auch kommunizieren. Wenn nämlich dann etwas passiert, nehmen die Belegschaft und die Öffentlichkeit der Unternehmensleitung eine solche Kommunikation viel eher ab, weil man weiß, dass z. B. schon einmal auf ein Problem hingewiesen worden ist oder man dieser Problemeinschätzung einfach glauben kann, weil auch früher ehrlich kommuniziert worden ist. Das Schlimmste ist, wenn ein Problem erkannt wurde, so zu tun, als existiere dieses nicht. Wir wissen, auch dank Ihrer Kolleginnen und Kollegen, dass alles am Ende doch herauskommt, ob man jetzt die Bankenkrise nimmt oder etwas anderes. Es ist schlimmer, wenn ein Problem durch Recherche und Nachfragen an das Tageslicht kommt, als wenn die Geschäftsleitung und die Belegschaft sich gemeinsam vor die Presse stellen oder im Unternehmen eine Betriebsversammlung abhalten, um das Problem bekannt zu machen. Dann wird trotz des Problems die Glaubwürdigkeit erhalten, und man kann nach vorne schauen.

Jochen Zurheide: Jetzt haben wir bei Ihnen gelernt, dass es von der Spitze an gewollt werden muss, dass ein offener Dialog mit der Belegschaft stattfinden muss. Wie muss die Verantwortung organisiert werden? Muss das organisiert werden oder ist das dann ein Prozess, der von selbst abläuft?

Claudia Martini: Meiner Erfahrung nach ist es sinnvoll zu organisieren. Im Unternehmen eine Person, eine Stelle zu haben, bei der alle Kommunikation und das gesellschaftliche Engagement zusammenlaufen, damit immer einer im Unternehmen weiß, was gerade los ist. Das ist ganz wichtig. Das Zweite ist, dass man in regelmäßigen Veranstaltungen die Belegschaft informiert über den Stand der Dinge, über einzelne Fragestellungen. Es müssen nicht immer alle Mitarbeiter zusammenkommen, sondern das kann man auch abteilungs- oder bereichsbezogen machen, aber es sollte regelmäßig stattfinden und nicht nur einmal im halben Jahr. Der Kontakt zur örtlichen Politik sollte ebenfalls ein regelmäßiger sein. Es sollte möglich sein, als Unternehmer zum Bürgermeister zu gehen, um einfach und vor allem in regelmäßigen Abständen vorzusprechen, weil man z. B. der größte regionale Arbeitgeber ist und damit die politische Instanz eben auch weiß, was im Unternehmen so passiert. Es ist auch wichtig, dass die Politik, die Landräte, die Bundestagsabgeordneten usw. wissen, was passiert vor Ort, in der Region. Diese Erkenntnis würde dann nämlich von diesen Abgeordneten in deren jeweilige Gremien getragen, z. B. in eine Veranstaltung wie heute, was eine generelle Kenntnis der Dinge zur Folge hätte, aus welcher heraus Politik gestaltet werden kann und muss. Auch hier, ganz praktische, organisatorische Dinge.

Jochen Zurheide: Vielen Dank, Frau Martini, und nehmen Sie bitte auf dem Podium Platz. Ich freue mich, dass wir einen Unternehmer da haben, der einiges von dem tut, was wir gerade gehört haben. Herr Friedhelm Hinsenhofen, herzlich willkommen. Ich möchte jetzt mit Konkretem anfangen, vor allem mit Beispielen von Ihnen, von denen wir etwas lernen können. Bei Ihnen fielen zwei Dinge als Projekte auf. Da gibt es „Integration durch Sprachunterricht“ sowie ein Hilfsprojekt in Sri Lanka nach dem Tsunami. Warum machen Sie das?

Friedhelm Hinsenhofen: Zuerst ist die eigene Einstellung vorhanden. Dann versucht man die in Einklang mit dem zu bringen, was man in seinem Unternehmen tun möchte. Und wenn dann bei der Familie — wir sind ja ein Familienunternehmen — der Einklang da ist, dann versucht man, den nächsten Schritt zu tun, nämlich mit den nahestehenden Mitarbeitern darüber zu reden. Dann wird es auch sehr schnell umgesetzt. Der Sprachunterricht ist 2001 gestartet. Wir haben etwa 100 Mitarbeiter, die deutschstämmige Zuwanderer aus Russland sind. Obwohl sie die Arbeit, die wir von ihnen verlangen, exzellent ausführen, sprachen sie leider sehr schlecht deutsch. Jeder unserer Mitarbeiter ist aber letztendlich Repräsentant unserer Firma bei unseren Kunden, und die Sprache spielt hierbei eine wichtige Rolle. Dann haben wir mit einiger Burschikosität zunächst erfahren, dass die ganze Sache des Sprachunterrichts doch nicht so einfach ist. In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule haben wir an vier Orten in der Region Deutschkurse organisiert. Alle Mitarbeiter wurden einem Einstellungstest unterzogen und dann auf eine passende Kursstufe verwiesen. Allerdings ist es in dieser Volksgruppe z. B. nicht normal, dass die Tochter an einem Sprachkurs teilnimmt. Der Clanchef sagt dann einfach: Wozu brauchst du Deutsch? Mach deine Arbeit ordentlich und dann ist das Ding erledigt. Wir haben folglich sehr viel Überzeugungsarbeit leisten müssen.

Eine zweite Hürde war die Koordination der Mitarbeiter, dass also der passende Kurs für den Mitarbeiter am passenden Ort zur passenden Zeit angeboten wurde. Das waren also Schwierigkeiten, die wir dann aber letztlich überwinden konnten. Dies haben wir intensiv über vier Jahre gemacht; viele haben dann auch ein Zertifikat abgelegt, und es hat insgesamt dazu beigetragen, in dieser Gruppe als Arbeitgeber gut anzukommen. Diese Menschen akzeptieren uns als jemand, der es gut mit ihnen meint. Das ist ein ganz wichtiger Faktor. Wir machen das heute auch noch, dass Einzelne diesen Unterricht bekommen. Die Menschen kommen jetzt auch im Privatleben besser klar, weil sie merken, dass sie mit der Sprache doch etwas anrichten können, was ein sehr großer Erfolg ist.

Jochen Zurheide: Jetzt ist aber die Grundfrage: Tun Sie das, weil Sie ein Philanthrop sind, oder sagen Sie sich, dass das wichtig ist und gemacht werden muss, dass man aber nicht alles auf den Staat abschieben kann? Dazu braucht es also Eigenverantwortung. Oder gibt es andere Gründe, denn Sie haben ja auch gesagt, man bindet die dann mehr an das Unternehmen? Die Menschen sind motivierter. Was ist Ihre Motivationslage gewesen?

Friedhelm Hinsenhofen: Wir sind regional tätig und in unserem Fall liegt dieses soziale Denken nicht quer zum unternehmerischen, sondern ist ein Art Selbsterhalt. Wenn wir unseren Ruf aufrechterhalten, dann bekommen wir Aufträge. Man vertraut uns. Wir bauen auf Vertrauen und Sympathie, denn wir haben kein Produkt, welches wir verkaufen, sondern bieten eine Dienstleistung, die Gebäudereinigung, an. Die Menschen müssen uns vertrauen können, wenn sie uns in ihre Bank, ihr Geschäft oder ihre privaten Räume lassen. Insofern ist es kein Widerspruch, sondern schlichtweg nachhaltiges Denken, wie wir unser Unternehmen sichern können.

Jochen Zurheide: Wie reagieren Ihre Kollegen im Verband auf diese Dinge? Halten die Sie für verrückt?

Friedhelm Hinsenhofen: Vor 3 oder 4 Jahren war das in der Tat so. Man hat uns belächelt, war erstaunt, nahm uns aber auch nicht recht ernst. Bei uns äußert sich CSR ja in der Wertschätzung den

Mitarbeitern, der Gesellschaft und der Umwelt gegenüber. Wir haben in den letzten Jahren das Glück gehabt, dass wir in den Feldern Ausbildung, Gesellschaft, für das gesellschaftliche Engagement und auch für Umwelt ausgezeichnet worden sind. Gerade in der letzten Woche haben wir den Umweltpreis Nordwest gewonnen. Das ist schöner wie es nicht schön geht, weil man dadurch ja nicht nur glaubwürdig bleibt, sondern auch einen Stempel dafür bekommt. Diejenigen, die noch vor kurzem gelächelt haben, gratulieren uns jetzt und denken auch darüber nach, warum das alles so ist und dass das alles vielleicht doch nicht so schlecht ist.

Jochen Zurheide: Und jetzt sagen Sie uns, Sie haben auch noch Geld verdient?

Friedhelm Hinsenhofen: In unserem Gewerbe sind die Margen sehr klein. Wir arbeiten nach dem Prinzip, Intelligenz geht vor Geld. Es heißt ja, mit intelligenten Lösungen kann man häufig Geld sparen. Wir sind sehr innovativ. Dadurch verdienen wir zwar immer noch Geld, müssen aber sehr fein schauen, weil ja auch der vierjährige Sprachunterricht z. B. von uns ohne Fördermittel bezahlt worden ist, und das ist eben nicht so ganz einfach. Wir bekommen überwiegend Aufträge aus Ausschreibungen, welche wiederum überwiegend aus der öffentlichen Hand stammen. Diese, aber, zeichnet sich oft dadurch aus, dass sie nicht immer ganz lupenrein mit dem Thema umgeht. Wenn ich denn heute über Mindestlohn spreche, habe ich ja vielleicht ein anderes Herz, als wenn ich morgen einen Vertrag unterzeichnen müsste, mit welchem Stundensatz der auch immer versehen sein mag. Da können wir alle etwas dazulernen, vor allem um das ein bisschen gängiger zu machen. Es ist manchmal schwierig gewesen, aber wir haben es überstanden, uns geht es gut und wir werden es auch weiter tun.

Jochen Zurheide: Wo Sie das gerade ansprechen. Jetzt haben wir Sie natürlich hier als Beispiel für jemanden, für den ethische Fragen eine Rolle spielen, und der bewiesen hat, dass es auch funktioniert. Welche gesellschaftliche Unterstützung wüssten Sie sich denn, die Politik haben Sie gerade angesprochen? Wen haben Sie sonst noch so im Blick? Was müsste sich verändern, dass das noch allgemeingültiger wird, was Sie uns hier skizzieren?

Friedhelm Hinsenhofen: Um ehrlich zu sein, ist letzte Woche ein Wunsch für mich in Erfüllung gegangen, nämlich dass wir eine Anerkennung erfahren haben, aber auch öffentlich wahrgenommen worden sind. Das ist das Wichtigste, was wir brauchen. Wenn Sie etwas vervielfältigen wollen, dann bedarf es der allgemeinen Wahrnehmung und dass es darauf dann einige Überzeugte selbst versuchen. Das ist für uns das Wichtigste. In der Region haben wir erreicht, dass man uns wahrnimmt. Unser Kalkül ist damit aufgegangen, denn es war nie nur ein persönliches Anliegen, sondern auch eines des Unternehmens. Insofern habe ich jetzt keinen ganz deutlichen Wunsch außer vielleicht, dass man die kleinen und mittelständischen Betriebe ein bisschen aus dem toten Winkel der Politik herausholen soll, wozu dieser Tag ja auch gut beiträgt. Das ist glaube ich ausgesprochen notwendig, denn an vielen Stellen wird schon etwas Positives gemacht, aber es ist nicht so spektakulär, als wenn Siemens oder VW etc. etwas Gutes bzw. auch etwas nicht ganz so Tolles machen.

Jochen Zurheide: Da sind wir auch am Punkt. Das Bild wird nämlich nicht von Ihnen oder Ihresgleichen geprägt, sondern von den Einzelfällen wie Mannesmann. Zum Winkel ist jetzt ein weiteres Beispiel, bei dem auch wir Medien viel mitsteuern. Was bewegt Sie, wenn Sie von solchen

Beispielen erfahren? Oder sagen Sie, verdammt, jetzt können Sie mich mal adressieren, ihr Journalisten, schaut mal lieber bei mir hin?

Friedhelm Hinsenhofen: Das ist natürlich eine schwierige Frage, die Sie mir da stellen. Wer erlaubt sich schon, über solche Dinge zu richten? In der Tat ist es natürlich so, dass es uns fürchterlich ärgert, wenn solche Einzelfälle das ganze Thema in den Dreck ziehen. Frau Martini hat das Thema Kommunikation vorhin erwähnt. Das kann ich nur bestätigen. Die Kommunikation, intern wie extern, ist das wichtigste Thema dabei. Wir wissen, also alle, die sich damit auskennen, dass etwa 80 Prozent der Qualitätsprobleme — in welcher Branche auch immer — Kommunikationsproblem sind. Wenn man das also überträgt auf dieses Thema, ist die Kommunikation das wichtigste Mittel um viel sicherzustellen und richtig zu machen. Wir ärgern uns dann, wenn es solche Seitenschüsse gibt, auch im Kleinen ist das übrigens so. Also dort, wo wir leben, da haben wir, auch wenn wir ein kleines Unternehmen sind, im Ort den Betrieb mit den meisten Mitarbeitern. Das heißt, in den Augen unseres Umfeldes sind wir nicht klein, sondern da gehören wir eigentlich mit in die Kiste derer, die sich bereichern. Deshalb ist es für uns sehr wichtig, in der Region viel dafür zu tun, dass man einen anderen Blickwinkel auf diese Dinge bekommt oder dass man zumindest eine Alternative gezeigt bekommt.

Jochen Zurheide: Wir haben Ihnen gerne zugehört. Bitte nehmen Sie in der Runde Platz. Jan Dannenbring ist hier bei uns als Vertreter des Handwerks, und das ist natürlich ganz besonders wichtig, Handwerk in dem Zusammenhang anzusprechen. Ich knüpfe nahtlos an an das, was Herr Hinsenhofen gerade gesagt hat. Wir müssen so ein bisschen aus dem toten Winkel herauskommen. Ich glaube, das ist etwas ganz wichtiges. Nur wie schafft der einzelne Handwerker das, wenn er vielleicht nicht so einen Impetus hat, wie wir das gerade gehört haben? Was muss die Gruppe selbst dazu beitragen, um das bekannter zu machen, was da alles so passiert?

Jan Dannenbring: Ich glaube, Sie haben da ein ganz wesentliches Problem angesprochen, was das gesellschaftliche Engagement von Handwerksbetrieben oder überhaupt von kleinen und mittleren Betrieben angeht. Es passiert schon seit Jahrhunderten sehr viel in diesem Bereich, gerade im Handwerk. Der deutsche Mittelstand ist sehr stark sozial und gesellschaftlich engagiert, aber er spricht zu wenig darüber. Tue Gutes und sprich darüber, das muss sozusagen die Maxime sein. Aber das ist etwas, was bei den kleinen Handwerksbetrieben noch nicht angekommen ist. Sie tun sehr viel Gutes, aber sie nutzen es nicht für ihre betriebswirtschaftlichen und geschäftlichen Zwecke. Das unterscheidet sie auch von den Großunternehmen, die teilweise schon sehr aktiv mit ihrem CSR-Engagement werben. Ich denke dabei nur an die eine oder andere Werbung im Fernsehen eines großen Bierproduzenten, wenn man einen Kasten Bier gekauft hat, dann hat man einen Quadratmeter Regenwald geschützt.

So etwas wäre im Handwerk undenkbar, und insofern ist es, glaube ich, ganz wichtig, dass mehr über das Engagement im Handwerk geredet wird. Da ist sicherlich zum Einen die Politik gefordert, zum Anderen aber auch die Handwerksorganisationen, sowohl die Kammern, als auch die Fachverbände. Auch der Zentralverband des deutschen Handwerks kümmert sich jetzt schon seit Jahren sehr viel intensiver um das Thema CSR. Wir haben uns beispielsweise beteiligt an einer Kampagne der europäischen Kommission, die hatte den schönen Titel: „Awareness-Raising for CSR in Small and Medium-Sized Enterprises“. Allein der Titel hat dazu geführt, dass viele Nachfragen gekommen sind, weil die wenigstens Unternehmer bei uns im Handwerk verstanden hatte, was

damit überhaupt gemeint war. Nichtsdestotrotz war diese Kampagne, an der sich bundesweit zehn Handwerkskammern beteiligt haben, eigentlich sehr erfolgreich, weil damit dieses Thema gesellschaftliche Verantwortung, CSR, gesellschaftliches Engagement, eben in die Breite getragen worden ist. Es wurde darüber gesprochen. Die Unternehmer hatten die Gelegenheit über ihr Engagement zu reden. Die lokale Presse war bei diesen örtlichen Veranstaltungen anwesend, hat darüber berichtet. Ich glaube, das ist auch die beste Möglichkeit, um das soziale Engagement zu verbreiten. Es geht darum, die Augen zu öffnen. Es geht darum, dass Unternehmer, die sich bisher eher zurückhalten, positive Beispiele sehen und sich dann denken, wenn der das kann, kann ich das auch, dann machen wir das. Dagegen, wenn der Staat dort eingreift, sei es auch wohlmeinend, dann kann das sehr schnell in faktische Reglementierung umschlagen.

Jochen Zurheide: Wie wirken denn die Beispiele, die man diskutiert, wie wirken die auf die Gruppe, die Sie vertreten?

Jan Dannenbring: Jetzt meinen Sie die von den Großunternehmen? Zum Winkel und Konsorten sozusagen. Das ist etwas, was man auch nicht überbewerten sollte. Ich glaube schon, dass in der Öffentlichkeit mittlerweile auch ein Bewusstsein entstanden ist, dass es auf der einen Seite CSR bei den Großunternehmen gibt und dass diese ganz anderen Gesetzmäßigkeiten folgt, als das gelebte, bürgerschaftliche Engagement der kleinen Unternehmen vor Ort. Und insofern ist es für uns trotzdem sehr bedauerlich, dass es immer wieder solche Einzelfälle unter den Großunternehmen gibt. Wir alle sollten aber davor zurückschrecken, hier eine Pauschalierung vorzunehmen, aber nichtsdestotrotz besteht die Gefahr, dass aufgrund dieser Einzelfälle das Unternehmertum insgesamt in Verruf gerät. Aber ich hoffe, dass eben durch die Sensibilisierung in der Öffentlichkeit eben diese durchaus weiß, dass es einen Unterschied gibt zwischen dem gelebten, sozialen Engagement in Kleinunternehmen und dem ganz anderen Engagement in Großunternehmen.

Jochen Zurheide: Was sind denn die Unterschiede aus Ihrer Sicht zwischen den Kleinen und den Großen, z. B. dass die Großen im Zweifel auf Stabsabteilungen vertrauen, während die Kleinen vom Vorbild des Unternehmers leben? Was sehen Sie an Unterschieden?

Jan Dannenbring: Ich glaube, das Letztere ist das Entscheidende. Im Handwerk haben wir zu 90 Prozent inhabergeführte Betriebe. Das heißt, der Unternehmer selbst steht für das Wohl des Unternehmens ein. Das ist das Eine. Zum Anderen haben wir im Handwerk, im ZDH, 950.000 Handwerksbetriebe, die im Durchschnitt 6 Mitarbeiter haben. Es besteht ein tägliches Miteinander oder ein täglicher Austausch zwischen dem Inhaber und den Mitarbeitern. Er weiß also genau, wo der Schuh drückt, und kennt die Probleme der Mitarbeiter. Und das ist, glaube ich, ein entscheidender Unterschied zu den Großunternehmen. Wir haben keine Manager mit Fünfjahresverträgen, die auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sind, sondern das ist eine lebenslange Aufgabe, die im Handwerk die Unternehmer durchführen. Zusammen mit der örtlichen Verwurzelung in der örtlichen Gemeinschaft wird dieses Engagement ganz anders gelebt, als im Großunternehmen wo es sehr viel mehr Teil des Business Case geworden ist. Es ist Teil des Geschäfts, das die machen. Es wird für Werbezwecke genutzt, was ja auch gar nicht verwerflich ist, aber es besteht dann doch immer die Gefahr, dass es eben nur deswegen gemacht wird und nicht eben aus eigenem Impetus.

Jochen Zurheide: Letzter Punkt. Was wüschteten Sie sich von der Politik? Oder soll die Politik sich heraushalten? Ist das ein Prozess, ein Selbstläufer? Weiß die Gruppe das? Wie ist da die Rollenverteilung?

Jan Dannenbring: Ich glaube, Frau Martini hat die entscheidenden Stichpunkte schon genannt. CSR ist eine freiwillige Veranstaltung. Es muss aus der persönlichen Überzeugung der Unternehmer erwachsen, wie das auch Herr Hinsenhofen sehr deutlich dargestellt hat. Insofern bin ich zu tiefst der Überzeugung, dass der Staat sich auch bei der Förderung von CSR weitestgehend zurückhalten soll. Jede Förderung beinhaltet auch sehr schnell auf der anderen Seite eine Reglementierung. Insofern ist es auch ganz schwierig, sich zu überlegen, wie man sozial engagierte Unternehmen fördern kann? Wie definiert man sozial engagierte Unternehmen? Was ist ein gutes Unternehmen? Das ist ein großes Problem, was wir auch immer wieder in der politischen Debatte gerade auch auf europäischer Ebene haben, wo es durchaus auch Überlegungen gibt, gerade im EU Parlament gibt es die Überlegung immer wieder, z. B. CSR-Gütesiegel einzuführen. Warum möchten wir kein CSR- Gütesiegel haben? Einfach weil unklar ist, anhand welcher Kriterien wir ein sozial engagiertes Unternehmen definieren können. Wie überhaupt kann man die Wertigkeit von sozialen Aktivitäten bestimmen? Wer darf sich da zum Richter aufschwingen? Ich glaube, das ist eine ganz entscheidende Problematik und um ein ganz aktuelles Beispiel zu nennen, die Internationale Standardisierungsorganisation (ISO), die hat schon seit drei Jahren ein Projekt laufen, dass sie eine Anleitungsnorm für die soziale Verantwortung von Organisationen auf den Weg bringen will.

Jochen Zurheide: Waren das Deutsche, die das gemacht haben?

Jan Dannenbring: Nein; ganz im Gegenteil. Die deutsche Wirtschaft hat sich sogar vehement gegen diese Projekt gestemmt. Das ist aber leider im Rahmen der ISO überstimmt worden, und überhaupt kommt ja die gesamte CSR-Debatte verstärkt aus dem angelsächsischen Bereich. Und diese Länder haben dieses Projekt ganz maßgeblich angeschoben, und jetzt ist ISO seit über drei Jahren dabei, eine Anleitungsnorm über die soziale Verantwortung von Organisationen zu erarbeiten. Das Projekt hat den Titel ISO 26.000. Sie kennen ISO 9.000, sie kennen ISO 14.000. Im Unterschied zu den genannten soll es kein Managementstandard sein, sondern nur eine Anleitungsnorm. Aber es geht eben in die Richtung einer Standardisierung von CSR. Und das kann nicht der richtige Weg sein, dafür ist das soziale Engagement viel zu vielfältig. Gerade im Handwerk gibt es so unterschiedliche Arten von sozialem Engagement, dass eine Norm das gar nicht abdecken kann und insofern sehen wir diese Entwicklung mit großer Skepsis.

Jochen Zurheide: Der Markt soll es richten und diejenigen, die es tun, sollen mehr darüber reden. Das haben wir bei Ihnen gelernt. Herzlichen Dank, Herr Dannenbring. Wie sieht es aus, ich weiß es ist schon ein bisschen spät. Wir haben eine Menge gehört. Aber dennoch gibt es vielleicht Hinweise, die eine oder andere Frage zum Thema, darf ich Sie noch einmal zum Schluss bitten. In der Pause haben Sie immer gesagt, wir wollen mehr diskutieren, ich habe gesagt, gerne, aber dann müssen Sie sich auch melden. Wunderbar, das hat gewirkt.

Veranstaltungsteilnehmer 1: Mein Name ist Dirk Roggenbuck. Ich führe mit meinem Partner zusammen zwei Unternehmen, im Medizinproduktebereich. Wir haben ungefähr 30 Angestellte. Ich muss Ihnen sagen, ich bin ein bisschen erstaunt über den Fakt, dass wir hier über Ethik in der

Unternehmensführung bei kleinen und mittelständischen Unternehmen überhaupt diskutieren. Ich weiß nicht, was für ein Weltbild die SPD-Fraktion in dieser Hinsicht hat. Für mich ist das einfach ein Fakt, der existiert. Denn, wenn Sie ein kleiner oder mittelständischer Unternehmer sind, kommen Sie ohne soziale Kompetenz gar nicht aus. Ein Unternehmen, welches nicht mit sozialer Kompetenz geführt wird, kann nicht überleben. Ich denke, das kann man als Fakt hinnehmen, und muss dies nicht noch einmal hier diskutieren. Ich habe eher das Gefühl, dass hier über Dinge diskutiert wird, die real existieren. Wir sind aber hier, um darüber nachzudenken, was die Politik tun kann, was die SPD-Fraktion ändern kann, dass wir vielleicht mehr in diese Richtung gehen.

Wir sind auch auf dem internationalen Markt tätig, und wir müssen mit der Globalisierung kämpfen mit unseren Mitteln irgendwie versuchen, dort klar zu kommen. Sie versuchen mit Ihren nationalstaatlichen Möglichkeiten Politik zu machen, Globalisierungsprobleme zu lösen. Das ist sehr schwierig, und ich habe da auch keine Rezepte für Sie. Aber alleine der Ansatz, den Herr Schultz hier gebracht hat, mal mehr mit den kleinen und mittelständischen Unternehmern zu reden, kann ich nur befürworten. Wenn dieser Mittelstandstag 1964 stattgefunden hätte, hätte ich ja fast noch Verständnis dafür gehabt, aber jetzt im Jahr 2008 frage ich mich doch, ist das eine neue Politik, die von der SPD zu erwarten ist? Aber wir haben ja heute von Herrn Stiegler gelernt, dass das der Ursprung der SPD ist. Von daher hätte ich mir auch gewünscht, dass hier mehr kleinere Unternehmer mit anwesend gewesen wären, um diese ganze Diskussion mit zu befruchten. Ich habe das Gefühl, hier sind sehr, viele Unternehmerverbände usw. anwesend, die natürlich sehr aufmerksam zu hören, aber hier wirklich die Themen der kleinen Unternehmen mit hineinzubringen, das hat mir etwas gefehlt.

Jochen Zurheide: Da wird Herr Schultz gleich darauf antworten, das hat er schon notiert. Gibt es noch Fragen, oder Frau Martini, wollen Sie noch einmal einen Versuch wagen?

Claudia Martini: Sie haben hoffentlich entnommen, es ist das Normale, dass man anständig ist. Das ist nach wie vor die tiefe Überzeugung, nicht nur meine persönliche, sondern der Sozialdemokratie, und wir wollen genau das wieder stützen und fördern, dass wir mehr darüber sprechen und dass Unternehmensethik eigentlich die Basis der Miteinanderwirtschaftens und des Mitein角度nehmens ist. Und was Sie aus Ihrem eigenen Betrieb sagen, kann ich absolut nachvollziehen und ich darf Ihnen auch gute Wünsche für das wirtschaftliche Fortkommen Ihres Betriebs übermitteln. Ich glaube, weshalb wir zu dieser Frage bei dem Mittelstandstag heute sprechen, ist, dass wir genau den Punkt wieder stärker in den Mittelpunkt der Diskussion stellen wollen.

Also wir wollen über das Positive reden und uns in der Gesamtheit des unternehmerischen und politischen Handelns nicht von den Negativbeispielen, die die Presse natürlich stärker beherrschen als die guten Beispiele, von der Spur bringen lassen. Und wenn wir über Unternehmensethik sprechen, dann auch deshalb, um deutlich zu machen, es lohnt sich, sich richtig zu verhalten. Beispiele sind genannt worden. Es lohnt sich, mit der Belegschaft zusammen etwas auf die Beine zu stellen. Es lohnt sich auch wirtschaftlich, die Nachhaltigkeit zu berücksichtigen, also sich ökonomisch, ökologisch und sozial richtig aufzustellen. Denn Sie erinnern sich sicher alle noch an die Zeit, als der Gegensatz aufgebaut wurde zwischen dem ökologisch Richtigem und dem ökonomisch Richtigen, als immer so getan wurde, dass wenn man das Eine tut, man das Andere nicht machen kann. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Auf die Dauer wird nur das Unternehmen erfolgreich sein und sich auf dem Markt auch wehren können, das sich im Einklang mit diesen drei Säulen der

nachhaltigen Entwicklung bewegt. Und was wir zur Zeit sehen, sind ja genau die Beweise dafür, dass kurzfristiges Denken, das zu stark am Kapitalmarkt orientiertes Denken, das die anderen Fragestellungen nicht mitberücksichtigt zwar kurzfristig zu durchaus wirtschaftlichen Erfolgen in bestimmten Kreisen führt, aber auf die Dauer größere Fehler und größere Nachteile nach sich zieht. Ich weiß wie schwierig das ist. Sie müssen sich alle in diesem internationalen Wettbewerb behaupten und bestehen, aber es gibt zunehmend viele gute Beispiele. Und ich sage sowohl aus meinem beruflichen Hintergrund heraus, als ehemaliges Vorstandsmitglied der Adam Opel AG, als auch als Umweltministerin in Rheinland-Pfalz, dass die Betriebe, die sich rechtzeitig richtig aufgestellt haben, betriebswirtschaftliche Vorteile hatten und die, die es als Erste getan haben, einen Vorsprung auf dem Markt hatten. Insofern ist eigentlich alles zusammenzubinden und dass die SPD mittelstandsorientiert ist, ist heute Morgen ja schon gesagt worden, da brauche ich nichts weiter hinzuzufügen.

Jochen Zurheide: Gibt es Fragen, Anregungen, Wortmeldungen, Herr Hinsenhofen?

Friedhelm Hinsenhofen: Ich denke, dass es wichtig ist, noch mal zu sagen, dass ich alles teile, was Sie gesagt haben. Ich glaube, es ist schon wichtig, sich hier heute noch mal deutlich darüber zu unterhalten. Der Ursprung oder die Fähigkeit, Ethik in Unternehmen zu verwirklichen, ist, die Bodenhaftung und die Basisorientierung wieder hinzubekommen. Jetzt sind das ja keine Fähigkeiten, zumindest nach meiner Kenntnis, die wir in den vergangenen Jahren wahnsinnig geprägt haben, sondern da waren ja andere Ziele voran, also insofern ist es schon sehr wichtig, dass man das auch wieder ein bisschen nach vorne trägt und dass wir alle ein bisschen auch wieder die Demut lernen, die in manchen Lebenslagen ja doch ganz erheblich hilft, so habe ich es zumindest erfahren. Und wenn ich das noch anmerken darf als kleiner Spaß, Herr Schultz, Sie haben mich eingeladen. Bei der Vorarbeit zu dem heutigen Tag ist mir aufgefallen, dass Minister aus dem Lateinischen kommt und „dienen“ heißt, also auch da gibt es natürlich eine Nähe. Ich sage mal, dienen hat etwas mit Wertschätzung zu tun, und schon sind wir wieder bei diesem Thema.

Jochen Zurheide: Herzlichen Dank. Gibt es Fragen, Anregungen? Bitte schön.

Veranstaltungsteilnehmer 2: Matthias Gouthier von der European Business School. Ich möchte gerne den wichtigen Link herstellen zwischen Engagement für die Mitarbeiter und eben der Performance von Mitarbeitern. Sie hatten angesprochen, Wertschätzung, Anerkennung, was treibt denn in dem Sinn einen Inhaber, einen Unternehmer aus dem Mittelstand? Den treibt voran der Stolz auf die eigene Firma, auf das Produkt oder die Dienstleistung, diese permanent zu verbessern. Und diesen Stolz, den gilt es weiterzugeben an die Mitarbeiter. Wie können wir das schaffen? Das können wir schaffen eben dadurch, dass wir diesen Mitarbeiter anerkennen, wertschätzen, dass wir gesellschaftliches Engagement in der Region zeigen. Das treibt eben wiederum den Stolz der Mitarbeiter auf das Unternehmen, auf die Tätigkeit. Und das ist wiederum wichtig, weil dieser Stolz in dem Sinne, den Mitarbeiter zufriedener macht. Die Mitarbeiter werden an das eigene Unternehmen gebunden. Und da habe ich selbst eine Studie zu gemacht, Sie können diesen Wirkeffekt wirklich aufzeigen, und das Interessante für die Unternehmer ist, dass sich diese höhere Loyalität wiederum in einem besseren Arbeitsengagement niederschlägt. Von daher bringt es auch was, sich entsprechend zu engagieren, dass die Mitarbeiter und eben nicht nur der Unternehmer stolz auf das eigene Unternehmen sind.

Jochen Zurheide: Herzlichen Dank. Herr Dannenbrink, wollen Sie das noch ergänzen?

Jan Dannenbrink: Ich kann das nur unterstützen, was gerade gesagt wurde. Ich glaube, gerade in der Diskussion um CSR wird viel zu oft auch auf die Effekte gegenüber Dritten, also dem Verbraucher und dem Staat, geschielt. Aber letztlich ist CSR ein ganz entscheidendes Motivierungselement und -faktor für den Betrieb selbst und für die Mitarbeiter im Betrieb. Das haben wir auch im Handwerk immer wieder festgestellt. Die Unternehmen, die sich sozial engagieren, haben auch ein besonderes Verhältnis zu den Mitarbeitern und die Mitarbeiter sind stolz, wenn sie sich sozusagen engagieren können und damit auch die Identifikation zu ihrem Unternehmen verstärken können. Wir haben z. B. ein Projekt durchgeführt mit dem Baugewerbe, das heißt Kids Klinik und das sieht so aus, dass sich Handwerksbetriebe vor Ort engagieren, um die Kinderabteilungen in Krankenhäusern kindgerecht zu gestalten, insbesondere, in dem sie es kindgerecht anmalen. Ein Projekt, das in erster Linie vom Malerhandwerk durchgeführt wird. Und der Effekt war nicht nur, dass die Kinder sich darüber freuen und die Krankenhäuser, sondern vor allen Dingen, dass die Mitarbeiter der teilnehmenden Unternehmen sich sehr stark mit dieser Zielsetzung identifizieren und es einfach gut finden, dass die Handwerksbetriebe vor Ort sich an diesem Projekt beteiligen. Und das dient letztlich auch langfristig dann dem Geschäftserfolg dieser Unternehmen.

Jochen Zurheide: Ich werfe noch einmal den Blick in die Runde. Bitte schön.

Veranstaltungsteilnehmer 3: Mein Name ist Kosawe. Ich bin Inhaber eines Anlagenbauunternehmens in Sachsen-Anhalt. Schon die Tatsache, dass ich ein Unternehmen in den neuen Bundesländern aufgebaut hatte und dass es damals noch andere Schwierigkeiten gab, als jetzt diese Globalisierung Europas, wie das Zusammendriften zweier deutscher Blöcke, die erst mal zusammen leben lernen mussten. Inzwischen ist es für uns dadurch vielleicht auch leichter, die Globalisierung mit zu gestalten. Aber was ich von dem heutigen Tag mitbekommen habe, ist eigentlich Eines: Es ist heute der erste Tag der Mittelständler, den die SPD-Bundestagsfraktion durchführt, der Erste, und das ist eigentlich auch ein Zeichen dafür, dass auch die Politiker zurückkommen zu den Wurzeln, back to the roots, weil man sich als Politiker auch gerne mit Großunternehmen gezeigt hat, das war alles sehr einfach. Inzwischen haben diese Großunternehmen nicht mehr unbedingt den Standort Deutschland so lieb. Wir, als Klein- und Mittelständler, sind traditionsbewusst. Wir wollen hier am Standort was schaffen. Wir stehen dahinter. Wir bringen natürlich auch Seriosität mit in die Orte, in denen wir arbeiten, Arbeitsplätze bringen, da leben davon Sportvereine, da leben davon Traditionsvereine, die von uns gesponsert werden, und ich denke schon, hier muss tatsächlich wieder mehr Unterstützung kommen. Die Politiker werden sich in Zukunft sicherlich wieder lieber mit mittelständischen Unternehmern ablichten lassen, als dass sie nur an die Großen herangehen. Das möchte ich eigentlich von diesem heutigen Tag mitnehmen. Danke.

Jochen Zurheide: Das war eine Vorlage für Herrn Schultz. Gibt es noch Fragen, Hinweise? Da gibt es noch welche. Die wollen wir gerne alle sammeln. Bitte schön.

Veranstaltungsteilnehmer 4: Mein Name ist Joachim Bohr. Ich habe bis vor kurzem ein mittelständisches Unternehmen geleitet. Heute bin ich nur noch ein freier Mensch. Und muss deshalb auch keine Rücksicht mehr nehmen. Frau Martini, Sie haben etwas gesagt, bzgl. der Freiwilligkeit oder Nichtfreiwilligkeit von Ethik. In der Psychologie nennt man das, glaube ich, ein Double-Bind. Sei bitte so, wie ich das gerne möchte, aber tu es bitte freiwillig. Und Paul Watzlawick hat

nachgewiesen, dass Double-Bind geradewegs in die Schizophrenie führen können. Und das Stichwort Schizophrenie führt mich dann dazu, zu fragen, und kritisch anzumerken, wie weit ist es denn eigentlich mit dieser Schizophrenie tatsächlich bestellt ist? Wenn z. B. die kleinen und mittelständischen Unternehmen immer wieder beklagen, dass die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand sowohl was die Summe als auch die Zeiten oder Termine angeht, manchmal sehr zu wünschen lässt. Oder die Frage, garantierter Mindestlohn und auf der anderen Seite, wie werden dann die Verträge im kommunalen Bereich ausgehandelt?

Ich könnte noch ein Stück weitergehen und fragen: Ist es nicht ein bisschen Heuchelei, wie jetzt über Siemens hergefallen wird? Glauben Sie denn, dass in diesen Ländern, in denen eine Praxiskultur herrscht, ein Unternehmen wie General Motors seine LKWs und PKWs verkauft? Haben die vielleicht andere Argumente, nehmen die den CIA in die Pflicht, um die Briefumschläge zu überreichen? Oder wie soll das eigentlich gehen? Also, ich glaube, wenn wir über Ethik reden, müssen wir doch auch einmal über die andere Seite reden. Wie ist das denn überhaupt tatsächlich? Geht das? Und Bert Brecht hat ja mal ein schönes Theaterstück darüber geschrieben „Der gute Mensch von Sezuan“ — und da sehen Sie, wie Schizophrenie sich in der täglichen Realität auswirkt. Ich denke also, wenn wir über die Ethik reden, müssen wir auch über die Schattenseiten reden, nämlich da, wo wir vielleicht im Zwang stehen, für Mitarbeiter einen Arbeitsplatz zu erhalten und dann etwas zu tun, was uns eigentlich widerstrebt. Diese Handlungsweise uns möglicherweise von anderen aber aufgezwungen wird, weil wir die Welt nicht so gestalten können, wie wir sie gerne hätten, weil wir gar nicht diese Eingriffsmöglichkeiten haben. Also, wo ist denn da die Grenze?

Und noch einmal zurück zu dieser Freiwilligkeit. Ich kann das ja verstehen. Jeder Unternehmer, jeder Geschäftsführer fühlt sich von viel zu vielen Gesetzen umzingelt und ist in diesem Punkt unliberal. Aber auf der anderen Seite, wenn mein Gegenüber, mein Geschäftspartner, oder noch viel schlimmer, mein Konkurrent sich überhaupt nicht an ethische Strukturen hält, was tue ich dann? Muss ich dann mit ihm mitheulen oder großmütig eingehen? Ich denke, so einfach, wie es jetzt hier gerade dargestellt worden ist, ist das Thema nicht. Vielen Dank.

Jochen Zurheide: Frau Martini, versuchen Sie mal eine Antwort.

Claudia Martini: Ich fange mit dem Letzten an. Ich glaube, da darf ich für die beiden Kollegen sicher mitsprechen. Wir halten es ja auch nicht für so einfach — es ist verdammt kompliziert. Und ich habe auch mal einen entsprechenden Report verantwortet, und ich weiß, was es bedeutet, durchs Unternehmen zu gehen und alles zusammenzutragen, daraus verbindliche Leitlinien ableiten zu wollen und dann auch zu schaffen. Und wie genau die Argumente, die Sie bringen, natürlich dann auch gebracht werden, na schaffen wir das denn, geht das denn wirklich und, und, und. Also, wir wissen, es ist nicht einfach. Was wird mit dem Thema Freiwilligkeit, das ich angesprochen habe, und was ist damit gemeint? Wir haben eine Vielzahl von Vorgaben nationaler und internationaler Art, in denen steht drin, was es bedeutet, Corporate Social Responsibility, also CSR, zu praktizieren, ob es der Global Compact der Vereinten Nationen ist, Verbot der Kinderarbeit etc. Es sind grobe Eckdaten. Unternehmen können sich verpflichten, diese Eckdaten einzuhalten, indem sie z. B. diesem Global Compact beitreten. Sie müssen es aber nicht. Es gibt kein Gesetz, in dem drinsteht, sie müssen das unterschreiben, und wir kommen alle 14 Tage und kontrollieren. Das ist der Punkt, den ich mit Freiwilligkeit meine. Ein Unternehmen, welches Reputation

gewinnen will oder aufrecht erhalten will, und erklärt, ich folge den Regeln freiwillig, dieses Unternehmen muss dann natürlich auch gewahr sein, dass von der Presse bis zu Monitorings jemand kommt und sagt, ihr habt freiwillig unterschrieben, euch an die Regeln zu halten. Jetzt wollen wir mal schauen, ob ihr es auch gemacht habt. Das ist der Punkt, den ich mit Freiwilligkeit meine. Der Gegensatz wäre, dass wir ein Gesetz formulieren auf EU Ebene, wo auch immer, in dem drinsteht, jeder muss monatlich berichten, wie er seine soziale Kompetenz und seine ökologische und ökonomische Kompetenz umgesetzt hat. Und das würde ich ablehnen, nicht, weil ich es nicht für richtig hielte, dass man eine solche Kompetenz in der Öffentlichkeit nachweist, sondern weil mit einer gesetzlichen Vorgabe, die zwingend wäre, wieder ein Riesenwust an Arbeit entsteht, der genau leider dazu führen würde, dass man sich wieder erschöpft in der bürokratischen Tätigkeit und nicht im tatsächlichen praktischen Tun. Und ein zweiter Ansatz. Warum? Es ist nicht einfach, weil die Welt nicht einfach ist.

Dass wir überhaupt eine global besprochene Ethik und die Notwendigkeit einer Ethik im wirtschaftlichen Handeln heute schon so breit diskutieren, halte ich für einen Fortschritt. Es ist eben nicht automatisch so, wie wir uns hier wohl alle übereinstimmend wünschen, dass der Mensch anständig ist, das haben wir nicht mehr als Grundkonsens in der Gesellschaft und in der globalen Welt auch nicht. Aber die Diskussion darüber und das Setzen von Leitideen, von Guidelines, sich so zu verhalten, das wird zunehmend auch einen Druck und einen Zwang auf Unternehmen entwickeln, sich dem anzuschließen. Und zwar freiwillig, weil die Verbraucher dann eines Tages und Beispiele gibt es, wie z. B. Nike, sagen, ja wie hältst du es eigentlich mit der Kinderarbeit. Und Sie wissen es sehr wohl, wenn die Medien von irgendeiner Situation Kenntnis erhalten, dann geht eine Welle der Empörung nicht nur durch Deutschland und Europa. So ein internationaler Konzern, den kostet es verdammt viel Geld, wenn er da etwas falsch macht. Und genau diesen Punkt zu entfalten, das ist ein ganz, ganz wesentlicher Bereich.

Deshalb ist es wichtig und wert, dass wir darüber diskutieren und auffordern, dass auch im mittelständischen Bereich, wo es ja schon viel eher geschieht, als in den Großkonzernen, die mit Stiftungen und Projektförderungen in großem Umfang ganz anders in das gesellschaftliche Engagement einsteigen können, das nach vorne zu tragen und dafür zu werben.

Jochen Zurheide: Ja, bringen wir dann Herrn Dannenbrink.

Jan Dannenbrink: Ja, vielen Dank. Ich möchte das noch ergänzen, was Frau Martini gesagt hat. Sie haben eben erwähnt, was macht ein gesellschaftlich oder ethisch engagierter Unternehmer bei einem Wettbewerber, der sich überhaupt nicht ethisch verhält und der sozusagen der böse Unternehmer ist. Der gute Unternehmer, der kann natürlich auch in einem gewissen Ausmaß vertrauen auf die Rahmenbedingungen, die auch der Gesetzgeber schafft. Insofern betrifft diese Frage auch das ganz schwierige Problem des Verhältnisses von wie weit geht die freiwillige Verantwortung der Unternehmen, wie weit kann man die einfordern, und wo beginnt der Regulierungsauftrag des Staates. Das ist auch eine Problematik, die wir immer wieder auf internationaler Ebene sehen, wenn wir über CSR diskutieren. Wir in Deutschland haben schon ein relativ dicht gewebtes Netz an sozialen und arbeitsrechtlichen Vorschriften, die in anderen Ländern nicht existieren. Und in anderen Ländern können sich dann die Unternehmen, die gewisse Sozialstandards einhalten, rühmen, dass sie CSR machen. Und die deutschen Unternehmen stehen da und sagen, ja wir halten uns nur an die hohen Standards, die uns der Gesetzgeber sowieso vorgibt. Also insofern ist

das, glaube ich, sehr gut, dass die SPD-Fraktion jetzt 2008 diesen Mittelstandstag durchführt, um eben auch solche Probleme zu besprechen. Denn für den Gesetzgeber ist das im Einzelfall immer eine ganz schwierige Abwägung, wann er regulierend eingreifen muss und wann nicht, und dabei müssen sie die Belange und Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen ganz besonders im Blick haben und berücksichtigen. Da würden wir uns ganz besonders von Seiten des ZDH wünschen, dass auch zuweilen die Politik mehr Vertrauen in den Mittelstand hat und weniger reguliert. Ich glaube, wir haben in Deutschland, gerade was sozial- und arbeitsrechtliche Regulierungen angeht schon genug.

Jochen Zurheide: Herr Hinsenhofen.

Friedhelm Hinsenhofen: Ich denke, dass das Thema Freiwilligkeit in diesem Sinne ja auch so zu verstehen ist, dass es völlige Beliebigkeit heißt. Freiwilligkeit ist ein Begriff, den wir sehr wohl in einen Rahmen bringen können, der beobachtet oder auch überwacht wird, wie auch immer. Ich denke, dass wir da einfach auch neue Zukunftskonzepte bekommen werden. Dazu dient vielleicht dieser Dialog heute, und ich freue mich eigentlich darüber, dass wir aus Politik und Wirtschaft uns das Thema vornehmen, weil noch nicht alles gelernt ist. So habe ich Sie verstanden heute Morgen, und dann ist das eine tolle Sache. Ich finde das einen schönen Start.

Jochen Zurheide: Ich bedanke mich bei Ihnen auf dem Podium für die Antworten, für die Einsicht. Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihr Interesse für die engagierte Diskussion. Herr Schultz wird jetzt ein kurzes Fazit abgeben. Ich sage nur, über eines bin ich froh, diese ISO 26.000, ich glaube, darüber können wir uns verständigen hier im Saal, die kann noch ein bisschen liegen bleiben, wenn Sie die verzögern können, dann tun Sie das. In dem Fall haben wir, glaube ich, alle nichts dagegen. Herr Schultz, bitteschön.

.....

Schlusswort

Reinhard Schultz, MdB

Ja, herzlichen Dank vor allem an diejenigen, die den ganzen Tag hier stramm durchgehalten haben. Wir haben bei solchen Konferenzen immer das Problem, dass nach der Mittagspause ein bisschen etwas abbricht. Dem Kritiker der mir vorgeworfen hat, dass ich nicht 1964 den ersten Mittelstandstag gemacht habe, sage ich mal ironisch, dass ich 1964 meine ersten politischen Aktionen gemacht habe. Da konnte ich solche Differenzierungen noch nicht machen, da war ich noch mit beiden Beinen in der Schülerbewegung, bin allerdings mit 15 ausgezogen und habe selbständig gelebt. Das war eine sehr lehrreiche Zeit und ich habe mich seitdem durchgeschlagen. Ich glaube, es ist nie zu spät, aufeinander zuzugehen in einer organisierten Form. Es gibt ja immer wieder Begegnungen und Kontakte, meist sehr zielgerichtet, weil es um eine konkrete Gesetzgebung geht, um Normen und Regeln, um dies oder das. Steuern häufig, aber in einem freien Gespräch, themenorientiert, zu neuen Ufern gemeinsam zu kommen, das ist, denke ich, ein neuer Ansatz, um Fäden aufzugreifen. Das werden wir auch politisch weiter verfolgen müssen. Oder bei welchen Themen man ins Gespräch mit Ihnen, mit den Unternehmen, mit Ihren Organisationen kommen muss. Und das werden Sie auch spüren, das wird eine politische Resonanz geben, was Sie hier, sowohl die Teilnehmer auf dem Podium, als auch die Gäste aus dem Publikum hier heute vorgetragen haben. Ich habe auf jeden Fall wirklich ausgesprochen viel gelernt.

Im Übrigen auch noch einmal, um mit einem Gerücht aufzuräumen, der weitaus überwiegende Teil derer, die heute hier waren, zumindest bis Mittag, waren aktive Unternehmer und nicht Verbandsvertreter. Ich mag Verbandsvertreter, die kenne ich aber fast alle, weil sie hier in Berlin sitzen. Die meisten waren Unternehmer, das kann man auch an der Teilnehmerliste ablesen. Das ist auch neu für solche Veranstaltungen, weil es natürlich ein Berliner Publikum gibt, was beruflich gerne solche Veranstaltungen besucht. Es ist zwar schwieriger und aufwändiger, Unternehmer und Unternehmerinnen nach Berlin zu lotsen, die ihr Tagesgeschäft haben und ganz andere Raumüberwindungsschwierigkeiten, aber es ist notwendig und wichtig. Gleichwohl ist es wichtig, neben dem jährlichen Mittelstandstag in der Zukunft und den Mittelstandsfrühstücken, die wir hier sehr konzentriert auf die Gesetzgebungsarbeit bezogen regelmäßig durchführen, diesen Ansatz ein bisschen zu regionalisieren. Ich werde versuchen, auch in die Region zu kommen, weil dann diejenigen, die nicht die Zeit, die Möglichkeit haben, nach Berlin zu kommen, mit uns, also mit mir oder mit Bundestagskollegen oder mit anderen politisch Aktiven, die an Wirtschafts- und Mittelstandspolitik interessiert sind, mit ihnen wirklich den Dialog vor Ort fortzusetzen. Ich glaube, das wäre ausgesprochen nützlich. Ich selber habe gute Erfahrungen damit, ich mache das in meinem Wahlkreis regelmäßig, und das sind ja auch Erfahrungen, die ich dann hierher mitgenommen habe. Ich wusste, dass das geht. Und man probiert das am besten zu Hause aus, bevor man mal einen etwas größeren Versuch hier in Berlin macht.

Es sind eine Reihe von Themen, die ich nicht alle wiederholen will, angesprochen worden, auch ganz konkrete Aufträge für die Politik. Ich will nur einige wenige Dinge noch einmal ansprechen. Ich glaube, heute ist deutlich geworden, dass die Innovationsoffensive, die ja begonnen hat, noch längst nicht zu Ende ist, noch nicht einmal die Hälfte des Weges hinter sich gebracht hat. Aus mittelständischer Sicht hängt damit eine Menge zusammen, ein völliger Umbau bekannter Strukturen. Eine Innovationsoffensive, haben wir gelernt, beginnt beim Kleinkind und endet auf das Arbeitsleben bezogen beim 67-Jährigen. Nach dem Prinzip lebenslanges Lernen, ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig. Und aus dieser Breite kriegen wir dann auch Spitze. Das ist ein ganz wichtiger Ansatz, der hineinkommen muss und der quer zu vielen auch familienpolitischen Vorstellungen

steht. Aber wir haben ja Familienministerinnen, angefangen bei Renate Schmidt, da wurde das Thema aber noch von anderer Seite bekämpft. Jetzt haben wir eine von der Union, die vielfache Mutter ist, aber auch eine ordentliche Schlacht schlägt, und ihrer Union, auch was diese Fragen angeht, gehörig auf die Finger klopft. Wir haben Unterstützung aus den Verbänden der Wirtschaft, die alle sagen, dass es zwingend erforderlich ist, sehr früh zu lernen, und zwar in die Breite zu lernen, das war ein schönes Beispiel mit dieser Kinderwerkstatt, aber so etwas gibt es ja zum Glück auch andernorts.

Ein zweiter Punkt war die Frage der Mittelstandsfinanzierung insbesondere Private Equity. Ich will gar nichts Abschließendes dazu sagen. Wir haben die Vorstellung, dass Private Equity einen wichtigen Beitrag liefern kann, aber nicht alles können muss und noch zusätzlich von sämtlichen Steuerzahlern vergoldet werden sollte. Man kann aber noch mehr machen im Bereich technologieorientierte Gründer, die einen sehr hohen Vorlaufaufwand haben. Aber die Frage der normalen Beteiligung, denke ich, findet sich von selbst, wenn es denn ein attraktives Geschäft ist, manchmal schneller, als dem ursprünglichen Eigentümer sogar lieb ist.

Die Frage der Steuern und Forschung ist ein weites Feld. Ich bin da ein bisschen skeptisch. Allerdings hat sich die Bundesregierung verpflichtet, der Koalition einen Bericht vorzulegen, auch im Vergleich zum europäischen Umfeld, wie denn eigentlich andere mit steuerlicher Forschungsförderung umgehen, damit wir daraus lernen. Bei uns ist es im Gegensatz zu dem, was hier teilweise angedeutet worden ist, so, dass ein großer Teil von Forschungs- und Entwicklungsaufwendung normaler Unternehmen, natürlich steuerlich berücksichtigt werden kann: Wenn Sie in Ihrer Firma Leute haben, fünf Mann, die sich um ein Forschungsprojekt kümmern, dann ist das Ihr Personal und dann ist das laufender Aufwand. Wenn Sie sich einen Apparat kaufen, dann schreiben Sie ihn so ab, wie andere ihren auch abschreiben. Die Frage ist, muss man darüber hinaus noch etwas tun? Überlegungen, apparateintensive Forschung schneller abschreiben zu können, darüber kann man ja reden, aber es ist nicht so, dass bei uns steuerlich überhaupt nichts passiert. Bei uns passiert mehr als in anderen Ländern. Wir haben das Nettobesteuerungsprinzip. Der Aufwand, der dem Unternehmen zuzuordnen ist, ist im Grunde auch voll zu berücksichtigen. Es ist fraglich, auf welcher Zeitachse, aber er wird voll berücksichtigt. Die Frage, ob das Risikobegrenzungs-gesetz ein richtiger Ansatz ist, kann ich nur bejahen. Die Kritik, dass das Gesetz noch nicht die notwendigen scharfen Zähne habe, teilen wir an manchen Stellen ausdrücklich.

Klar ist, dass die SPD-Fraktion sich hinsichtlich der Kreditverkäufe verständigt hat. Wir müssen mit dem Koalitionspartner noch reden, aber Justiz- und Finanzpolitiker haben sich neben allen anderen Dingen wie Transparenz, Vorwarnsystemen darauf verständigt, dass wir bei den gut bedienten Krediten, wenn diese verkauft werden, ein Anzeigepflicht einführen. Kreditnehmer sollen ein Sonderkündigungsrecht ohne Vorfälligkeitsentschädigung bekommen. Das ist eine Frage der Fairness. Ich verstehe die Banken, dass die gerne daran festhalten wollen, aber da bin ich auf der Seite der Kreditnehmer und zwar aller, ob bei Konsumkrediten, Immobilienkrediten oder erst recht gewerblichen Krediten. Jeder Kreditnehmer muss das Recht haben, sich eine andere Bank oder Finanzierungsform aussuchen zu können, wenn die Bank keine Lust mehr hat, sich um ihn zu kümmern. Herr Haasis hat da ja keine Probleme, weil die Sparkassen grundsätzlich keine Kredite verkaufen.

Die Fragen in der letzten Runde, die wir hier gehört haben, die stimmen ausgesprochen nachdenklich. Ich weiß auch aus eigener Erfahrung, dass viele kleine Unternehmen, Handwerks- oder Bauunternehmen, in ihrer örtlichen und regionalen Gemeinschaft außerordentlich viel unternehmen, um Gemeinschaft überhaupt möglich zu machen. Ohne die läuft es nicht. Wenn ich mir das allein in meinem heimatlichen Umfeld anschau, was da von Handwerkern an Hand- und Spanndiensten, kostenlos oder in ihrer Eigenschaft als Vereinsmitglieder zur Verfügung gestellt wird, um das ansonsten nicht finanzierbare Vereinsheim, die Turnhalle, ein Zu- oder Anbau, ein DRK-Heim oder ein Behindertenbegegnungsstätte oder sonst etwas fertigzustellen, dann ist das mehr als beachtlich. Und das waren nur Beispiele, die ich selber alle in meinem kleinen Ort erlebt habe. Auf der anderen Seite gibt es vieles, das nicht in Ordnung ist. Da müssen wir uns etwas einfallen lassen.

Es geht nicht um Regulierung, sondern wir müssen im Grunde genommen zu einer Art systematischer Berichterstattung kommen über das gute Beispiel. Von dem sollen andere lernen können. Es soll helfen, das Unternehmerbild in unserer Gesellschaft zu verändern. Es sind nämlich nicht alles nur Leute, die einem das Geld aus der Tasche ziehen und selbst verbraten, sondern die geben eine Menge zurück. Und viele tun das. Natürlich muss man dabei unterscheiden lernen zwischen denen, die das tun, und denen, die das nicht tun, denen das an irgendwelchen Körperteilen vorbeigeht. Es ist ein gesellschaftlicher Prozess, der nicht verordnet werden kann, sondern der von dem guten Vorbild lebt. Ein guter Prozess, weil nämlich ein Unternehmer, der merkt, dass im Gegensatz zu den anderen örtlichen Unternehmern nur er in der Schmutzdecke steht, der er immer nur das eigene Geld zählt und Kunden verliert, sich wahrscheinlich ändern wird.

Günter Verheugen hat sich vor kurzem geäußert zu einer Studie über den Marshallfonds, in der das Unternehmerbild in den OECD Staaten untersucht wurde. Da schnitten Deutschland und Frankreich katastrophal ab und zwar durch das Unternehmerbild, das in den Schulbüchern vermittelt wird. Der Unternehmer als Raffke, wie in den Karikaturen der Weimarer Republik mit dicker Zigarre und dickem Geldbeutel. Es hat sich nichts - abgesehen vom Outfit – geändert. Damit wird eine Stimmung erzeugt, die einen anständigen jungen Menschen nicht unbedingt einlädt, selbstständig oder Unternehmer werden zu wollen. Dass junge Menschen einen kritischen Blick bekommen sollen, steht außer Frage. Aber sie sollen dialogfähig sein und nicht in eine feindliche Position gebracht werden. Auch das halte ich als Sozialdemokrat für ganz wichtig. Ich kann mir nicht vorstellen, dass junge Menschen in den Sommerferien einmal sechs Wochen in einem Betrieb arbeiten und Spaß daran haben werden, wenn ihnen ständig vorgemacht wird, dass das eine feindliche Umgebung sei.

Wenn ich junge Schülerinnen in den Besuchergruppen frage, wie sie sich ihre Zukunft vorstellen, dann bekomme ich zur Antwort, dass sie gerne Kind und Beruf vereinen möchten. Auf die Frage, wie solle der Lebenspartner sein, antworten sie, er solle am besten im öffentlichen Dienst oder tatsächlich bei der Telekom sein, obwohl das Letztere nachlässt. Auf einen selbstständigen Partner haben diese Schülerinnen keine Lust. Der Partner hätte viel zu wenig Zeit und es sei auch zu riskant, er könnte ja Pleite gehen. Auch hier muss irgendwann einmal eine Weichenstellung stattgefunden haben. Und wenn die Zukunft für Innovation und Beschäftigung zu mehr unternehmerischen Elan führt, dann wird das insbesondere ein gesellschaftlicher Erziehungseffekt sein, und allein hierfür ist dieser Dialog ungeheuer wichtig.

Ich bedanke mich also bei Ihnen, dass sie das mitgemacht haben. Wir werden das fortsetzen. Für mich ist das eine ganz, ganz tolle Erfahrung. Ich möchte mich abschließend auch bei allen diejenigen bedanken, die mitgewirkt haben, auch beim Sparkassen- und Giroverband, nicht nur für das gestrige Abendessen sondern auch für den schönen Stand hier und die Unterstützung für diese Veranstaltung, aber ganz besonders, neben unseren beiden Moderatoren, die es ganz hervorragend gemacht haben, jeder in eigenem Stil und bei denen, die im Hintergrund alles organisiert haben, und nicht von Berufs wegen eine Veranstaltungsagentur sind. Insbesondere bei Janet Hochi, auch stellvertretend für meine persönlichen Mitarbeiterinnen und bei Birgitt Schaulandt von unserer Fraktion. Sie haben wirklich geackert, damit hier so etwas zustande kommt. Eine bundesweite Einladung zu organisieren mit guten Referenten und bei aller Bürokratie in der Fraktion und im Bundestag und sonstigen Fuß- und Stolperfallen ist sehr arbeitsintensiv. Aber Ihr habt das wunderbar bewältigt, und ich würde Euch ganz gerne kurz mal hier vorne haben. Ich bitte um die beiden Blumensträuße, die ich jetzt gerne überreichen möchte. Dies ist Janet Hochi, die unermüdlich für unseren Mittelstandstag gearbeitet hat und auch auf der Einladung als Ansprechpartnerin für Mittelstandsfragen steht. Die E-Mail-Adresse dort ist eine, mit der Sie sich an mich aus den Regionen heraus wenden können. Und das ist Birgitt Schaulandt, bei der ich mich ganz herzlich für ihr Engagement bedanke. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Heimweg und noch einen schönen Abend.

Auf Wiedersehen!

.....

Impressionen





